

*Zweimonatszeitschrift für Politik und Zeitgeschehen*

# POLITISCHE STUDIEN

362

---

**Alfred Bayer**  
Gerhard Schröder –  
kein deutscher Blair!

**Eckhard Jesse**  
POLITISCHE STUDIEN-Zeitgespräch  
zum Ausgang der Bundestagswahl 1998

**Friedrich-Wilhelm Schlomann**  
Rußlands Armee – quo vadis?

**Wilhelm Vossenkuhl**  
Wer ist ein gebildeter Mensch?

Schwerpunktthema:  
**Organisierte  
Kriminalität in den  
Entwicklungsländern**

mit Beiträgen von

Douglas D. B. Band, Olivier  
Brenninkmeijer und Peter Gastrow

 **Hanns  
Seidel  
Stiftung eV**

---

Atwerb-Verlag KG





**Hanns  
Seidel  
Stiftung eV**

**Herausgeber:**

Hanns-Seidel-Stiftung e.V.  
Vorsitzender: Alfred Bayer, Staatssekretär a. D.  
Hauptgeschäftsführer: Manfred Baumgärtel  
Verantwortlich für Publikationen, Presse- und  
Öffentlichkeitsarbeit: Burkhard Haneke

**Redaktion:**

Dr. Reinhard C. Meier-Walser (Chefredakteur)  
Paula Bodensteiner (Redakteurin)  
Verena Hausner (Redakteurin)  
Irene Krampfl (Redaktionssekretärin)

**Anschrift:**

Redaktion POLITISCHE STUDIEN  
Hanns-Seidel-Stiftung e.V.  
Lazarettstraße 33  
80636 München  
Telefon 089 / 12 58 - 260 / 261  
Telefax 089 / 12 58 - 469

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Redaktion reproduziert oder unter Verwendung elek-

tronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Redaktionelle Zuschriften werden ausschließlich an die Redaktion erbeten.

Die Beiträge in diesem Heft geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder; die Autoren tragen für ihre Texte die volle Verantwortung. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn ihnen ein Rückporto beiliegt.

**Bezugspreis:** Einzelhefte DM 8,80.

Jahresabonnement DM 53,40. Für Studierende 50 % Abonnementnachlaß gegen Vorlage eines Hörscheins ihres Instituts.  
Die Zeitschrift POLITISCHE STUDIEN erscheint im Periodikum, Sonderheft und Sonderdruck.  
Bestellungen nehmen entgegen: Die Redaktion und alle Buchhandlungen.

**Kündigungen** müssen der Redaktion schriftlich, spätestens zwei Monate vor Ablauf des Kalenderjahres vorliegen, wenn der Bezug über das laufende Jahr hinaus nicht mehr gewünscht wird.

ATWERB-VERLAG KG Publikation ©

# Inhalt

Alfred Bayer	Gerhard Schröder – kein deutscher Blair!.....	3
Eckhard Jesse	POLITISCHE STUDIEN-Zeitgespräch zum Ausgang der Bundestagswahl 1998 .....	7
<b>Schwerpunktthema:</b>	<b>Organisierte Kriminalität in den Entwicklungsländern</b>	
Klaus Lange	Einführung .....	17
Peter Gastrow	Die Ursprünge des organisierten Verbrechens in Entwicklungsländern ...	19
Douglas D.B. Band	Der Einfluß des organisierten Verbrechens auf Investitionen und wirtschaftliches Wachstum in Südafrika .....	31
Olivier Brenninkmeijer	Internationale Kriminalität und Migration: Eine wachsende Herausforderung für die Sicherheit in Staat und Gesellschaft .....	44
Wilhelm Vossenkuhl	Wer ist ein gebildeter Mensch?.....	66
Tanja Wagensohn	Zwischen Deutschlandforschung und Völkerrecht – dem Politikwissenschaftler Jens Hacker zu seinem 65. Geburtstag und seiner Emeritierung .....	76

Jens Hacker	Muß die Bonner Deutschland-Politik seit Herbst 1969 nach der Öffnung der DDR- und SED-Archive neu geschrieben werden? .....	79
Friedrich- Wilhelm Schломann	Rußlands Armee – quo vadis? .....	97
Das aktuelle Buch	.....	112
Buchbesprechungen	.....	114
Autorenverzeichnis	.....	121
Jahresübersicht	.....	122

# Gerhard Schröder – kein deutscher Blair!

**Alfred Bayer**

Personalisierung eines inhaltsleeren, aber effektvollen Wahlkampfes, zur Schau getragenes Bekenntnis zu konservativen Anliegen, Herausstellung der Kontinuität zur Vorgängerregierung – nach dem grandiosen Wahlsieg von Labour tat Gerhard Schröder vieles, um sich den Wählern als „deutscher Blair“ darzustellen.

Wird er diesem Anspruch auch gerecht?

Ein Blick über den Kanal nach Großbritannien zeigt, worauf das Ansehen und der Einfluß von Tony Blair beruhen:

Tony Blair hat die Labour Party noch in der Opposition radikal kuriert. Strukturell, programmatisch und personell ist sie heute eine moderne, entideologisierte Kraft der „radikalen Mitte“. Damit ist sie attraktiv auch für ehemalige Tory-Wähler.

Weiter wurde die einstmals bedrückende Macht der Gewerkschaften innerhalb Labours nachhaltig begrenzt. Und die Mitgliedschaft der Labour Party hat sich verdoppelt.

Tony Blair hält in „New Labour“ eine unangefochtene Führungsposition. Das

politische Programm, das er den Wählern angeboten hat, kann er dank der absoluten Mehrheit im Unterhaus ohne Rücksicht auf Koalitionspartner und ungefährdet durch abweichende Parteiflügel durchsetzen.

Die traditionellen Umverteilungspolitiker der Labour Party führen ein Nischendasein und finden nirgends mehr beachtenswerten Rückhalt.

Auch im Kabinett ist Blair, gestützt auf einen kleinen Kreis von Führungskräften, unangefochten der erste Mann.

In wichtigen Fragen – Nordirland-Verhandlungen, Europa-Politik, Sozialstaatsreform – greift er höchstpersönlich in einzelne Ressorts ein.

Ganz anders die Situation in Deutschland: Gerhard Schröder hat mit einer SPD zu tun, die in vielen Bereichen auf eine umfassende programmatische Erneuerung warten läßt.

Der dominierende Parteivorsitzende Oskar Lafontaine ist ein Staatsinterventionist; seine politischen Konzepte weichen von dem im Wahlkampf von Schröder vertretenen Programm wesentlich nach links ab.

Die Koalitionsverhandlungen haben gezeigt: Nicht der Kanzler, sondern der Parteivorsitzende der SPD gab der neuen Bundesregierung die inhaltlichen Leitlinien vor. Und Lafontaine findet dafür in seiner Partei ohne weiteres die notwendigen politischen Mehrheiten.

Selbst im Kabinett nimmt Oskar Lafontaine als Superminister für Finanzen und Grundsatzfragen der Wirtschaft eine Schlüsselstellung ein. Gefragt nach der künftigen Staatsverschuldung, räumte Gerhard Schröder kurz vor der Kanzlerwahl unumwunden ein, diese falle in den Bereich des Finanzministers. Damit verzichtete er zu Gunsten seines „Schatzkanzlers“ Lafontaine offen darauf, in einer zentralen politischen Fragestellung die Richtlinien für die Arbeit der künftigen Bundesregierung eindeutig vorzugeben.

Der schnelle Rückzug des designierten Wirtschaftsministers Stollmann zeigt: Selbst im personellen Bereich, dem im politischen Getriebe zentralen Schlüsselfeld, bestimmte nicht der designierte Bundeskanzler, sondern sein Parteivorsitzender das Gesicht des neuen Bundeskabinetts.

Zusätzlich muß Gerhard Schröder mit einem Koalitionspartner leben, dessen programmatische Vorstellungen von denen, die er bis zur Wahl propagierte, teils substantiell abweichen – Beispiele sind die Energiepolitik, die Steuerpolitik und die Sicherheitspolitik.

Im Gegensatz zu Großbritannien wurden auch die Gewerkschaften durch den Regierungswechsel gestärkt. Da-

mit aber hat eine am englischen Beispiel und Erfolg angelehnte Sozialstaatsreform keine Chance.

Gerhard Schröder will sich bei der Wahl im Jahr 2002 am Erfolg in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit messen lassen. Aber es ist nicht möglich, auf der Grundlage des rot-grünen Koalitionsvertrages eine Arbeitsmarktpolitik zu führen, die der von Konservativen entwickelten, von Tony Blair fortgesetzten erfolgreichen britischen Politik entspreche.

Der „dritte Weg“ Tony Blairs erinnert an die Soziale Marktwirtschaft Ludwig Erhards mit ihrem vergleichsweise strengen ordnungspolitischen Rahmen.

Die politische Ausrichtung der neuen Bundesregierung aber knüpft an sozialistischen Umverteilungsideologien eines dirigistischen Staates an.

Eine Basis für ein – in Großbritannien erfolgreich geschmiedetes – „Bündnis für Arbeit“ bietet das ebensowenig wie die Chance, über eine moderne Wirtschaftspolitik die Dienstleistungsgesellschaft weiterzuentwickeln und ihre aus freiem bürgerlichem Engagement erwachsenden Möglichkeiten zur Entfaltung zu bringen.

Auch in der Europapolitik wurden die Unterschiede zwischen Tony Blair und Gerhard Schröder sehr schnell sichtbar.

Tony Blair nutzte nach seiner Wahl die vor allem im Bereich der Sozialpolitik und der Währung schwach ausgeprägte Integrationsbereitschaft der Vorgängerregierung zu einer vorwärtsweisenden Politik. Der britische

Premierminister gewinnt durch diese Integrationspolitik auch innerhalb Europas an Gewicht.

Gerhard Schröder dagegen vertritt die Politik Lafontaines mit, obwohl sie der erfolgreichen, auf einen stabilen EURO abzielenden Integrationspolitik Deutschlands widerspricht.

Der Kanzler duldet sogar, daß Lafontaine, kaum im Amt, nicht nur die Bundesbank angriff, sondern dadurch auch den Außenwert der D-Mark strapazierte. Daß Schröder sich nach seinem Antrittsbesuch in London positiver zur Unabhängigkeit der Bundesbank äußerte als vorher, läßt vermuten, daß Tony Blair die „Politik des leichten Geldes“ des neuen deutschen Finanzministers nicht unterstützt.

Damit wird deutlich, daß es Gerhard Schröder derzeit nicht gelingt, zwischen den voneinander abweichenden Politikansätzen Frankreichs – die Lafontaine näherstehen – und Großbritannien eine eigene Position zu belegen, die dem deutschen Gewicht in Europa entspreche.

Ähnlich wird die deutsche Rolle in der Europäischen Union und darüber hinaus gefährdet durch Politikansätze, die wettbewerbsverzerrend wirken und mit weltweit anerkannten marktwirtschaftlichen Grundsätzen nicht vereinbar sind.

Dazu gehört nicht nur die unausgereifte, wirtschaftsfeindliche „Große Steuerreform“ oder die unsystematische Koppelung der Energiebesteuerung mit der Senkung von Sozialabgaben.

Ebenso folgenreich ist die im Koalitionsvertrag festgehaltene Absicht, den Kampf gegen Sozial- und Umweltdumping zum Mittel der Entwicklungspolitik zu machen. Denn damit werden im Endeffekt lediglich die Chancen der Entwicklungsländer nachhaltig beschnitten, aus eigenen Kräften im Wettbewerb zu bestehen.

In wichtigen von der internationalen Staatenwelt getragenen Organisationen, speziell der UNO und ihren Unterorganisationen, geht durch solche Forderungen die über viele Jahre aufgebaute Vertrauensbasis Deutschlands schnell verloren.

In Zeiten, in denen ein Tony Blair sein internationales Ansehen erfolgreich steigert, setzt die Regierung Schröder damit deutsches Ansehen und deutschen Einfluß weltweit aufs Spiel.

Als Fazit können wir festhalten:

- Gerhard Schröder hat weder eine klare Führungsposition in der Partei noch spielt er dieselbe herausragende Rolle im Kabinett wie Tony Blair.
- Die programmatische Ausrichtung der Regierung Schröder weist nicht nach vorne, sondern nach hinten.
- Die Grundlage der Regierungsarbeit, die Koalitionsvereinbarung, trägt weniger die Handschrift des Kanzlers als die von Oskar Lafontaine mit dem linken Flügel der SPD und den Grünen.
- Die finanz- und wirtschaftspolitische Ausrichtung der Regierung

Schröder ist weit entfernt von der Blairs, die in vielem an Ludwig Erhard erinnert.

- Der Start des neuen Kanzlers in der Europa- und Internationalen Politik ist mit dem Beginn der Amtszeit Tony Blairs nicht zu vergleichen; wir stellen keinen Ansehensgewinn, sondern einen drohenden deutlichen Einflußrückgang Deutschlands in der Welt fest.

Gerhard Schröder hat jetzt, wenn nichts Unerwartetes geschieht, fast vier Jahre Zeit, an seinem Ansehen zu arbeiten. Aber die zu Beginn seiner Amtszeit geschaffenen Voraussetzungen werden ihm Schritte, die in zukunftsweisende Erfolge für die Bürger münden, sehr schwer machen. Die SPD, so titelte Edmund Stoiber in der „Welt“ vom 23. September 1998 völlig zu Recht, „ist von Blairs Kurs weit entfernt“.

# POLITISCHE STUDIEN-Zeitgespräch mit Eckhard Jesse zum Ausgang der Bundestagswahl 1998

Professor Dr. Eckhard Jesse, geboren 1948 in Wurzen bei Leipzig, lehrt seit 1993 an der Technischen Universität Chemnitz Politikwissenschaft. Er studierte nach einer Verwaltungslehre und dem Abitur auf dem Zweiten Bildungsweg an der Freien Universität Berlin Politikwissenschaft und Geschichtswissenschaft. Danach war er in verschiedenen Funktionen – als wissenschaftlicher Mitarbeiter, Hochschulassistent, Hochschuldozent – an der Universität Trier tätig. Er lehrte als Gastprofessor u.a. an den Universitäten in München, Mannheim und Potsdam. Seine Dissertation behandelte die Kontinuität und Reform der Wahlrechtsgestaltung in Deutschland, die Habilitation den Komplex der streitbaren Demokratie unter besonderer Berücksichtigung der „Berufsverbote“. Jesse gehört u.a. dem Vorstand der Gesellschaft für Deutschlandforschung und dem Wissenschaftlichen Beirat des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung in Dresden an. Er ist Demokratie-, Extremismus-, Parteien- und Wahlforscher. „Die Demokratie der Bundesrepublik Deutschland“ liegt in 8. Auflage vor (Baden-Baden 1997), der Band „Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland“ in der 4. Auflage (Bonn 1996, mit Uwe Backes). Das mit Uwe Backes herausgegebene Jahrbuch „Extremismus & Demokratie“ ist soeben zum zehnten Male erschienen (Baden-Baden 1998).

Im nachfolgenden Gespräch nimmt Prof. Jesse zu Fragen Stellung, die den Ausgang der Bundestagswahl 1998 wie die Perspektiven der Parteien und des deutschen Parteiensystems betreffen.

**POLITISCHE STUDIEN:** Herr Prof. Jesse, wie würden Sie die Bundestagswahl vom 27. September 1998 historisch in die Geschichte Nachkriegsdeutschlands einordnen?

**Prof. Jesse:** Die Bundestagswahl des Jahres 1998 stellt einen Einschnitt in

die Geschichte Nachkriegsdeutschlands dar. Sie kann in ihrer Bedeutung mit der ersten Bundestagswahl von 1949 – sie leitete die vierzehnjährige Ära Adenauer ein – und mit der von 1969 – diese war der Beginn der sozial-liberalen Ära, die dreizehn Jahre dauerte – auf eine Stufe gestellt werden.

Zum ersten Mal wurden auf Bundesebene die bisherigen Regierungsparteien vollständig abgewählt. 1966 trat die SPD in die Regierung ein (die Union verblieb in ihr), 1969 die FDP (die SPD verblieb in ihr), 1982 die Union (die FDP verblieb in ihr).

Zum ersten Mal auch gelangt das Bündnis 90/Die Grünen auf Bundesebene in die Regierungsverantwortung. Die Wahlen führten zu einer erdrutschartigen Verschiebung der Kräfteverhältnisse: Die Union verlor 6,4 Punkte gegenüber der letzten Bundestagswahl, die SPD gewann hingegen 4,5 Punkte. Nur bei der zweiten Bundestagswahl 1953, als das Parteiensystem in einem gleichsam flüssigen Aggregatzustand war, gab es mit insgesamt 14,6 Punkten größere Verschiebungen zwischen Union und SPD.

Damit ist nach 16 Jahren die Ära Kohl zu Ende gegangen. Gleichwohl löste der Regierungswechsel auf der einen Seite keine große Euphorie aus und auf der anderen keine tiefe Betrübniß – anders als 1969. Der Beobachter gewann den Eindruck, die Union habe gar kein Interesse daran gehabt, als Juniorpartner in eine große Koalition einzutreten.

**POLITISCHE STUDIEN:** Kam nach dem Wahlergebnis nur eine rot-grüne Koalition in Frage oder hätten sich andere Konstellationen angeboten?

**Prof. Jesse:** Ich hatte vor der Wahl aus einer Reihe von Gründen eine große Koalition befürwortet. Doch dieser Wahlausgang ließ nur die Bildung einer rot-grünen Koalition zu. SPD und Bündnis 90/Die Grünen ha-

ben 21 Mandate mehr als CDU, CSU, FDP und die PDS. Wäre die Regelung zu den Überhangmandaten abgeschafft worden, wie vom Land Niedersachsen in einem Normenkontrollantrag beim Bundesverfassungsgericht nach der Bundestagswahl 1994 gefordert, hätte sich die Mehrheit auf acht Mandate verringert. Obwohl Schröder vor der Wahl eine Koalition mit dem Bündnis 90/Die Grünen nur bei einer Mehrheit von mindestens zehn Mandaten bilden wollte, entspricht die Bildung einer rot-grünen Regierung demokratischen Prinzipien.

**POLITISCHE STUDIEN:** Das Ergebnis hat einen unerwartet großen Vorsprung für rot-grün gebracht. Dies war – zumindest nach den Umfragen kurz zuvor – so nicht zu erwarten gewesen. Lagen die Umfragen daneben, oder gab es in der letzten Minute einen Umschwung?

**Prof. Jesse:** Der große Vorsprung für rot-grün (SPD: 40,9 %; Bündnis 90/Die Grünen: 6,7 %) gegenüber schwarz-gelb (CDU und CSU: 35,1 %; FDP: 6,2 %) ist in der Tat wohl für alle überraschend. Die meisten Beobachter hatten angesichts des für wahrscheinlich gehaltenen Einzugs der PDS in das Bundesparlament eine „Patt“-Situation erwartet: Weder würde es für rot-grün noch für schwarz-gelb zu einer Mehrheit reichen.

Was die Meinungsumfragen betrifft, so ist ein „Umschwung“ kurz vor „Toresschluß“ auszuschließen. Die Meinungsforscher hatten ihren Zahlen nicht so recht getraut. Bekanntlich werden die Rohdaten von den Instituten „umgerechnet“ – nach einem Ver-

fahren, das kein Institut transparent macht. Die Auffassung war verbreitet, daß die Union mit Bundeskanzler Kohl, dem ein besonderes Gespür für Stimmungen in der Bevölkerung wahrlich nicht abzuspüren ist, den Vorsprung der SPD stark verringern werde. Ausgerechnet das Institut für Demoskopie in Allensbach, dem eine Nähe zur Union nachgesagt wird, lag weitgehend richtig. Insgesamt gehört die Zunft der Meinungsforscher zu den Verlierern der Wahl.

**POLITISCHE STUDIEN:** Die Personalisierung war bei diesen Wahlen so groß wie vielleicht noch nie zuvor. War dies eher eine Personalwahl oder eine Richtungswahl? Ist diese Art der Personalisierung erst der Anfang einer neuen Art von Wahlkämpfen in Deutschland?

**Prof. Jesse:** Die SPD machte sich den Schröder-Bonus zu eigen. Schröder hatte sich damit bereits die Kanzlerkandidatur in der eigenen Partei dank seiner Popularität bei der breiten Bevölkerung gegenüber Oskar Lafontaine gesichert. Die Union konnte den Kohl-Malus im Wahlkampf nicht kompensieren. Sie hatte – im Gegensatz zur SPD, die die Frage der Arbeitslosigkeit ganz nach vorn rückte – kein klares Wahlkampfkonzept. Ihr gelang es nicht, die Wahl als Richtungswahl darzustellen, schon deshalb nicht, weil der flexible und sich pragmatisch gebende Schröder diese Strategie zu unterlaufen mußte.

In einer Mediengesellschaft wird die Wahrnehmung der Spitzenkandidaten immer wichtiger. Die Bundesrepublik ist aber ungeachtet weiter voranschreitender Tendenzen

nicht auf „dem amerikanischen Weg“. Dort sind die Präsidentschaftswahlen aufgrund der anderen Struktur des Regierungssystems noch stärker auf die Personen ausgerichtet.

**POLITISCHE STUDIEN:** Was hat außer der Person Schröders den Wahlerfolg der SPD gefördert? Welche Probleme könnten sich aus dem Wahlsieg ergeben?

**Prof. Jesse:** Die SPD hat bis zum Schluß eine Doppelstrategie durchgehalten. Sie ließ ihr Koalitionsvotum offen: Eine Koalition mit der Union kam für sie ebenso in Frage wie eine Koalition mit dem Bündnis 90/Die Grünen. Auf diese Weise konnte sie einerseits Wählerschichten ansprechen, die einen deutlichen Wandel mit dem Bündnis 90/Die Grünen wünschten, und andererseits solche, die einen vorsichtigen Wandel anstrebten. Der SPD war bewußt, daß eine rot-grüne Koalition von einer deutlichen Mehrheit der Bevölkerung nicht gewünscht wird. Deshalb hat sie sich nicht auf die Strategie der Union eingelassen. Diese hatte dem Wähler folgende Alternative vor Augen geführt: Entweder schwarz-gelb oder rot-grün (gegebenenfalls unter Duldung der PDS). Und vor allem: Der Sieg der SPD war mehr eine Niederlage der Union: Große Teile der Bevölkerung waren des alten Kanzlers überdrüssig und trauten der Regierung, die 16 Jahre „das Ruder“ in der Hand hatte, ungeachtet ihrer Beteuerungen keinen Abbau des „Reformstaus“ zu.

Der Wahlerfolg kam wesentlich deshalb zustande, weil die SPD unter Schröder einen Kurs der – tatsäch-

lichen oder vermeintlichen – Mitte steuerte bzw. sich nicht festlegte. Sollte sich hinfort stärker die Richtung um den Parteivorsitzenden Oskar Lafontaine durchsetzen, würde vermutlich ein Teil der SPD-Wähler damit nicht einverstanden sein. Der Grat, auf dem Schröder wandelt, ist schmal: Er kann die „eigene Basis“ nicht vor den Kopf stoßen, darf aber die Bindung an „seine“ Wählerschaft nicht verlieren, um mit Berufung auf diese die „Basis“ in die Schranken zu weisen. Hinzu kommt: Die Erwartungshaltung vieler Wähler ist angesichts der leeren öffentlichen Kasse zu groß.

**POLITISCHE STUDIEN:** Das Bündnis 90/Die Grünen und die FDP haben jeweils klar die Fünfprozenthürde übersprungen. Das war nicht immer zu erwarten gewesen. Heißt das, daß diese beiden Parteien unabhängig von den Verschiebungen in der Wählerschaft eine feste Basis in der Bevölkerung haben, oder ist ihre zukünftige parlamentarische Existenz damit nicht gesichert?

**Prof. Jesse:** Wie die Wahlforschung gezeigt hat, ist die Bindung an die Parteien nicht mehr so stark wie früher (im Westen) oder noch nicht ausgeprägt (im Osten). Feste Wählermilieus lösen sich auf. Insofern dürften künftig Augenblickskonstellationen eine größere Rolle beim Wählervotum spielen. Das ist für die beiden Parteien eine Chance und eine Gefahr gleichermaßen. Ihre Stammwählerschaft dürfte unter fünf Prozent liegen. Dem Bündnis 90/Die Grünen und den Liberalen kam zugute, daß sie sich klar für eine Koalition mit „ihrem“ großen Partner ausgesprochen haben. Die Liberalen profitieren

von folgender Überlegung „eigentlicher“ Unionswähler: Nur ein Einzug der Liberalen bildet die Voraussetzung für die Fortsetzung der Koalition. Und dem Bündnis 90/Die Grünen nützte der Sachverhalt, daß die SPD unter Schröder betont in der „neuen Mitte“ „fischte“, den linken Rand also vernachlässigte. Allerdings sind die beiden Parteien im Osten Deutschlands 1998 gegenüber den Wahlen zuvor erneut schwächer geworden. In den neuen Bundesländern fehlt es den Liberalen an einer ausreichend großen sozialen Basis, und dem Bündnis 90/Die Grünen kommt die „unpolitische“ Kultur im Osten nicht entgegen. Sollte eine der beiden Parteien einmal an der Fünfprozenthürde im Bund scheitern, ist dies ein Alarmzeichen. Denn nichts ist so erfolglos wie die Erfolglosigkeit.

**POLITISCHE STUDIEN:** Die PDS konnte nicht nur vier Direktmandate erringen, sondern auch die Fünfprozenthürde überspringen. Was bedeutet dies für die zukünftige Existenz der Partei.

**Prof. Jesse:** Die PDS hat sich erneut gesteigert – von 2,4% (1990) über 4,4% (1994) auf 5,1% (1998). Im Osten erzielte sie 21,6%. Sie ist hier eine Milieupartei, weniger eine Protestpartei. Dabei war die Konstellation für die PDS diesmal nicht einmal sonderlich günstig. Die PDS, die sich so entschieden für eine „Wende“ ausgesprochen hatte, war in einem besonderen Dilemma: Ihr Einzug in das Bundesparlament hätte eine rot-grüne Koalition verhindern können.

Die längerfristige Existenz dieser Partei wird wesentlich davon abhängen,

ob die im Kern antidemokratische PDS in das politische System integriert wird. Wer mit ihr Koalitionen eingeht, wertet sie auf, macht sie salonfähig und führt ihr neue Wähler zu. Das „Magdeburger Modell“ (Tolerierung der SPD-Regierung durch die PDS) hat das „Schweriner Modell“ (Koalition der SPD mit der PDS) nach sich gezogen. Dabei bleibt die PDS für den dortigen Landesvorsitzenden Helmut Holter „Systemopposition“. Anders könnten es auch Gegner der PDS nicht zum Ausdruck bringen.

**POLITISCHE STUDIEN:** Die CSU hat zwar ein schlechteres Resultat bei den Bundestagswahlen erreicht, aber erneut weit überdurchschnittlich zum Gesamtergebnis der Union beigetragen. Sie stellt einen relativ größeren Teil der Unionsabgeordneten als in der letzten Legislaturperiode. Was bedeutet dies für die Stellung der CSU in der Bundespolitik und innerhalb der Union?

**Prof. Jesse:** Die CSU ist die drittstärkste Partei geblieben. Durch ihre relative Stabilität ist ihr Kurs gegenüber der CDU gestärkt worden. Auf diese Weise dürfte die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner deutlicher werden. Allerdings: Sollte die CSU auf Konfrontation zur CDU gehen – und sei es nur zur eigenen Profilierung – schadete dies der Einheit der Union. Wichtiger noch als ihr Abschneiden bei den Bundestagswahlen war das überaus gute und überraschende Ergebnis der bayerischen Landtagswahlen 14 Tage zuvor. Edmund Stoiber gehört damit neben Wolfgang Schäuble und Volker Rühle zum engsten Kreis der Kanzlerkandidaten.

**POLITISCHE STUDIEN:** Die CDU hat stark verloren – in den neuen Bundesländern besonders dramatisch. Was bedeutet dies für die Zukunft der CDU im vereinigten Deutschland? Wie kann sie in Ostdeutschland wieder Boden gut machen?

**Prof. Jesse:** Die CDU sieht sich einer schwierigen Bewährungsprobe ausgesetzt. Ihr steht eine – personelle, inhaltliche und organisatorische – Reform an Haupt und Gliedern bevor. Allerdings sprechen keine Anzeichen dafür, daß die Partei zerfällt. Durch die lange Regierungszeit von Kohl und seine Amtszeit als Parteivorsitzender (25 Jahre!) sind Innovationen auf der Strecke geblieben. Kohl hat sich mehr um die Außen- und Europapolitik, weniger um die Innenpolitik gekümmert. Die CDU steht in mancher Hinsicht dort, wo die SPD 1982 stand.

Das Wahlergebnis zumal in den neuen Bundesländern ist desaströs. Der Kurs der CDU war in vieler Hinsicht nicht konsequent. In Ostdeutschland kann sie dadurch wieder an Boden gewinnen, daß sie einen geradlinigen Kurs verfolgt, ökonomische wie soziale Kompetenz beweist und die inkonsequente Politik der SPD gegenüber der PDS anprangert. Die CDU hat hier größere Chancen, Stimmen zurückzugewinnen als in den alten Bundesländern. Ostdeutsche sind aufgrund ihrer Sozialisation im Schnitt konservativer als Westdeutsche.

**POLITISCHE STUDIEN:** Die Parteien der extremen Rechten haben erneut den Einzug in den Bundestag verpaßt; die DVU konnte bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern

ihren Erfolg von Sachsen-Anhalt nicht annähernd wiederholen. Wo liegen die Gründe hierfür? Was bedeutet dies für die Zukunft des Rechtsextremismus?

**Prof. Jesse:** Bundestagswahlen sind Hauptwahlen, keine Nebenwahlen. Erfahrungsgemäß schneiden Rechtsaußenparteien, deren Wählerschaft sich stark aus Personenkreisen rekrutiert, die gegen tatsächliche oder vermeintliche Mißstände protestieren, hier schlechter ab. Daß die DVU ihren spektakulären Erfolg von Sachsen-Anhalt in Mecklenburg-Vorpommern nicht wiederholen konnte, lag auf der Hand: Ein solcher Überraschungscoup gelingt nur einmal.

Die Rechtsaußenparteien sind bei dieser Wahl in den neuen Bundesländern insgesamt erfolgreicher gewesen als in den alten. Das ist ein Symptom für die geringere Parteibindung. Was häufig übersehen worden ist: Die Rechtsaußenparteien stellten in den neuen Bundesländern neben nationalistischen Parolen sozialistische in den Vordergrund. Auch nach dieser Bundestagswahl kommt es nicht zu einer Einigung des „nationalen Lagers“, sei es aufgrund personeller, sei es aufgrund inhaltlicher Querelen.

Die Zukunft des Rechtsextremismus hängt wesentlich von der Zukunft der PDS ab. Sollte sich diese auf Bundesebene festsetzen können, begünstigt das Erfolge rechtsextremistischer Gruppierungen: Die PDS verliert Wähler an die extreme Rechte; diese gewinnt ein Mobilisationsthema und vermag den „Etablierten“ ihre Einseitigkeit in der Behandlung des „Extremismus“ vorzuhalten.

**POLITISCHE STUDIEN:** Wie wird sich unser Parteiensystem entwickeln?

**Prof. Jesse:** Eine Vorbemerkung: „Das“ Parteiensystem gibt es in Deutschland nicht. Der Westen und der Osten driften gegenwärtig auseinander. Im Westen haben wir zwei große und zwei kleine Parteien; im Osten ist die „dritte Kraft“ – die PDS mehr als dreimal so stark wie Bündnis 90 / Die Grünen und FDP zusammen. Die Antwort auf diese Frage hängt von vielen Faktoren ab, zumal davon, ob sich die PDS oder/und eine Rechtsaußenpartei etablieren kann – und nicht zuletzt davon, inwiefern es dem Bündnis 90/Die Grünen und den Liberalen gelingt, sich bundesweit zu stabilisieren. Die Aussichten sind dafür gut.

Begrüßenswert ist ein Modell, bei dem der Wähler vor der Wahl weiß, wer mit wem regiert. Diesmal hat die SPD eine Antwort auf diese Frage offengelassen. Es spricht vieles dafür, daß vorerst eine „Neupositionierung“ des Parteiensystems ausbleibt. SPD und Bündnis 90/Die Grünen dürften enger zusammenrücken. Die FDP wird sich in der Opposition nicht von der Union entfernen (können).

In absehbarer Zeit bleiben angesichts großer inhaltlicher Unterschiede schwarz-grüne Koalitionen in den Bundesländern aus, hingegen wohl nicht weitere Koalitionen zwischen der SPD und der PDS. Bündnisse mit der PDS bilden eine machstrategische Versuchung, der die SPD aus demokratischer Prinzipientreue nicht nachgeben sollte. Gegenwärtig steht die SPD einer prinzipiell antidemokratischen Partei (PDS) näher als die Union

einer demokratischen Partei (Bündnis 90/Die Grünen).

**POLITISCHE STUDIEN:** Sehen Sie mit diesem Wahlergebnis einen Schritt in Richtung auf eine „Berliner Republik“, deren wertbestimmte Fundierung sich von der „Bonner Republik“ entfernt? Welche Veränderungen bahnen sich in der politischen Kultur Deutschlands an?

**Prof. Jesse:** Der Begriff der „Berliner Republik“ ist entweder mißverständlich oder höchst kritikwürdig, in jedem Fall also untauglich. Mißverständlich insofern, als man nicht genau weiß, was darunter zu verstehen ist. Wer damit meint, daß die Bundesrepublik künftig von Berlin regiert wird, verweist auf eine Banalität. Kritikwürdig insofern, als die Prinzipien, die die „Bonner Republik“ viele Jahrzehnte ausgezeichnet haben (Liberalität, Stabilität), nicht aufgegeben werden sollten.

Es käme einer fatalen Änderung der politischen Kultur Deutschlands und einer Verschiebung des politischen Koordinatensystems gleich, würde sich der antiextremistische Konsens weiter auflösen. In der Logik der Entscheidung von Mecklenburg-Vorpommern liegt folgender Schritt: Die

Einbindung der PDS bezieht sich künftig wohl auch auf die Bundesebene (zunächst in der Form der Tolerierung). Sollte bei der nächsten Bundestagswahl die rot-grüne Koalition auf die PDS angewiesen sein, dürften machtpolitische Überlegungen bei der SPD den Ausschlag geben.

Die Konzeption der streitbaren Demokratie, mit der die Bundesrepublik Deutschland fünfzig Jahre lang gut gefahren ist, bliebe auf der Strecke bzw. erführe eine Amputation. Sie würde weiterhin gut nach rechts funktionieren, jedoch nicht mehr nach links. Damit ergibt sich folgende Paradoxie: Es bedurfte erst des Zusammenbruchs eines kommunistischen Regimes auf deutschem Boden, bis eine weithin linksextremistische Partei Anklang fand und von Teilen der Politik, Wissenschaft und Publizistik als eine im Prinzip „normale Partei“ wahrgenommen wurde. „Normal“ ist dieser Befund nicht. Die Erosion des antiextremistischen Gründungskonsensus der zweiten deutschen Demokratie könnte für deren Stabilität nicht ohne nachteilige Folgen bleiben.

**POLITISCHE STUDIEN:** Herr Prof. Jesse, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

**Die Fragen für die POLITISCHEN STUDIEN stellte Dr. Gerhard Hirscher, Referent für Grundsatzfragen der Politik, Parteien und Politische Theorien der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung, München.**

Schwerpunktthema

Organisierte Kriminalität  
in den  
Entwicklungsländern

# Organisierte Kriminalität in Entwicklungsländern – „missing link“ in der Theorie der Unterentwicklung?

**Klaus Lange**

Es scheint ein Hauptmerkmal der letzten Jahre des ausgehenden Jahrtausends zu sein, daß die Inseln der Stabilität und Prosperität im Schrumpfen begriffen sind.

Dabei gibt nicht nur der Umstand Anlaß zur Besorgnis, daß die Konkursmasse der ehemaligen Sowjetunion immer noch einen Scherbenhaufen darstellt, der wenig Anlaß zu Optimismus bietet, daß sich die rasante Aufwärtsentwicklung südostasiatischer Volkswirtschaften als instabile Seifenblase entpuppt hat oder daß die südlichen Randgebiete des Mittelmeers von einer gefährlichen Kombination aus wirtschaftlicher Stabilität und politischer Destabilisierung ergriffen zu werden drohen.

Ebenso erschreckend und deprimierend ist der Umstand, daß große Teile der sogenannten „Dritten Welt“ nach wie vor dem Fluch sozioökonomischer Stagnation unterworfen sind und daß Länder, die noch vor einiger Zeit den Status eines Schwellenlandes gesichert zu haben schienen, wieder von der erreichten Schwelle in Richtung Unterentwicklung abzugleiten drohen.

Besonders prekär ist die Situation Afrikas südlich der Sahara, wo sich nicht nur die Implosion staatlicher bzw. quasi-staatlicher Strukturen mit wirtschaftlicher Stagnation oder gar Rückschritt zu einem gefährlichen Krisensyndrom verschränkt hat, sondern wo auch die Hoffnung auf eine „Lokomotivenfunktion“ des demokratischen Südafrika zunehmend Zweifel erzeugt. Mit minimalen Ausnahmen kann von einer afrikanischen Renaissance nur reden, wer die himmelschreiende Diskrepanz zwischen dem Potential Afrikas und seiner Realisierung zu verdrängen versteht. Erklärungen für die desolate Situation sind Legion: Von den dutzenden Varianten von Imperialismustheorie über die historisch-kulturelle Vernetzungstheorie bis hin zu Hypothesen mit sozialpsychologischem Ansatz. Theorien aber mit bloß mittlerer Reichweite, aus denen sich aber gerade aufgrund des Fehlens hochabstrakter Rundumschläge konkrete Handlungsmöglichkeiten ableiten lassen, sind selten. Komponente solcher Theorien der Stagnation und/oder Unterentwicklung sollte aber auf jeden Fall die Hypothese sein, daß die desolate Situation in weiten Teilen der „Dritten

Welt" auch auf das Wirken der Organisierten Kriminalität zurückzuführen ist. Es scheint der Fall zu sein, daß gerade die reziproke Unangemessenheit von sozialem und politischem System, wie sie für weite Teile der „Dritten Welt" so typisch ist, die Entstehung asozialer Strukturen besonders fördert, die mittels eines weiten Arsenal kримineller Handlungsmuster Möglichkeiten gesamtgesellschaftlicher Entwicklung zu neutralisieren vermögen.

Organisierte Kriminalität in Entwicklungsländern sollte als wichtiger Faktor für die Erklärung von Entwicklungsdefiziten nicht mehr vernachlässigt werden.

Das gilt um so mehr in einer Situation, die wie die heutige dadurch besonders gekennzeichnet ist, daß die „Inseln" von Stabilität und Prosperität zunehmend durch den „fall-out" sozioökonomischer Katastrophen anderswo belastet werden.

# Die Ursprünge des organisierten Verbrechens in Entwicklungsländern

**Peter Gastrow**

Afrika ist der Kontinent, der von den entwickelten Ländern am wenigsten verstanden wird. Und in der Tat versteht sich Afrika selbst auch nicht. Versuche von denjenigen, das Geheimnis Afrikas, besonders des sub-saharischen Afrikas, zu analysieren, die den Kontinent als Außenstehende betrachten, werden oft durch unterdrückte Einflüsse historischer Schuld oder durch rassistische Impulse kompliziert, während die Afrikaner selbst dazu tendieren, einen unkritischen Ansatz an den Tag zu legen, der beeinflusst wird durch Engstirnigkeit oder durch ein Gefühl von Unzulänglichkeit.

Ein adäquates Verständnis für afrikanische Politik oder für den afrikanischen Staat hat sich uns entzogen, was teilweise auf die häufige Einbildung, daß afrikanische Politik oder daß der afrikanische Staat Teil eines homogenen afrikanischen Phänomens ist, zurückzuführen ist. Die afrikanische Gesellschaft ist nicht homogen und die afrikanische Politik auch nicht. Trotz der Betonung dieser Tatsache, werde ich fortfahren genau das zu tun, wovor ich gewarnt habe, nämlich Probleme des Sub-Saharischen Afrikas allgemein zu erörtern.

Die konventionelle Sicht der gegenwärtigen afrikanischen Staaten ist eine, die sich als im Grunde genommen künstliche und externe Kreation sieht, hergeleitet von einem aufgezwungenen europäischen Kolonialismus. Diese Ursprünge veranlaßten afrikanische Herrscher nach der Unabhängigkeit mit unterschiedlichem Erfolg darum zu kämpfen, die Regierungsstrukturen, die die Kolonialherren zurückgelassen hatten, zu wahren, zu erweitern und zu beheimaten und dies innerhalb territorialer Einheiten, die von Außenstehenden festgelegt wurden und denen somit jede landesinterne Logik fehlte.<sup>1</sup> Die allzu offensichtlichen Probleme der afrikanischen Regierung wie Korruption, Instabilität und Ineffektivität können dann praktischerweise dem fehlenden „Zusammenpassen“ zwischen diesem eingeführten Modell und Afrikas bruchstückhafter Wirtschaft, den künstlichen Staatsgrenzen und landeseigenen sozialen Strukturen und Werten zugeschrieben werden.

Frühere koloniale Mächte und andere entwickelte Länder waren deshalb oft fest entschlossen, die Konsequenzen ihrer auferlegten Strukturen und Nor-

men, durch anfängliche Bereitstellung von Entwicklungshilfe für die neuen Herrscher, verbunden mit relativ wenigen Bedingungen zu korrigieren. Man nahm an, daß diese Form der Entwicklungshilfe nach der Unabhängigkeit der neuen politischen Führung die Möglichkeit geben würde, die Entwicklung in Einklang mit früher unterdrückten landeseigenen Entwicklungsprioritäten und Normen zu fördern. Man hoffte, daß sich unter diesen Konditionen die afrikanischen Staaten zu mehr marktorientierter Wirtschaft und Vielparteien-Demokratie hinbewegen würden.

Diese Form von Hilfe, die von den entwickelten Ländern und internationalen Agenturen bereitgestellt wurde, verhinderte nicht die Tendenz vieler neuer unabhängiger afrikanischer Länder hin zu größerer Zentralisierung und wachsender staatlicher Kontrolle über ihre Wirtschaft.

An der politischen Front ging die Tendenz eher hin zu einer autokratischen Herrschaft als zu der Art von Pluralismus und Demokratie, die sich die früheren Kolonialmächte erhofft hatten. Kurz gesagt, diejenigen, die an der konventionellen Ansicht der afrikanischen Staaten festhalten, suchen die Erklärung für das Leid Afrikas hauptsächlich in der destruktiven Auswirkung, die der Kolonialismus auf die landeseigenen sozialen Strukturen, auf das Organ Politik und die landeseigene Kapazität hatte, eine Wirtschaft zu betreiben, die in Einklang mit den Wirtschaftsmodellen, die von den früheren Kolonialmächten durchgeführt wurden, stellt. Wenn nur den neuen unabhängigen Staaten geholfen werden könnte, die

korrekten Werkzeuge zu entwickeln, würden sie sich in die „richtige“ Richtung bewegen.

Einen Alternativansatz der Entwicklungseinschätzungen in Afrika, die hauptsächlich aus den Studien der französischen Afrikaexperten gezogen wurden, zieht die Geschichte der afrikanischen Gesellschaften der letzten zwei Jahrhunderte, bei der Suche nach Erklärungen für Entwicklungen, die heute miterlebt werden, in Betracht.<sup>2</sup> Die Betonung liegt auf der Langfristigkeit. Die afrikanischen Gesellschaften und Regierungssysteme haben sich an einer Flugbahn entlang entwickelt, die Jahrhunderte zurückreicht.

Dieser Ansatz spielt den Einfluß des Kolonialismus herunter und stellt den gegenwärtigen Haltungskurs gegenüber Macht und Politik als tief verwurzelt in afrikanischer historischer Erfahrung dar. Die relativ kurze Periode der Kolonialherrschaft hat diese Grundlage afrikanischer Erfahrung nicht zerstört. Der afrikanische Staat ist deshalb nur geringfügig von der dazwischenliegenden Periode des Kolonialismus betroffen gewesen. Dieser Ansatz vertritt den Standpunkt, daß die afrikanischen Staaten auf ihre eigene Weise gesehen werden müssen, nämlich als das Produkt ihrer eigenen Gesellschaften und nicht bloß als gescheiterter Versuch, Regierungsmodelle zu reproduzieren, die anderswo entworfen wurden.<sup>3</sup> Er bewegt sich weg vom idealisierten Bild der afrikanischen Vergangenheit als ein Kontinent, der unverdorben von Materialismus und westlicher Ausbeutung ist und zeichnet dagegen ein Afrika, das vor allem von der Grund-

lagenarmut materieller Ressourcen und dem Bedürfnis derjenigen charakterisiert wird, die die politische Macht haben, die Kontrolle über die Wirtschaftsressourcen zu gewinnen.

Im Vorfeld dieses Ansatzes identifiziert Bayart, der französische Afrikaexperte, ein Afrika, in dem Macht geschichtlich etwas mit dem Zugang zu Reichtum zu tun hat. Dies nennt er die „Politik des Bauches“. Sie ist ein Ansatz, der den „Privatisierungs“-Projekten der Weltbank, die lediglich versprechen, Ressourcen von der formalen Kontrolle des Staates in den privaten Geschäftsbereich jener, die es regieren, zu transferieren, sehr wenig Hoffnung anbietet; noch erlaubt sie viel Entfaltungsmöglichkeit für Projekte zur Vielparteien-Demokratisierung, die gleichermaßen nach Unterscheidung zwischen öffentlichen und privaten Sphären verlangen, was nach Bayarts Ansicht der afrikanischen politischen Tradition fremd ist.<sup>4</sup>

Die zuvor genannten, zwei sehr unterschiedlichen Ansätze zur Betrachtung der afrikanischen Politik und des afrikanischen Staats werden hier nicht bloß skizziert, weil sie interessant sind, sondern weil sie eine wichtige Auswirkung auf unsere Sichtweise der sozialen Umgestaltung und der Ursprünge des organisierten Verbrechens in Afrika haben. Erleben wir gerade afrikanische Staaten, die sich, aufgrund der zerstörerischen Auswirkung des Kolonialismus, mit der sozialen Umformung herumschlagen, mit dem Ziel, sich zu mehr Demokratie und freier Marktwirtschaft hin zu bewegen oder erleben wir gerade ein tief verwurzeltes afrikanisches Phäno-

men, welches glaubt, daß politische Macht direkt mit dem Zugang zu Reichtum zu tun hat?

Es kann keinen Zweifel geben, daß das sub-saharische Afrika gerade ernste Schwierigkeiten wirtschaftlicher und politischer Natur erlebt. Forderungen, die als Ergebnis landeseigener Dynamik und als Ergebnis internationaler Vermittlungen und der entwickelten Welt an afrikanische Staaten gestellt wurden, haben in vielen Ländern zu einem schwierigen Prozeß der sozialen Umformung geführt. Die weitverbreiteten Forderungen, 1989–90 die afrikanischen Regierungen zu demokratisieren, lösten Umgestaltungsprozesse in praktisch jedem Land auf dem Kontinent aus. In anderen Teilen der Welt, hauptsächlich in Osteuropa und in der ehemaligen Sowjetunion, fanden auch gerade fundamentale Umformungen von autoritären Regierungssystemen hin zu Demokratien statt.

Es ist allgemein bekannt, daß unter solchen Umständen die Autorität des Staates und verbunden damit, die Effektivität der Staatsstrukturen, wie des Polizeidienstes, bedeutend untergraben werden. Dies gilt für entwickelnde und unterentwickelte Länder. Kriminelle Organisationen neigen dazu, sich inmitten der Bedingungen, die unweigerlich den Übergang zu Demokratie und freier Marktwirtschaft begleiten, zu entwickeln und erfolgreich zu sein. Die politischen Übergänge in Südafrika, Polen und Rußland sind zum Beispiel von einer Zunahme einheimischer krimineller Organisationen und des Drogenmißbrauchs und Drogenhandels sowie der damit verbundenen Gewalt

begleitet worden. Dies begründet sich teilweise darauf, daß Übergänge durch einen oder mehrere der folgenden Merkmale charakterisiert werden:

- Der Zusammenbruch und die Wiederherstellung von Staatsstrukturen;
- bedeutende Änderungen der Prinzipien, die dem wirtschaftlichen Management zugrunde liegen;
- eine Redefinition der Prinzipien und Werte, durch die die Gesellschaft funktioniert (z.B. wer kommt für die Mitbestimmung in politischen Angelegenheiten in Frage) und
- eine Reorientierung in den Beziehungen mit der Außenwelt, was gewöhnlich eine Öffnung der Wirtschaft und der Gesellschaft mit sich bringt.<sup>5</sup>

Diese Konsequenzen des fundamentalen Übergangs sind beinahe eine Vorgabe, ungeachtet wo das Land sich selbst findet und soweit es Afrika betrifft, ungeachtet, ob jemand die konventionelle Betrachtungsweise Afrikas oder den Ansatz, der die Betonung auf die historische Flugbahn legt, übernimmt.

Organisiertes Verbrechen in Afrika kann nicht richtig verstanden werden, es sei denn, wir befassen uns bei unserer Suche nach Erklärungen intensiv mit der zugrundeliegenden Dynamik der verschiedenen Umformungsprozesse. Wie sollten die Umformungsprozesse in Afrika analysiert werden? Ein typischer Ansatz vom konventionellen Standpunkt her würde meinen, daß das heutige Afrika einem schwierigen doppelten Übergang gegenübersteht. Es strengt sich

sehr an, den Übergang von der staatlich geführten zur marktgeführten Wirtschaft zu schaffen, gleichzeitig verändert es sich von der autokratischen zur demokratischen Politik.<sup>6</sup> Die Debatte konzentriert sich dann darauf, ob die zwei Übergänge komplementär sind oder nicht und ob es zu erwarten ist, daß sie simultan stattfinden.

Der alternative Ansatz, der stark auf die historische Kontinuität der afrikanischen Gesellschaft baut, würde die afrikanischen Umformungsprozesse als weit komplexer ansehen. Eine Analyse, die stark von dem letzteren Ansatz beeinflusst ist, identifiziert vier Arten von Umformungsprozessen, die momentan auf dem afrikanischen Kontinent stattfinden.<sup>7</sup>

Der erste ist verbunden mit Veränderungen im makro-ökonomischen Kontext und dem Zusammenschluß der afrikanischen Staaten mit der internationalen Wirtschaft. Im Laufe der letzten fünfzehn Jahre haben eine ständig wachsende Anzahl afrikanischer Staaten die Liberalisierungs- und Deregulierungspolitik übernommen. Strukturelle Einstellungsprogramme sollten unproduktive Formen wirtschaftlichen Verhaltens, Korruption und den Einfluß politischer Interessen im Wirtschaftsleben und der Politikbetreibung eliminieren. Diese Programme produzieren widersprüchliche und manchmal unerwartete Effekte, was die wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen angeht. Finanzielle Liberalisierung hat die Geldwäsche erleichtert, und die Schaffung neuer wirtschaftlicher Möglichkeiten hat das Auftauchen nationaler oder transnationaler Akteure bewirkt, die

in kriminelle wirtschaftliche Aktivitäten verwickelt sind.

Die Privatisierung staatlicher Firmen und Banken und die Einführung eines Minimums an Staat auf Veranlassung von Geldgebern hat zu der Privatisierung einer Anzahl souveräner Staatsfunktionen geführt, inklusive so wichtiger wie Zolldienste und Steuererziehung. Diese Privatisierung des Staates hat zu einer generellen Ausweitung straffälligen Benehmens und zu einer Kommerzialisierung administrativer Funktionen geführt, wie derjeniger, die mit dem kriminellen Justizsystem zu tun haben. Der offensichtliche Verlust der Kohärenz und der Mangel an Verantwortlichkeit des Staates und der Staatsakteure hat die Entstehung neuer Formen der Machtbeziehungen gefördert, besonders jene zwischen der Zentralregierung und kommunalen Akteuren und neuer Institutionen wie Bürgerwehrguppen und privaten Milizen.

Die zweite Art des Umformungsprozesses hat mit der komplexen Umformung des Staates selbst zu tun. Viele afrikanische Staaten verändern und entwickeln sich gerade in mehrere und oft widersprüchliche Richtungen. Die weitverbreitete Forderung nach Demokratie, die die eiserne Hand der Diktaturen und Ein-Partei-Staaten geschwächt haben, wurde zum größten Teil von Gegenmaßnahmen, die von den Machthabern eingeführt wurden, in Grenzen gehalten. Kenia ist ein Beispiel dafür, wie der Demokratisierungsprozeß kooptiert und dazu benutzt wurde, die Kontinuität der politischen und wirtschaftlichen Ordnung zu legitimieren und zu verschleiern. In einigen Bezirken bewirk-

te der Druck zu Demokratisieren und der sich daraus ergebende und folgende Umformungsprozeß wiederum autoritäre Regierungen dazu, eine Strategie mit dem Ziel die Machterhaltung zu übernehmen. Strategien, die darauf zielten, die frühere autoritäre Gewalt wiederherzustellen, haben oft Zuflucht zu kriminellen Praktiken genommen, entweder weil die Machthalter bewaffnete Gruppen benutzt haben, um ihre Position zu stärken, ihre Gegner durch Tötung und Folter einzuschüchtern und es unmöglich zu machen, sie zu verdrängen, oder weil sie ihre politische Strategie durch eine intensivere Ausbeutung der nationalen Wirtschaft finanziert haben, oder weil sie von Nischen in der internationalen kriminellen Wirtschaft Gebrauch gemacht haben.<sup>8</sup>

Der dritte Umformungsprozeß ist mit der Entstehung wirtschaftlicher Praktiken und Formen der Verwaltung der Naturschätze verbunden, die herrschende Musterbeispiele und Theorien der Marktwirtschaft durcheinanderbringen, da sie weder den gegenwärtigen Modellen von Kapital, Produktion, Investition oder Profit entsprechen, noch in der Tat dem gegenwärtigen Verständnis von Geld, Preisen und Devisen. Hinsichtlich einiger afrikanischer Länder sorgt ein komplexes Netz politischer, kommerzieller und finanzieller Beziehungen für die Verbindung zum Rest der Welt. Diese Verbindungen haben starke ethnische, korporative oder kommunale Elemente.<sup>9</sup> Auch wenn es in den Augen der internationalen Gemeinschaft diskreditiert wurde, fuhr Zaire zum Beispiel fort, mit dem Rest der Welt intensiven Handel mit Trans-

portmitteln des Landes, von denen sich viele Luftchartergesellschaften und Lastwagenparks in Privatbesitz befinden, zu betreiben. In Sierra Leone, Liberia und Angola schürfen junge Kämpfer, Abenteurer und Gruppen, die Verbindungen zum Staat haben, Diamanten, die in London oder in Antwerpen verkauft werden, wobei sie durch die Hände der de Beers wandern. Formelle Handelsbeziehungen spielen keine Rolle und konventionelle Finanzierung, Marketing, Besteuerung oder Umweltkontrolle werden außer Acht gelassen.

Im Zusammenspiel der zuvor genannten drei Prozesse findet man den vierten Umformungsprozeß, der gerade in einer Anzahl von afrikanischen Staaten stattfindet, nämlich einen Prozeß, der die „Kriminalisierung“ des Staates betrifft. Dieser Prozeß wird in einem Buch untersucht, das gerade von den drei Afrikaexperten Bayart, Ellis und Hibou herausgebracht worden ist. Die Autoren konzentrieren sich auf jene kriminellen Praktiken, die kollektiv oder hochorganisiert sind und die eine deutliche oder sogar organische Beziehung mit Inhabern politischer Macht oder den Institutionen des Staates an den Tag legen. Sie untersuchen, wie die politische Arena von kriminellen Praktiken heimgesucht wird. Ihre Definition der „Kriminalisierung“ verläßt sich nicht auf eine strikte juristische Definition. Stattdessen definieren sie sie auf die folgende allgemeine Weise:

„Man muß die Kriminalisierung von Politik und Staat als ein Phänomen betrachten, wobei Praktiken, deren kriminelle Natur offenbar ist, zur Routine werden, ganz im Zentrum von

politischen und Regierungsinstitutionen. Diese kriminelle Natur ist offensichtlich sowohl als vom Gesetz des in Rede stehenden Landes als auch von den Normen des internationalen Gesetzes und internationaler Organisationen sowie insbesondere von der internationalen Gemeinschaft und den Entwicklungshelfern gesehen.<sup>10</sup>

Die Autoren entwickeln die Hypothese, daß die Politik in Afrika gerade merklich mit Verbrechen in Zusammenhang kommen wird. Sie führen eine Anzahl von Kriminalisationsindikatoren der Politik an, zu dem Zweck, das Phänomen, das sie Kriminalisierung nennen, von anderen klassischeren Formen der Korruption, Raub oder Kleptokratie zu unterscheiden. Basierend auf ihren eigenen Indikatoren kommen sie zu folgendem Schluß: Informationen, die momentan erhältlich sind, würden darauf hindeuten, daß nur Äquatorial-Guinea, die Komoren und die Seychellen korrekterweise als kriminelle Staaten identifiziert werden könnten. Die Mehrheit der anderen afrikanischen Staaten zeigen klassische Symptome der „Politik des Bauches“, das heißt einen Machtansatz, der verbunden mit dem Zugang zu Reichtum ist. Länder, die unter diese Kategorie fallen, sind der Senegal, die Côte d'Ivoire, Gabon, Zimbabwe, Tansania und Namibia. Eine Kategorie, die gerade positivere Indikatoren produziert, umfaßt Länder wie Ghana, Uganda, Botswana, Mali und Burkina Faso. In Bezugnahme auf die Autoren, sind einige Staaten eindeutig Hauptorganisatoren des Schmuggels (Gambia, Benin, Mocambique), aber sie könnten nicht als kriminell beschrieben werden.

Vor dem Hintergrund der zuvor genannten komplexen Umformungsprozesse, die viele afrikanische Staaten gerade durchmachen, bin ich gebeten worden, einige Bemerkungen über den Ursprung des organisierten Verbrechens in Entwicklungsländern zu machen.

Interpol benutzt eine Definition für organisiertes Verbrechen, die kurz und knapp ist, aber nur zutrifft, wenn die kriminelle Organisation eine organisierte Befehlsstruktur entlang korporativer Linien aufweist. Organisiertes Verbrechen wird definiert als:

„Irgendeine Gruppe, die eine korporative Struktur hat, deren primäre Zielsetzung es ist, Geld durch illegale Aktivitäten zu bekommen und dabei oft nur durch Angst und Korruption bestehen kann.“<sup>11</sup>

Diese Definition trifft mehr die gut strukturierten mafiaartigen kriminellen Organisationen, die in westlichen Ländern aktiv sind, als auf die Vielzahl von verschiedenen kriminellen Netzwerken, Organisationen und Verbindungen, die sich selbst in Entwicklungsländern manifestieren.

Zur Zeit werden Versuche gemacht, sich auf eine international akzeptierte Definition für organisiertes Verbrechen und organisierte Verbrechenstrukturen zu verständigen. Diesbezüglich wurde, als der Europäische Rat im März dieses Jahres sich zum ersten Mal auf eine Definition, was eine kriminelle Organisation und eine Beteiligung daran ausmacht, einigte, ein wichtiger Fortschritt erreicht. Aber selbst diese Definition, obwohl umfassender als die Definition von Inter-

pol, hat nicht viel Bezug zu der umfangreichen Auswahl und Natur krimineller Aktivitäten, die man in Entwicklungsländern erlebt.<sup>12</sup>

Es wäre wahrscheinlich korrekt anzunehmen, daß die vorherrschende Sichtweise von organisiertem Verbrechen in afrikanischen Ländern, wie von außerhalb des Kontinents betrachtet, stark beeinflusst ist von der konventionellen Beurteilung des afrikanischen Staats. Das Konzept des organisierten Verbrechens, wie es von der Europäischen Gemeinschaft oder den Vereinten Nationen verstanden wird, unterscheidet sich wesentlich von der viel umfangreicheren Natur der organisierten kriminellen Aktivitäten, die in vielen Entwicklungsstaaten in Afrika erlebt werden und tatsächlich von anderswo in der Welt, zum Beispiel von einigen Ländern Südamerikas und des Fernen Ostens.

Die Einflüsse, die organisiertes Verbrechen in diesen Ländern und in Afrika speziell, formen, müssen in einer anderen Definition von organisiertem Verbrechen reflektiert werden, die besser an die afrikanische Erfahrung angepaßt ist als die Definitionen, die von der entwickelten Welt gerade entstehen. Ein Versuch dieser Art hat die Definition von organisiertem Verbrechen auf dem afrikanischen Kontinent viel näher an die Realitäten dieses Phänomens gebracht, obwohl sie von jemandem entwickelt wurde, der anscheinend die afrikanische Politik auf die konventionelle Weise betrachtet. James Opolet schlägt vor, daß eine passende Definition von organisiertem Verbrechen auf dem afrikanischen Kontinent folgende wäre:

„Eine kriminelle Konspiration, um schnell und leicht einen Profit zu machen, durch die Ausnutzung politischer Instabilität, chaotischer und unterbemittelter Gesetzesdurchführung, durchdringender institutioneller Korruption und die Ausnutzung unternehmerischer Möglichkeiten.“<sup>13</sup>

Er stellt drei Typen von organisierten kriminellen Unternehmern fest:

- Erstens gibt es etablierte Branchen, kommerzielle Führer und hochrangige Staatsbeamte, die ihre regierungsmäßigen und wirtschaftlichen Positionen für persönliche Vorteile nutzen.
- Zweitens gibt es weniger angesehene, „zweilichtige“, Geschäftsleute, die aktive Beziehungen mit Regierungsbeamten und kriminellen Unternehmern unterhalten.
- Und letztens gibt es „kriminelle Unternehmer“, die in Drogenhandel, Wilderei, Schmuggel und Raub verwickelt sind.

Die Definition des organisierten Verbrechens von Interpol oder der Europäischen Gemeinschaft würde wahrscheinlich nur in der Lage sein, die letzte Kategorie, nämlich den „kriminellen Unternehmer“ in ihr Netz einzufangen und nicht die ersten beiden.

Der „illegale Unternehmer“ wäre nicht unbedingt ein Ziel.

Die drei Typen der organisierten Verbrechensunternehmer, die Opolet beschreibt, finden fruchtbaren Boden in den stürmischen Umformungsprozessen, die viele afrikanische Länder gerade durchmachen:

- Geschwächte Staaten,
- ineffiziente Gesetzesdurchführung,
- wirtschaftliche Umwälzungen und
- politische Korruption

sind einige der prädisponierten Faktoren für die Entwicklung von organisiertem Verbrechen in afrikanischen Ländern.

Die Wucht der Globalisierung, die einen sehr starken Einfluß auf die soziale Umformung in Afrika gehabt hat, hat zu neuen Möglichkeiten für organisiertes Verbrechen geführt. Moderne Transportmittel und Kommunikation haben den Warenschmuggel nach Afrika hinein und hinaus viel leichter gemacht als noch vor zwei Jahrzehnten. Schmuggelaktivitäten sind jetzt im normalen Handel und in Tourismusaktivitäten subsumiert. In den unmittelbaren Tagen nach der Unabhängigkeit der meisten afrikanischen Staaten war dies nicht der Fall.

Der Markt für verbotene Waren und Dienste hat sich also seit den frühen 70er Jahren unglaublich erweitert. Ein praktisches Beispiel dafür, wie ein expandierender Markt, erhöhte Mobilität und politische Veränderungen die Entwicklung der organisierten kriminellen Aktivität antreiben kann, zeigt ein Beispiel innerhalb Afrikas selbst. Die Einschätzung eines südafrikanischen Geheimpolizisten, der seit vielen Jahren im sub-äquatorialen Afrika tätig war, und der von mir interviewt worden ist, zeichnet ein interessantes Bild. Das Beispiel bezieht sich auf die konventionell organisierten Verbrechensaktivitäten unter Beteiligung der „kriminellen Unternehmer“, auf die sich Opolet in seiner

Definition bezieht und auch auf die Rolle, die von „zweilichtigen“ Geschäftsleuten dabei gespielt wird.

Dem Agenten zufolge befanden sich organisierte kriminelle Gruppen in Südafrikas Nachbarstaaten zum Beginn der 80er Jahre in ihrem Anfangsstadium. Mitte der 80er Jahre kamen eine wachsende Anzahl von „Glücksjägern“ in afrikanische Staaten wie Zaire, Zambia, Angola und Simbabwe. Sie kamen aus Ländern wie Frankreich, Portugal und Großbritannien, aber auch aus Griechenland, dem Libanon, Indien, Israel und einigen zentraleuropäischen Staaten. Viele von ihnen gründeten kleine Import/Export-Firmen, um sie als Tarnung für legale oder illegale Geschäftsmöglichkeiten zu nutzen, die sie aufzubauen versuchten. Sie kamen meistens als Einzelpersonen, die nicht mit existierenden kriminellen Gruppen in Kontakt standen. Einmal etabliert, nahmen sie bald Kontakt zu lokalen afrikanischen Unternehmern, Schmugglern und Kriminellen auf, um Geschäftsmöglichkeiten zu erkunden. Die Einheimischen verfügten über Kontakte, durch die sie mit illegalen Mitteln Waren beziehen konnten wie Kobalt und andere Metalle, Elfenbein, Diamanten oder Drogen wie Mandrax.

Oft wurde eine Vernunfttheorie zwischen den ausländischen Glücksjägern und den einheimischen Unternehmern geschlossen, die zum gegenseitigen Nutzen funktionierte. Einheimische Afrikaner konnten die Waren liefern, während die Ausländer in einer Position waren, sie zu kaufen und sie zu den „reichen“ Märkten Südafrikas zu schmuggeln. Die relativ streng kon-

trollierten Grenzen und Flughäfen und die harten diskriminierenden Gesetze, die zu dieser Zeit in Südafrika in Kraft waren, machten es für Afrikaner aus den Staaten im Norden sehr riskant, in das Land hereinzukommen, um ihre Waren zu veräußern oder mit örtlichen kriminellen Gruppen in Kontakt zu treten.

Für die weißen Ausländer, die in Zaire oder Zambia lebten, war dies weniger problematisch. Sie konnten Südafrika besuchen und Kontakte mit existierenden Syndikaten herstellen.

Dem Agenten zufolge repräsentierten die gemeinsamen Unternehmen Mitte der 80er zwischen afrikanischen Schmugglern, die die illegal erhaltenen Waren lieferten und den Ausländern, die als Käufer und Verkäufer agierten, das Anfangsstadium dessen, was später weit raffinierter organisierte kriminelle Gruppen in Südafrikas Nachbarstaaten wurden. Laut Polizeiquellen hatten diese Syndikate, die sich an grenzüberschreitenden Verbrechen mit Südafrika beteiligten, keine besonderen Strukturen oder Hierarchien. Sie variierten in der Größe, tendierten aber dazu, klein zu sein. Kriminelle Gruppen setzten sich oft aus Freunden und Bekannten zusammen. Familienbande bildeten manchmal die Basis oder sie konstituierten sich selbst in einer Weise ähnlich der Partnerschaften, wo verschiedene Mitglieder aus verschiedenen Teilen des Landes kamen, um bei speziellen Unternehmungen mitzumachen. Netzwerke wurden hergestellt, durch die illegal erhaltene Waren empfangen und verkauft werden konnten. Hierarchische Strukturen mit einem verantwortlichen Chef waren nicht normal.

Die beliebteste Route zum Schmuggeln illegaler Waren nach Südafrika hinein war die vielbefahrene Straße von Zambia nach Südafrika, die von großen Lastwagen und Sattelschleppern benutzt wurde. Elfenbein, Kupfer, Kobalt und große Mengen an Mandrax wurden auf diesem Weg von den frisch gegründeten Syndikaten transportiert. Gelegentliche Bruttoertragszifferprobleme und das häufige Unvermögen der südafrikanischen Käufer, in harter Währung zu bezahlen, führten dazu, daß Tauschgeschäfte zur normalen Praxis wurden. Motorfahrzeuge, die in Südafrika gestohlen wurden, wurden bald Hauptgegenstände im Tauschhandel. Sie wurden über die Grenzen gefahren als Zahlung für illegale Güter, die aus dem Norden geliefert wurden und manchmal von Containern zu Ländern entlang der afrikanischen Küste und darüber hinaus verfrachtet wurden. Die Polizei, die diese Entwicklungen verfolgte, ist der Ansicht, daß die rapide Ausweitung der grenzüberschreitenden kriminellen Transaktionen in der zweiten Hälfte der 80er Jahre zu einer stetig wachsenden Forderung nach gestohlenen Autos führte, um es den kriminellen Gruppen Südafrikas zu ermöglichen, für die erhaltenen Waren zu bezahlen. In der Folge stiegen Autoentführungen in Südafrika dramatisch an und wurden zur normalen Methode, die Zahlung zu beschleunigen. Während der späten 80er Jahre war das transnationale Verbrechen in der gesamten südafrikanischen Region ein lukratives Unternehmen geworden, nur unwesentlich erschwert von Polizeiaktivitäten beiderseits der Grenzen. Die Lockerung der diskriminierenden Gesetze in den frühen 90er Jahren und die Lockerung der Grenz-

kontrollen führten, zusammen mit den politischen Veränderungen, die in Südafrika stattfanden, zu einer noch schnelleren Ausweitung des organisierten Verbrechens im südlichen Afrika als während der 80er Jahre.

Man muß sich nun die Frage stellen, ob die sozialen Umformungsprozesse, die Afrika erlebt, dazu bestimmt sind, in eine immer schlimmere Spirale von organisiertem Verbrechen zu führen, als sie von Opolet definiert worden ist. Ob einer die konventionelle Ansicht des afrikanischen Staates übernimmt oder den „Geschichtlichkeits“-Ansatz – die Antwort scheint in den Händen der politischen Elite von jedem bestimmten Land zu liegen.

Es hat den Anschein, daß da, wo die dominanten Elemente innerhalb der Machtelite des Staates entschlossen und aus ihrem eigenen Willen, einen Umformungsprozeß hin zu Demokratie oder einer neuen wirtschaftlichen Ordnung betreiben, die Chancen für die Erholung von dem Syndrom des „geschwächten Staates“ nach ein paar Jahren besser sind als wo der Impuls oder der Druck zur Veränderung von außerhalb des Landes ausgeübt wurde. Auferzwungene Umformungsprozesse, die von einer unwilligen politischen Führung durchgeführt werden, scheinen zu einer längerfristigen Umwälzung der Gesellschaft und einem ernststen Kollaps der Staatsautorität zu führen. Sowohl in Afrika als auch anderswo gibt es Beispiele einer motivierten politischen Führung, die einem Land hilft, sehr schwierige Umformungsperioden zu überstehen, ohne die Staatsstrukturen permanent zu schwächen oder das soziale Gefüge zu zerstören. Polen, Botswana und

hoffentlich bald Südafrika könnten als Beispiele angeführt werden.

In weiten Teilen des sub-saharischen Afrikas andererseits, verringert sich ständig die Fähigkeit des Staates, soziale Kontrolle auszuüben. Die Fähigkeit einiger Staaten, irgendeine Form von Politik auszuführen, ist einfach verschwunden und ihr Platz wurde, bis zu einem gewissen Grad von Kirchen und religiösen Gruppierungen eingenommen, einer florierenden informellen Wirtschaft und militärischen Organisationen und Milizen oder anderen bewaffneten Bewegungen, die manchmal einheimisch und manchmal ausländisch sind. Ganze Regionen sind jetzt mehr oder weniger unabhängig geworden von aller zentralen Kontrolle und auch von diesen wirtschaftlichen und politischen Strukturen, die westlichen Analytikern am bekanntesten sind. Diskurse, die „gutes Regieren“, „bürgerliche Gesellschaft“ und die Tugenden des „anderen Wegs“ betreffen, die von der informellen Wirtschaft vertreten werden und von den Geldgebern als therapeutisches Heilmittel geplant sind, sind eher unwirklich als real, wenn man sie in Relation zu den Geschehnissen in Liberia, Sierra Leone, Tschad und der zentralafrikanischen Republik betrachtet. In diesen Ländern ist das einzige effektive Gesetz häufig das der verschiedenen bewaffneten Banden, deren politische und moralische Codes, obwohl sie inoffiziell sein mögen, sicherlich nicht jene der Weltbank sind.<sup>14</sup>

Aufgezwungene Umformungsprozesse führen deshalb meist zu wahrscheinlichen Umformungsfehlern, die den Staat schwächer als vorher zurücklassen. Die Tatsache, daß dies nicht immer der Fall sein muß, wird an den kürzlichen Entwicklungen in Ghana veranschaulicht. Viele Fragen über die Art der sozialen Umformung und die Ursprünge des organisierten Verbrechens in afrikanischen Ländern bleiben unbeantwortet. Die Antworten müssen in der komplexen Zusammensetzung und den historischen Erfahrungen der afrikanischen Gesellschaften gesucht werden. Ein anderes Paradigma appliziert in afrikanischen Gesellschaften das eine, an dem in westlichen Sitzungssälen gearbeitet wird, wo Spendenhilfe oder Umformungsprogramme entworfen werden. Das Geheimnis Afrikas bleibt daher, was die Herausforderung für Afrikaner und Nichtafrikaner ist, damit klarzukommen. Von den Afrikanern wird ein kritischerer und aggressiverer Ansatz bei der Suche nach einem besseren Verständnis dessen verlangt, was gerade geschieht, und von der entwickelten Welt, daß das Engagement in Afrika auf einer Bereitschaft basieren sollte, eine Paradigmenverschiebung mitzumachen. Die Tatsache, daß, ungeachtet seiner Ursprünge, organisiertes Verbrechen international destruktive Konsequenzen hat, verlangt von entwickelten genauso wie von Entwicklungsländern, daß sie gemeinsame Initiativen ergreifen, um es in den Griff zu bekommen. Noch viel mehr Arbeit muß getan werden, bevor wir eine klarere Idee haben, wie es anzupacken ist.

## Anmerkungen

- <sup>1</sup> Christopher Clapham, Die Longue Duree des Afrikanischen Staates, Afrikanische Angelegenheiten, Das Journal der königlichen afrikanischen Gesellschaft, Band 93, Nummer 372, Juli 1994, S. 433, Oxford Universitätsverlag.
- <sup>2</sup> Jean-Francois Bayart, Der Staat in Afrika: Die Politik des Bauches, Longman, London 1993.
- <sup>3</sup> Clapham, S. 434.
- <sup>4</sup> Clapham, S. 435.
- <sup>5</sup> Phil Williams: Transnationales Organisiertes Verbrechen und Nationale und Internationale Sicherheit: Eine Globale Beurteilung, S. 19, in: Gesellschaft unter Belagerung: Verbrechen, Gewalt und Illegale Waffen, herausgegeben von Virginia Gamba und veröffentlicht vom Institut für Sicherheitsstudien, Halfway House, Südafrika.
- <sup>6</sup> Dr. Ernest J. Wilson III: Afrikas Doppelter Übergang, Zentrum für Forschung an Wirtschaftlicher Entwicklung, Michigan-Universität, <http://www.cipe.org/e04/2across.html>.
- <sup>7</sup> Diskussionspapier: Die Kriminalisierung des Staates, Goree Institut – CODESRIA Kollaborierendes Forschungsprojekt, Goree Institut, Senegal, März 1998.
- <sup>8</sup> Zuvor genanntes Diskussionspapier.
- <sup>9</sup> Jean-Francois Bayart, Stephen Ellis und Beatrice Hibou: Die Kriminalisierung des Staates in Afrika, Manuskript eines Buches, demnächst veröffentlicht von James Currey Verlag, Oxford. Die französische Ausgabe, La Criminalisation de l'Etat en Afrique wurde 1997 Complexe, Brüssel, veröffentlicht.
- <sup>10</sup> Manuskript, Die Kriminalisierung des Staates in Afrika.
- <sup>11</sup> Definitionen des „Organisierten Verbrechens“: <http://www.alternatives.com/Crime/define.html>.
- <sup>12</sup> Communiqué 2075, Rat, Justiz und Innere Angelegenheiten, 19. März.
- <sup>13</sup> J.S.E. Opolet, Organisiertes Verbrechen in Afrika, Internationales Journal über Vergleichende und Angewandte kriminelle Gerichtsbarkeit, 3, 2, 1979, S. 177 – 183. Siehe auch: [http://www.acsp.uic.edu/iasoc/crim\\_org/vol11/art\\_1/emerg\\_a28.shtml](http://www.acsp.uic.edu/iasoc/crim_org/vol11/art_1/emerg_a28.shtml).
- <sup>14</sup> Manuskript, Die Kriminalisierung des Staates in Afrika.

# Der Einfluß des organisierten Verbrechens auf Investitionen und wirtschaftliches Wachstum in Südafrika

**Douglas D.B. Band**

„Sie haben uns das Mandat gegeben, Südafrika von einem Land, in dem die Mehrheit mit wenig Hoffnung lebte, in eines zu ändern, in dem Sie mit Würde leben und arbeiten können, mit einem Gefühl der Selbstachtung und Vertrauen in die Zukunft.“

Dies waren die Worte von Nelson Mandela, als Südafrika die Skeptiker der Welt 1994 mit einem friedlichen Übergang zur Demokratie verblüffte.

Seitdem hat es weitreichende Veränderungen in diesem Land gegeben. Veränderungen auf jeder Ebene, der sozialen, der politischen und der wirtschaftlichen. Diese Veränderungen haben ein neues Geschäftsumfeld geschaffen. Heute ist Südafrika Mitglied in den meisten bedeutenden internationalen und regionalen wirtschaftlichen Foren und hat Handelsabteilungen in der ganzen Welt.

Südafrika hat die bedeutendste, verschiedenartigste und fortschrittlichste Wirtschaft in Afrika, 35 % des Bruttoinlandsprodukts stammen aus dem

sub-saharischen Afrika. Die unermesslichen Bodenschätze des Landes haben die Basis für eine außergewöhnlich solide Infrastruktur geschaffen. Aber der Schwerpunkt der Wirtschaft hat sich verschoben. Früher war sie von Gold und weiteren Bodenschätzen abhängig, heute ist die Wirtschaft auf eine umfassendere Basis mit verarbeitender Industrie als bedeutendstem Sektor angewiesen.

Zusätzlich zu einer gut etablierten Industrie und florierendem Bergbau, ist Südafrika eines der wenigen Länder in Afrika, das sich selbst ernähren kann und Nahrungsmittel exportiert.

Ein effizientes Transportnetz von Autobahnen, Häfen und Eisenbahnen verbindet das gesamte Land. Ebenso verfügt Südafrika über ein hochentwickeltes Kommunikationsnetz. Ferner hat das Land ein gut ausgebautes Bankensystem mit Bankaufsicht und Transparenz, die den Hintergrund für die Geschäftsabwicklung bestimmen. Südafrika hat einen hochentwickelten privaten Sektor mit einer langen Un-

ternehmertradition. Die Wirtschaft besitzt ein enormes Wachstumspotential – bei einer Bevölkerung von über 40 Millionen Menschen, denn es gibt derzeit nur 7 Millionen Verbraucher nach westlichem Standard. Es wird erwartet, daß diese Zahl sprunghaft ansteigen wird, da die Urbanisierung schnell vorangeht.

Im Mittelpunkt der Wirtschaft ist die Johannesburger Börse. Sie wurde 1887 gegründet und ist die zwölftgrößte der Welt bezüglich der Marktkapitalisierung (US \$ 244 Milliarden) und sie steht an 29igster Stelle bezogen auf den Umsatz (US \$ 20 Milliarden).

Während viele Wirtschaftsreporter in der ganzen Welt der Meinung sind, daß die südafrikanische Wirtschaft im Umschwung sei, sind manche Beobachter vorsichtig. Die neue Regierung erbt eine Wirtschaft, die über 3 Jahre der Rezession und 20 Jahre zweistelliger Inflation hinter sich hat. Das Land hat sich aber zu einer finanziell umsichtigen makro-wirtschaftlichen Politik verpflichtet, die sich an den Zielvorstellungen Wachstum, Beschäftigung und Umverteilungspolitik, bekannt als „GEAR“, orientiert.

Die Reduzierung der Inflation ist wesentlich für die GEAR-Politik der Regierung. Dieses Ziel ist wiederholt vom Präsidenten, dem stellvertretenden Präsidenten und dem Finanzminister bekräftigt worden.

Auf jeden Fall, sind die Ergebnisse der Bemühungen, die Inflation unter Kontrolle zu bringen, positiv. Die Inflation, die jetzt auf einen 5–6% Umfang reduziert wurde, kann als ein gutes Ergebnis des seit einiger

Zeit ständigen Abwärtstrends gewertet werden.

Die Verpflichtung zu Finanz- und Währungsstabilität sollte die Inflation sogar noch niedriger drücken und einen Hauptbeitrag dazu leisten, um internationale Investitionen und Vertrauen zu ermutigen.

Nebenbei möchte ich noch anfügen, daß unsere Währung, der Rand, derzeit das Ziel spekulativer Aktionen ist, die unglücklicherweise viel von dem Guten untergraben, was die Steuerpolitik der Regierung hervorgebracht hat. Man hofft deshalb, daß sich die Spekulanten bald die Finger verbrennen werden und ihre Aufmerksamkeit auf andere finanzielle Ziele richten werden, die unserer Wirtschaft nicht schaden.

Indem dieser Plan die Wirtschaft restrukturiert, wird er bedeutende langfristige Fortschritte für das Land mit sich bringen, aber es kann nicht abgestritten werden, daß dies auf Kosten im formellen Sektor erreicht worden ist.

Die Industriepolitik konzentriert sich auf die Förderung des Exports, die Senkung der Zölle und die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit. Die Wirtschaft hat sich mit der Regierung bei der Schaffung eines positiven Investitionsklimas verbunden, das für die Zunahme des Wirtschaftswachstums förderlich ist.

Allerdings wird Südafrikas enormes Potential und seine überragenden Wachstumsaussichten bedroht von dem wachsenden Schreckgespenst des organisierten Verbrechens.

Vor dem gravierenden Zusammenbruch der Apartheid, gab es angeblich in Südafrika keine Probleme mit organisiertem Verbrechen. Dies war nur teilweise wahr. Im allgemeinen war die organisierte Kriminalität nur schwach entwickelt. Dies überrascht nicht, wenn man bedenkt, daß das Land weitgehend vom Rest der Welt abgetrennt und in einen Beinahe-Bürgerkrieg verwickelt war. Obwohl kriminelle Organisationen von beiden Seiten benutzt wurden, um Waffen zu schmuggeln oder Opponenten zu stören, waren politische Erwägungen immer vorherrschend.

Es gab also organisiertes Verbrechen vor dem Umschwung, obwohl man sich unter der Apartheidherrschaft damit nie befaßt hatte.

Seit der Umwandlung zur Demokratie hat es ein definitives und spürbares Wachstum im organisierten Verbrechen gegeben. Gegenwärtige, wenn auch vorsichtige, Schätzungen gehen davon aus, daß sich das organisierte Verbrechen verdoppelt hat. Der SAPS strategische Nachrichtendienst bringt vor, daß es einige hundert extrem gut finanzierte und gut bewaffnete Verbrechen syndikate gibt, die in und von Südafrika aus operieren.

Warum dieser erhebliche Anstieg des organisierten Verbrechens seit der Umformung zur Demokratie?

Ein Vergleich von vorliegenden Erkenntnissen legt nahe, daß organisiertes Verbrechen am schnellsten in Zeiten politischen Umschwungs und von Gewalt wächst, dann wenn staatliche Ressourcen in bestimmten Feldern konzentriert werden und so Lücken erscheinen, in denen organi-

sierte kriminelle Gruppierungen operieren können.

Das bemerkenswerteste Beispiel gibt die frühere Sowjetunion, wo der Niedergang der kommunistischen Herrschaft das Auftauchen von Tausenden von kriminellen Organisationen ermöglichte, in denen gegenwärtige und frühere Mitglieder des Establishments beteiligt sind.

Südafrikas inländische Grenzen allein erstrecken sich über 7.000 Kilometer. Die Überwachung und Verwaltung dieser ausgedehnten Küsten und Grenzgebiete ist zwangsläufig kompliziert.

Als die Apartheid endete, wurden die Grenzkontrollen verringert und somit neue potentielle Operationsgebiete für organisiertes Verbrechen geschaffen.

Dies geschah zu einer Zeit, als transnationale kriminelle Aktivitäten mit ostasiatischen, nigerianischen und osteuropäischen Gruppierungen nach Südafrika gelangten, die sich in lokale kriminelle Organisationen einkauften oder sich mit lokalen Gruppen verbündeten, um ihre schmutzige Arbeit für sie erledigen zu lassen. Organisiertes Verbrechen in Südafrika ist verbunden mit einem großen Umfang an Aktivitäten:

- Banküberfälle,
- illegale kommerzielle Aktivitäten und Wirtschaftsverbrechen,
- Drogenhandel,
- Fahrzeugdiebstahl,
- Waffenhandel und
- illegaler Handel mit gefährdeten Tier- und Pflanzenarten und deren Produkten.

Die bewaffneten Banküberfälle haben in den letzten 18 Monaten dramatisch zugenommen. In den ersten fünf Monaten 1998 gab es einige besonders spektakuläre. Gleichzeitig gab es auch immer mehr Wirtschaftsverbrechen.

Eskalierende Trends sind offensichtlich im Devisenbetrug, in der Korruption bei Regierungsaufträgen, in der Veruntreuung von Stiftungsgeldern, in der illegalen Umleitung von Geldern von Hilfsagenturen und im Mißbrauch der Exportförderprogramme.

Banküberfälle erfahren, wegen ihrer oft spektakulären Natur, hohe Grade an Publicity. Dennoch, auf das währungspolitische Gebiet übertragen, liegt diese Kategorie des organisierten Verbrechens weit unter dem Wirtschaftsverbrechen.

1996 erbeuteten Kriminelle ungefähr US \$ 20 Millionen (R 105 Millionen) bei Banküberfällen in Südafrika. Ende desselben Jahres hat das Amt für schwere Wirtschaftsverbrechen Ermittlungen bei Fällen im Wert von US \$ 2 Milliarden (R 12 Milliarden) eingeleitet, bei denen Wirtschaftsverbrechen beteiligt sind.

Entsprechend ernst zu nehmen ist der Drogenhandel. Südafrika ist, nachdem der Übergang zur Demokratie die internationale Isolierung beendete, Hauptumschlagplatz für den Drogenhandel geworden. Zusätzlich begünstigende Faktoren sind

- eine vorteilhafte geographische Position bei Haupthandelsrouten zwischen dem Fernen und Mittleren Osten, Amerika und Europa,

- eine rapide Ausweitung von internationalen Luftfahrtverbindungen des Landes zusammen mit seiner gut entwickelten Beförderungsinfrastuktur,
- eine moderne internationale Telekommunikation und
- ein gut entwickeltes Bankensystem.

Insbesondere stellt der Drogenhandel die Mittel bereit, auf denen andere Formen illegaler Aktivitäten aufgebaut werden können. Moçambique hat sich als ein Haupttransitpunkt für Heroin, Haschisch und Mandrax, die in die südliche afrikanische Region geschmuggelt werden, genauso wie für Drogen, die für die nördliche Hemisphäre bestimmt sind, herauskristallisiert. Gleichzeitig ist Moçambique die Hauptquelle der Region für illegale Schußwaffen geworden.

Dies deutet darauf hin, daß die Auswirkungen des organisierten Verbrechens in Südafrika zunehmend auf andere Länder übergreifen.

Ein typisches Beispiel ist, daß der Hauptteil der Fahrzeuge, die in Südafrika gestohlen werden, außerhalb der Landesgrenzen landet.

Fahrzeuge sind in einigen afrikanischen Ländern, aber auch in Portugal, Griechenland, Zypern, Australien und Neuseeland wiedergefunden worden.

Genauso ist der Markt für gefährdete Pflanzen- und Tierarten eher ein internationaler als ein inländischer.

Wie bereits erwähnt, werden kriminelle Gruppen sowohl international als auch lokal gestützt. Internationale Gruppen schließen die Russenmafia,

die chinesischen Triaden und nigerianische Verbrechensgruppen ein.

Die Gruppen der russischen Mafia konzentrieren sich hauptsächlich auf Diamanten- und Waffenschmuggel, Korruption, Betrug und Geldwäscheprojekte und auch auf Investitionen in legitimen Geschäften. Dieser Sektor scheint auch beträchtliche Verbindungen nach Moçambique zu haben.

Das Wachstum der von asiatischen Triaden entstandenen Aktivität hängt eng mit der wachsenden Anzahl illegaler Immigranten aus jener Region, die Südafrika betreten haben, zusammen. Triaden sind im besonderen am Schmuggel gefährdeter Pflanzen- und Tierarten und deren Produkten beteiligt. Verschiedene chinesische kriminelle Syndikate sind aufgedeckt und einige Führer und Mitglieder sind, in Verbindung mit einer Vielfalt von Verbrechen, die von Seeohrschmuggel, Prostitution, Mord bis hin zu dem Besitz von nicht angemeldeten Schußwaffen reichen, festgenommen worden.

Untersuchungen des organisierten Verbrechens, vervollständigt vom Nationalen Geheimdienst und dem FBI der Vereinigten Staaten, zeigen eine erhebliche Aktivität von nigerianischen organisierten Verbrechensgruppen in Südafrika. Teile der Innenstadt von Johannesburg werden zunehmend dominiert von den Aktivitäten der nigerianischen und zentralafrikanischen Drogenkönige.

Man glaubt aber, daß abgesehen von ausländischen kriminellen Syndikaten auch frühere Mitglieder der Apartheidkräfte, frühere Mitglieder

der Umkontho we Sizwe, des früheren Flügels des ANC, genauso wie Mitglieder der privaten Sicherheitsindustrie und Staatsbeamte am organisierten Verbrechen beteiligt sind.

In der Tat sind frühere Mitglieder der Apartheid-Sicherheitskräfte an Verbrechen beteiligt: Einige Exmitglieder der Sicherheitskräfte sind im Drogenhandel, im Waffenschmuggel und in Prostitutionsringen tätig gewesen. Mit anderen Worten, es gibt Parallelen zwischen der früheren Sowjetunion und Südafrika. Hauptsächlich sind dies frühere Mitglieder von Spezialkräften, die oft mit Kriminellen zusammenarbeiteten und für die es ein leichter Schritt war von versteckten Operationen aus in die Welt des Verbrechens zu gelangen.

Zum Beispiel war in den späten 1980er Jahren der südafrikanische militärische Geheimdienst auch am Schmuggel von Elfenbein und Horn der Nashörner beteiligt, um sowohl Informationen in benachbarten Staaten zu sammeln als auch Geld für zusätzliche militärische Projekte aufzutreiben.

Die sich rapide entwickelnde private Sicherheitsindustrie ist angeprangert worden, als ein „sicherer Hafen“ für organisierte Verbrecher. Diese Industrie, die der staatlichen Polizei zahlenmäßig drei zu eins überlegen ist, ist zerfallen, vom Konkurrenzdenken geprägt und stellt keine Bedrohung für den Staat dar. Eindeutig ist jedoch, daß einige Sicherheitsfirmen an dem Training der paramilitärischen Kräfte, am Waffenschmuggel und anderen organisierten kriminellen Aktivitäten beteiligt sind.

Ironischerweise erfüllte die private Sicherheitsindustrie eine nützliche Aufgabe beim Übergang zur Demokratie, da ohne die Beschäftigungsmöglichkeiten, die sie bereitstellte, kriminelle Aktivitäten eine ansprechende Alternative für verstimmte frühere Soldaten, Polizisten und Geheimdienstbeamte gewesen wären.

Eine weitere Sorge für die neue Regierung ist die wachsende Korruption quer durch staatliche Institutionen.

Gegenwärtige Schätzungen vermuten, daß es ziemlich breite und wachsende Ebenen von Korruption in den niedrigeren Rängen des Rechtssystems, einschließlich der Polizei, der Beamten des Justizministeriums und Gefängnispersonals gibt. Dies ist jedoch noch nicht zu den höheren Ebenen durchgedrungen.

Ermittlungen haben bislang zu wenigen Anklagen geführt, oft wegen fehlender Beweise und unwilliger Polizeibeamter, gegeneinander auszusagen. Schätzungen der südafrikanischen Anti-Korruptionseinheit der Polizei jedoch deuten darauf hin, daß das Problem weitverbreitet ist, besonders bei Behörden gegen Fahrzeugdiebstahl und der südafrikanischen Rauschgiftbehörde.

Die Korruption hat ihre Fühler auch nach dem privaten Sektor ausgestreckt.

Die Apartheidära erleichterte ihrer Struktur nach die Korruption. Eine Kultur der Verschwiegenheit führte zu einem Mangel an transparenten und verantwortlichen Systemen. Dies war für Kriminelle günstig. Eine Atmosphäre der Verschwiegenheit machte

sich breit und griff vom öffentlichen auf den privaten Sektor über.

Beamtenbestechung auf allen Ebenen war weitverbreitet, besonders in den „Home-Lands“, und eine Kultur von Opportunismus und halb-legaler Bereicherung erstreckte sich weit in den Regierungsapparat.

Im „Transparency International's 1997 Corruption Perception Index“, bestehend aus mehreren Gutachten, um unlautere Praktiken in 52 entwickelten und unterentwickelten Ländern auszuwerten, rangierte Südafrika an 33igster Stelle von 52 Ländern. Im vorherigen Jahr stand Südafrika auf Rang 23 von 54 Ländern. Mit anderen Worten, das Land verlor 10 Plätze in einem einzigen Jahr.

Zwar bleibt Südafrika damit hinter anderen Ländern in bezug auf die Korruption zurück. Aber das ist nicht gut genug – eine Tatsache, die von der Regierung erkannt wird.

Der stellvertretende Präsident Thabo Mbeki hat eine moralische Erneuerung in der Gesellschaft verlangt, um die Korruption auszurotten. Aber moralische Erneuerung muß von Ressourcen begleitet werden. In den wenigen Jahren seit die Heath-Kommission ihre Arbeit aufgenommen hat, hat sie Korruption im öffentlichen Sektor aufgedeckt, die sich auf US \$ 1,8 Milliarden (R 10 Milliarden) beläuft.

Der Public Protector Selby Baqwa hat dringend mehr Mittel verlangt – er kämpft mit einem Rückstand von 4000 Fällen und nur 12 professionellen Mitarbeitern, um sie zu erledigen.

Es gibt ein unseliges Paradoxon für Südafrika. Organisiertes Verbrechen operiert bestens in einem korrupten Staat mit einem organisierten oder ziemlich organisierten Geschäftssektor – nicht mit einem, der vollständig zusammengebrochen ist.

Korruption wird oft übersehen, besonders von der allgemeinen Öffentlichkeit, möglicherweise weil sie so heimtückisch ist. Dennoch hat das Internationale-Verbrechens-Gutachten über kriminelle Machenschaften in der Entwicklungswelt, einschließlich dem sub-saharischen Afrika herausgefunden, daß Verbraucherbetrug und Korruption als die geläufigsten Formen der Drangsalierung von Bürgern in allen Regionen der Entwicklungsländer hervorstechen.

Dies führt zum Hauptpunkt: die Auswirkungen des organisierten Verbrechens auf die Bevölkerung und auf die Wirtschaft.

Beides gehört zusammen. Hinter Arbeitsbeschaffung steht in Südafrika die Verbrechensbekämpfung an zweiter Stelle. Dennoch, ohne Ausrottung des Verbrechens, wird es keine Jobs geben.

Ein kürzliches Gutachten deckte auf, daß 96% der südafrikanischen Auswanderer als Grund für ihre Auswanderung das Verbrechen nannten.

Es kann sich aber das Land nicht leisten, Facharbeiter und Manager zu verlieren. Südafrika braucht diese Leute dringend, damit sie mit ihrer Sachkenntnis im Management und Training dazu beitragen, die Erbschaft von 40 Jahren beklagenswerter

schlechter Ausbildung zu lindern, die von der sogenannten „Bantu-Ausbildung“ propagiert wurde. Obwohl die Emigration mehr als ausgeglichen wird durch Immigration, ist es eine bedauernde Tatsache, daß die Mehrheit der Immigranten ungelernete Arbeiter sind und ihnen jede Mittel fehlen, Beiträge für die südafrikanische Wirtschaft zu leisten.

Man schätzt, daß 11% der Topmanager und 6% der Tätigen im durchschnittlichen Management, die letztes Jahr kündigten und dies taten, um auszuwandern. Das „Schwarze Management Forum“ schätzte 1996, daß zusätzlich 300.000 bis 400.000 Manager gebraucht werden, um die 10 Millionen Arbeiter des Landes zu leiten.

Unter den 46 Volkswirtschaften, die vom „World Competitiveness-Yearbook 1998“ (hg. vom Internationalen Institut für Managemententwicklung) untersucht wurden, galt Südafrika als der schwierigste Platz, um Facharbeiter zu werben.

Nur wenn das Verbrechen gestoppt werden kann, wird das Ausbluten von Talenten verhindert. Talent, das andere Länder mit offenen Armen empfangen.

Desillusionierung und Mutlosigkeit – die Nebenprodukte von organisiertem Verbrechen, können nicht ignoriert werden.

Die Öffentlichkeit registriert, daß der südafrikanische Polizeidienst zunehmend korrupt wird. Dies untergräbt das Vertrauen in die Fähigkeit der Polizei, die wachsende Kriminalität zu bekämpfen.

Dies ist nur ein Weg, auf dem die Auswirkungen des organisierten Verbrechens politische und soziale Instabilität, genauso wie Desillusionierung in der breiten Öffentlichkeit auslösen kann. Organisiertes Verbrechen untergräbt das Vertrauen in die Integrität und Effizienz des Staates genauso wie Regierungsmechanismen für die Zuweisung von wirtschaftlichen Mitteln, was zu öffentlicher Verärgerung gegen den Staat führt, da er offenbar unfähig ist, das Problem in den Griff zu bekommen. Die Macht des Staates ist somit grundlegend unterhöhlt.

Ausländische Direktinvestitionen bedingen eher die Produktivität als kurzfristiges, allgemeines Spekulationskapital.

Es war eine der Hauptprioritäten der Regierung, ausländische Investitionen nach Südafrika zu holen. Dafür gibt es eine Vielfalt von Anreizen – und die Regierung hat sich bemüht, die Wirtschaft zu öffnen und das Land geschäftsattraktiver und geschäftsfreundlicher zu machen.

Die Regierung hat sich auch Veränderungen der früheren protektionistischen Wirtschaft vorgenommen und in diesem Zusammenhang eine Anzahl wichtiger Lockerungen in der Devisenpolitik eingeführt, die mittelfristig zu der völligen Abschaffung solcher Beschränkungen führen sollten. Die Steuerstruktur wird überprüft und es ist eines der Regierungsziele, das Steueraufkommen auf 25% des Bruttoinlandprodukts zu reduzieren.

Die ausländischen Direktinvestitionen während der letzten drei Jahre werden

auf US \$ 5,5 Milliarden (R 30 Milliarden) geschätzt, sie liegen aber weit hinter dem jährlichen Bedarf von über R 20 Milliarden zurück, die benötigt werden, die 6%-Wachstumsrate zu erreichen, die man sich in dem Wachstums-, Beschäftigungs- und Umverteilungsplan der Regierung vorstellt.

Die USA sind bei weitem die größte Quelle der ausländischen Direktinvestitionen gewesen, gefolgt von Großbritannien und Nordirland, Deutschland, der Schweiz, Frankreich und den Niederlanden.

In einem 27-Länder-Index, der Anfang 1998 von der „Economist Intelligence Unit“ erstellt wurde, tauchte Südafrika als das kostengünstigste Land, mit dem Geschäfte gemacht werden, auf. Der Index wurde unter Verwendung von Daten über Löhne, expatrierte Personalkosten, Flugreisen, Lebensunterhalt, Körperschaftssteuern, wahrgenommene Korruptionsebenen, Büro und industrielle Mieten und Straßentransport erstellt.

Dieses gilt zusätzlich zu der Tatsache, daß Ed Badolato, der Präsident von USAfricon, eine Firma, die mit Sicherheitsfragen für amerikanische Firmen im südlichen Afrika beschäftigt ist, geschätzt hat, daß die Auswirkung des Verbrechens auf die geschäftlichen Abläufe in Südafrika doppelt so groß sind, wie in den Vereinigten Staaten.

Jedes Mal, wenn ein ausländischer Tourist beraubt oder tötlich angegriffen wird, verliert Südafrika einen potentiellen Investor. (...) Jedes Mal, wenn es einen Banküberfall gibt, überdenken Geschäftsleute ihre In-

vestitionen. (...) Jedes Mal, wenn unsere verheerenden Vergewaltigungs- oder Mordstatistiken aufgefüllt werden, werden Investitionen umgeleitet.

Der Tourismus ist ein gutes Beispiel. Angesichts der gesunden Infrastruktur, der verschiedenartigen Landschaft und Kultur, dem vorteilhaften Klima und der üppigen Tierwelt des Landes, hat Südafrika die Möglichkeit, eines der Haupttouristenziele der Welt zu werden. Jedoch angesichts der Tatsache, daß Reisen Ermessensausgaben betreffen, die höchst elastisch sind, werden Besucher von einem Ziel wegbleiben, wenn es als unsicher wahrgenommen wird. (...) Eine Tatsache, bewiesen durch kürzliche Terroranschläge in Ägypten und Kenia und dem anschließenden Rückgang des Tourismus.

Das Wachstumspotential des Tourismus in Südafrika sieht man daran, daß die südafrikanische Tourismusindustrie ungefähr US \$ 4,5 Millionen (R 25 Millionen) für internationale Touristenwerbung ausgibt, während Australien US \$ 75 Millionen (R 400 Millionen) investiert und 4 mal so viele Touristen hat. Obwohl der Tourismus in den letzten 4 Jahren um 16 % pro Jahr angestiegen ist, zog Südafrika 1996 nur 0,2% der Welttouristen an. Forschungsergebnisse zeigen, daß für zehn zusätzliche Touristen ein neuer Arbeitsplatz geschaffen wird. Angesichts der Rahmenbedingungen für die Großkonzerne, sich auf die Globalisierung und den internationalen Wettbewerb einzustellen und deshalb die Zahl der Beschäftigten zu verringern, ist der Tourismus ein wichtiges Feld für Arbeitsplätze in der Zukunft.

Es ist nicht tragbar, bei dieser wertvollen Quelle des Staatseinkommens den kürzeren zu ziehen. Außerdem darf es nicht sein, daß sich das Verbrechen in Südafrika einbürgert, wie es in Rußland und Kolumbien geschehen ist.

Es hat lange ein Sprichwort in Finanzkreisen gegeben: „Wenn die USA niest, erkältet sich der Rest der Welt.“ In einem afrikanischen – und besonders südafrikanischen – Kontext, spielt Südafrika tatsächlich eine entscheidende Führerrolle, und die Risiken eines Fall-Outs von negativen Wachstumsszenarien in Südafrika, der über den Kontinent verbreitet wird, können einfach nicht unterschätzt werden, besonders da das Land von sehr anfälligen regionalen Partnern umgeben wird, welche die südafrikanische Entwicklungsgemeinschaft (SADC) bilden.

Die Sicherheitslage wandelt sich ständig und wird neuen Bedrohungen ausgesetzt. Dies findet statt vor dem Hintergrund der wachsenden Interdependenz und Globalisierung. Die Globalisierung und die Unsicherheiten und die Verwirrung, die damit einhergehen, eröffnen neue Wege für Verbrechen und Korruption.

Wirtschaftliche Interdependenz und Globalisierung fördern neue Notlagen, die dem Verbrechen dienlich sind.

Präsident Bill Clinton hat dazu gesagt: „Dieselbe Offenheit, die unser Leben bereichert, wird auch von Kriminellen ausgenutzt.“

Das wachsende Problem des organisierten internationalen Verbrechens verlangt nach Neuüberlegungen tra-

ditioneller Ideen zur Staatssouveränität und nach steigender internationaler Zusammenarbeit. Das traditionelle Musterbeispiel internationaler Beziehungen, in dem Staaten ihren Vorteil im Verhältnis zu anderen Staaten zu maximieren suchen, steht unter wachsendem Druck, da es offensichtlich wird, daß Staaten einer allgemeinen Bedrohung von Gefahren wie dem organisierten Verbrechen, die sie alle betrifft, gegenüberstehen. Auf diesem Gebiet, wie mit anderen, ist das nationale Interesse so mit seinem internationalen Äquivalent verknüpft, daß internationale Zusammenarbeit – und teilweise Rückzüge vom traditionellen Konzept der Souveränität – für die Interessen von jedem nationalen Staat unabdingbar werden.

Die Bekämpfung des organisierten Verbrechens in Südafrika ist eine komplexe Aufgabe. Spezielle Methoden werden gebraucht, um komplexe kriminelle Organisationen und Formen von krimineller Aktivität zu bekämpfen, die auf durchdachte Finanzgeschäfte angewiesen sind. In der Öffentlichkeit wird das Problem auf einen Mangel an politischem Willen der Regierung reduziert, werden zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität härtere Strafen und sichtbarere Kontrollen propagiert, die wiederum scheitern an dem Unvermögen der Regierung. Aktionen gegen Verbrechen wie Waffenschmuggel, Überfälle und Geldwäsche sind entscheidend für Versuche, mit brutalem organisiertem Verbrechen fertigzuwerden.

Es gibt keine schnellen Lösungen. Es besteht kein Zweifel daran, daß ein

einheitlicher Ansatz benötigt wird: Es ist unbedingt erforderlich, daß nationale Gesetze und Durchführungspraktiken aufeinander abgestimmt werden, um Nachforschungen zu erleichtern und um wichtige Informationen zwischen den zuständigen Behörden zu beschleunigen.

Die Staatsreaktionen werden bis heute verschleiert. Es gibt einen Mangel an Zusammenarbeit und Informationsaustausch zwischen den verschiedenen beteiligten Behörden. Mit der Zeit muß man beginnen, die Möglichkeit zu untersuchen, eine alleinige nationale spezialisierte Ermittlungsbehörde zu etablieren, zum Zwecke der Bündelung von Mitteln und Fähigkeiten. Obwohl dies noch in weiter Zukunft liegt, haben Entscheidungsträger diese Idee aufgebracht. Aktuelle Indizien deuten darauf hin, daß, obwohl Staatsbehörden ziemlich erfolgreich im Überwachen der Aktivitäten einer weitreichenden Anzahl krimineller Gruppen gewesen sind, sie wenig zur Anklage bringen konnten. Ein Teil des Problems hängt mit den begrenzten Mitteln zusammen, die auf eine beschränkte Anzahl von herausragenden Ermittlungsprojekten begrenzt sind.

Ein Mangel an Fähigkeiten und Mitteln zwingt spezialisierte Einheiten, nicht mehr Fälle zu übernehmen. Das Schlüsselproblem soweit ist die Unfähigkeit der südafrikanischen Polizeidienste, einen starken Kern von erfahrenen und ausgebildeten Kriminalbeamten hervorzubringen, die für komplexere und spezialisiertere Ermittlungen herangezogen werden könnten. Obwohl die Rolle der Behörden von außerhalb nützlich ist, wird

die südafrikanische Polizeikraft immer die Führungsabteilung bleiben und seine Kriminalbeamten werden das Wesentliche am Kampf gegen organisiertes Verbrechen sein.

Ich bin besonders gebeten worden, über die Gründung von „Business Against Crime“ zu sprechen und die Rolle, die diese Organisation versucht zu spielen, um die Regierung bei ihrem Kampf gegen das Verbrechen zu unterstützen. „Business Against Crime“ wurde etwa vor drei Jahren als Ergebnis einer Konferenz über Verbrechen gegründet, einberufen vom Bankgewerbe. In den drei Jahren ihrer Existenz hat sie sich zu dem Punkt entwickelt, an dem es eine Business-Against-Crime-Organisation mit fünf Provinzorganisationen gibt, mit Sitz in den Hauptbevölkerungszentren, nämlich Gauteng, KwaZulu Natal, dem westlichen Kap, dem östlichen Kap und Mpumalanga. Die Organisation hat ihre eigene Stellenbesetzung auf den National- und Provinzebenen.

Gelder werden gänzlich von freiwilligen Spenden der Geschäftswelt und dem privaten Sektor bereitgestellt, und es wird weder nach Regierungsmitteln gestrebt noch werden sie unserer Sache gegeben. Business Against Crime National hat vier Hauptprojektgebiete, an denen es gegenwärtig beteiligt ist:

- Ein integriertes Rechtssystem, das darauf ausgerichtet ist, einen unter logischen Aspekten gemeinsamen Informationsverbund einzuführen, wobei der Informationsfluß mittels der neuesten Informationstechnologie in die richtigen Kanäle gelenkt wird.

Es gibt vier Schlüssel zu dem beabsichtigten Programm:

- Verwaltung von Informationen bzgl. der Kriminalität;
- Erleichterung gemeinsamer Täteridentifizierung;
- Täterverfolgung und
- Fallverwaltung von dem Zeitpunkt an, wenn ein Verbrechen zur Gemeinschaftsüberwachung durchgegeben wird.

Dies ist auf keinen Fall ein kurzfristiges Projekt und erfordert fünf Jahre zu seiner Vollendung.

- Wir streben an, die Qualifikation im personellen Ausbildungsbereich bzgl. Wirtschaftsverbrechen zu verbessern, um Wirtschaftsstraftaten zu ermitteln und strafrechtlich verfolgen zu können.
- Fahrzeugkriminalität – das Projektteam hier ist beteiligt an allen Aspekten im Kampf gegen Fahrzeugkriminalität, die sich in den letzten zwei Jahren über das ganze Land erstreckt hat.
- Grenzkontrolle – unser Projektteam für Grenzkontrolle konzentriert sich auf erhöhte Grenzkontrollen, sowohl hinsichtlich der Kontrolle illegaler Immigration als auch den Schmuggel von verbotenen Gütern, Drogen usw..

Unsere Provinzorganisationen konzentrieren sich natürlich auf lokalere Unterstützung und sind besonders aktiv bei der Entwicklung der Zusammenarbeit und Unterstützung sowohl der Wirtschaft als auch der kommunalen Ebene, um die Wirksamkeit von einzelnen Polizeirevieren aufzubessern.

„Business Against Crime“ arbeitet eng mit den jeweiligen Regierungsabtei-

lungen, die am Kampf gegen das Verbrechen beteiligt sind, zusammen, nämlich mit der Polizei, der Justiz und den Strafvollzugsbehörden und hat eine enge Verbindung zum Amt für Verbrechenverbeugung in seiner Arbeit. Wir sehen unsere Aufgabe darin, die Arbeit zu unterstützen und die Kapazität zu erhöhen und sehen unsere Rolle kurz- bis mittelfristig an, eine die hoffentlich bald unnötig werden wird, da die verschiedenen Abteilungen ihre eigene Kapazität anheben, um sich den Herausforderungen, denen sie gegenüberstehen, zu widmen. Wir arbeiten auf einer zurückhaltenden Basis und versuchen in allen Fällen unterstützend zu sein.

Das Problem des organisierten Verbrechens in Südafrika kann nicht von den Problemen des organisierten Verbrechens in der Region isoliert werden. Jede Gegenstrategie sollte sich auf regionale Initiativen konzentrieren. Unglücklicherweise fehlen, verglichen mit Südafrika, vielen Ländern in der Region die grundlegendsten Fähigkeiten und Ausrüstungen für das Erledigen dieses Themas. Es ist selbstverständlich nicht genug, das Problem innerhalb des Landes anzugehen, wenn so viele der Probleme außerhalb der Landesgrenzen liegen.

Die relative Zerschlagung des organisierten Verbrechens in Südafrika läßt annehmen, daß es noch eine zeitliche Gelegenheit gibt, während der passende polizeiliche Maßnahmen einen wesentlichen Unterschied bewirken können. Experten glauben, daß die Zeit für kritisches Eingreifen innerhalb des Zeitraums der nächsten drei Jahre ist.

Einmal fest bestehend, sind organisierte kriminelle Gruppen immens schwer auszurotten. In der Schlußanalyse jedoch ist die Entwicklung des organisierten Verbrechens genauso mit der Effektivität der Kontrolle verbunden wie mit der institutionellen Strenge des Staates. Die Einschätzung des Wachstums des organisierten Verbrechens kann von dem breiteren Thema der Regierungsweise und wirtschaftlichen Entwicklung nicht getrennt werden. Je schwächer der Staat mit der Zeit wird, desto wahrscheinlicher ist, daß kriminelle Organisationen parallele und konkurrierende Machtformen bilden werden, die schwierig zu verdrängen sein werden.

Jede Art von Verbrechen verhindert die Entwicklung des Landes, indem es Ausgaben für Bildung, Wohnungsbau, Gesundheit und andere Gebiete viel weniger effektiv macht, als sie sein könnten. Zufälliges, opportunistisches Verbrechen ist fast unvermeidbar in jeder Gesellschaft, aber wenn große Syndikate mit enormen Mitteln beginnen, eine Gesellschaft in den Griff zu bekommen, werden die Ergebnisse nicht nur destruktiv sein, sondern auch antidemokratisch.

Im südlichen Afrika wie anderswo, stehen Staaten, die glauben, daß sie den Kampf gegen Verbrechen ohne das Teilen von Mitteln und Fähigkeiten mit anderen Staaten gewinnen können, einer sicheren Niederlage gegenüber. Südafrika steht der Realität gegenüber, daß Verbrechen – und die Wahrnehmung, daß der Staat nicht in der Lage ist, es zu bekämpfen – vielleicht die größte Bedrohung für seine neue Demokratie ist.

Südafrika hat das Potential, eine bedeutendere Wirtschafts- und politische Macht zu werden. Südafrikas Zukunft kann nicht von Afrikas Zukunft getrennt werden, vorausgesetzt, das Land spielt die zentrale Rolle in Wirtschafts- und politischen Angelegenheiten des Kontinents. Afrika versucht gerade langsam seinen Platz in der modernen Welt zu finden. Ein Südafrika, wo organisiertes Verbrechen die Kontrolle übernommen hat, wird diesen Prozeß untergraben. Ein Südafrika, wo organisiertes Verbrechen die Kontrolle übernommen hat, liegt nicht im Interesse des Landes, des Kontinents oder der internationalen Investoren.

# Internationale Kriminalität und Migration:

## Eine wachsende Herausforderung für die Sicherheit in Staat und Gesellschaft

**Olivier Brenninkmeijer<sup>1</sup>**

Dieser Beitrag skizziert jene Sicherheitsbedenken, die sich aus der Debatte über Migration/Immigration und Kriminalität im Zusammenhang mit Ausländern in Westeuropa ergeben. Die Absicht ist, die konzeptionellen Tendenzen zu beleuchten, die populäre Medien und politische Führer dazu bringen, eine „Festung Europa“ zu fordern, um Immigranten draußen zu halten, als eine Maßnahme gegen die internationale Kriminalität, während die aktuellen Notwendigkeiten zur Kriminalitätsprävention woanders liegen.

Einige Elemente, die das Zusammenspiel von Immigrations-/Asylpolitik und der internationalen Mobilität von Kriminellen darstellen, die in Westeuropa wohnen (legal oder illegal) oder einfach ein- bzw. durchreisen, werden hier dargestellt. In diesem Sinne beginnt der Text mit einer Diskussion über die verschiedenen Kategorien von „Ausländern“, die als Flüchtlinge, Wirtschaftsflücht-

linge oder wegen einer Vielzahl anderer Tätigkeiten nach Europa kommen. Die verschiedenen Kategorien krimineller, gewalttätiger oder korrupter Aktivitäten werden aufgeführt, die Sicherheitskräfte, Polizei- und Regierungsbeamte, Sozialarbeiter, Wohlfahrts-/Arbeitslosenämter, Flüchtlingshilfswerke, Menschenrechtsorganisationen und andere mit Besorgnis erfüllen.

Beispiele werden hauptsächlich aus der Schweiz und Deutschland angeführt, das heißt aber nicht, daß ähnliche Bedingungen in anderen westeuropäischen Ländern auszuschließen sind. Die Frage wird gestellt, ob Ausländer mehr Straftaten begehen als die einheimischen Staatsbürger Westeuropas und einige Schlüsse werden gezogen, was die Haltung der Inländer gegenüber den Ausländern betrifft und das Gefühl von Unsicherheit und den Mangel an Vertrauen in die nationale innere Sicherheit.

Die gezogenen Schlüsse sollen die Art der Friktionen herausstellen, bei denen die Bemühungen um nationale und internationale Kriminalitätsprävention gegen Reise-, Immigrations- und Asylpolitik stehen, mit dem Ziel, die spezifischen Sicherheitsbedenken zu lokalisieren, die im politischen Tun und den gesetzlichen Reformen berücksichtigt werden müßten.

### 1. Einführung

Es erfordert Mühe, das Thema Asyl, Ausländer und Kriminalität zu diskutieren! Mühe, weil auf der einen Seite nachdrückliche Meinungen, populäre Mythen, Ängste, fremdenfeindliche Simplifikationen und politisch empfindliche Gefühle die Aufmerksamkeit beherrschen und auf der anderen Seite für die Entscheidungsträger der Regierungen in allen Abteilungen, die sich mit der sozialen Ordnung und der Inneren Sicherheit befassen, einige ernsthafte Herausforderungen bestehen.

Die Probleme, die hier auftauchen, betreffen direkt die internationale Migration (Flüchtlinge, Wirtschaftsflichtlinge, Asylbewerber u. a.) und die Notwendigkeit der Kriminalitätsprävention über die internationalen Grenzen hinweg. Diese Notwendigkeit kann Reibungspunkte hervorrufen, wenn die diskutierten Reformen zur Verbesserung der Methoden zur Kriminalitätsbekämpfung mit anderen Interessen aufeinanderprallen.

Zum Beispiel:

- Eine Verbesserung und besonders eine Straffung der Asylgesetze könn-

te mit den Zielen von Menschenrechtsaktivisten und Flüchtlingshilfswerken in Konflikt kommen.

- Die Verbreiterung der öffentlichen Unterstützung, neuen Immigranten bei der Integration in lokale Gemeinschaften zu helfen, wird oft durch nationalistische oder rechtslastige politische Parteien behindert.
- Die Verstärkung der Grenzkontrollen, um illegale Migranten zu stoppen, kann Konflikte mit dem Wunsch nach einer schnellen Abfertigung von gewerblichen Transporten und Ferienurlaubern an der Grenze nach sich ziehen.
- Reisende aus Ländern mit dem Verdacht des „Export von Kriminalität“ zu beschränken, stünde nicht in Übereinstimmung mit der Tourismusindustrie, die hofft, viele reiche Touristen anzuziehen.
- Zunehmende polizeiliche Macht, privaten Gesprächen „zuzuhören“ und kriminologische Informationen zu sammeln, stellt sich unvermeidlich dem Recht des Bürgers nach Privatheit entgegen.
- Das Bedürfnis der Kriminalpolizei nach Informationen über illegale Gelder steht im Widerspruch mit den Interessen des Finanzsektors und der Privatbanken, die die Privatsphäre ausländischer Investoren schützen wollen.
- Die Regierungen könnten eine Verbesserung ihrer Kooperation mit anderen Ländern gebrauchen, um Betrug und Steuerhinterziehung zu verhindern, aber eine Politik der internationalen Kooperation zur Kontrolle der Steuerhinterziehung kommt in Konflikt mit den wirtschaftlichen Plänen in vielen kleinen Ländern, für das ausländische

Investment attraktiv zu sein, indem man die Steuerhinterziehung ausländischer Investoren nicht kriminalisiert, etc..

Dieser „Mix“ von Sachverhalten behührt fünf prinzipielle Themen:

- Die „Ausländer“ als Täter;
- Kriminalität und Aggression als die Dinge, die uns betreffen;
- die Institutionen der Regierung, die verantwortlich sind, diese zuvor genannten durch zwei Maßnahmen zu kontrollieren, nämlich
- internationale Reise/Migrationsbeschränkungen und
- nationale und internationale Kriminalitätsprävention.

Es ist klar, daß die Entscheidungsträger der Regierung sich verschiedenen Herausforderungen in allen Bereichen zur gleichen Zeit widmen müssen. Von Bedeutung sind hier:

- Die Integration neuer Immigranten und ausländischer Arbeitskräfte,
- Asylbestimmungen,
- Grenzkontrollen, um die illegale Einwanderung und grenzüberschreitende Kriminalität abzuwehren,
- polizeiliche Zusammenarbeit unter den nationalen Regionen und unter den Schengen/EU und Nicht-EU-Ländern,
- „Zensur“-Bestimmungen für bestimmte Arten von Gewalt und Kriminalität in der Unterhaltung und im Internet,
- Reduzierung der Konsumnachfrage nach illegalen oder unerwünschten Gütern und Dienstleistungen durch Aufklärung der Öffentlichkeit und die Zusammenarbeit von Polizei und Gesellschaft und

- Kooperation der Polizei mit der Privatindustrie zur Verhinderung von Geldwäsche, Menschenhandel, Steuerhinterziehung und Betrug.

2. Alle „Ausländer“ sind gleich, aber manche sind gleicher als andere oder: Alle Ausländer besitzen ausländische Pässe, aber manche sind „ausländischer“ als andere

Der Titel erfordert hier sofort eine Definition des Wortes „Ausländer“. Gesetzlich und objektiv gesprochen ist ein Ausländer Bürger eines anderen Staates als desjenigen, in dem er oder sie sich gerade aufhält. Allerdings sind Ausländer sozial und subjektiv jedoch diejenigen, die als solche „angesehen“ werden – unabhängig davon, welchen Paß diese Individuen besitzen.

Ausländer waren „Outsider“ seit dem Beginn der menschlichen Gesellschaft und seit dem Aufkommen des Nationalstaates sind sie alles, was willkommenen Urlauber, der sein Geld ausgibt, bis zum ungewollten Eindringling, der den Ortsansässigen Brot und Arbeit wegnimmt. Die Differenzierung zwischen dem „erwünschten“ und dem „unerwünschten“ Ausländer führt zu der Frage, wie es zu solchen subjektiven Definitionen kommt?

In sehr einfachen Sätzen können wir zusammenfassen, daß im Unterschied zu dem kameratragenden Touristen die Akzeptanz eines Ausländers in einem Land im Verhältnis zu seiner oder ihrer Ähnlichkeit oder der Über-

einstimmung mit der „normalen“ einheimischen Masse steigt.

Für die staatlichen Autoritäten unterscheiden sich Ausländer einfach nach der Farbe ihres Passes und der Aufenthaltsgenehmigung, die sie besitzen. In den meisten westeuropäischen Ländern liefert die folgende Liste einen Hinweis auf die Voraussetzungen, nach denen Ausländer eine Erlaubnis erhalten können, im Gastland zu bleiben:

- Diplomatisches Korps der Botschaften und Gesandtenbüros mit ihrem Hilfs-/Sicherheitspersonal,
- Staatsbeamte und unterstützendes Personal in internationalen Organisationen,
- internationale Arbeiter in Grenzregionen mit speziellen Arbeitsgenehmigungen,
- Saisonarbeiter, die für eine begrenzte Zeit bleiben,
- ausländische Beschäftigte der inländischen Industrie, die zeitlich festgesetzte Genehmigungen haben, die für die Dauer der Beschäftigung oder Geschäftstätigkeit erneuert werden,
- Ausländer mit temporären Aufenthaltsgenehmigungen wie Studenten, Auszubildende oder Pensionäre, die nicht wegen Geschäften/Beschäftigung im Land sind,
- Migranten und Flüchtlinge, die um Asyl bitten und die Erlaubnis haben, sich frei zu bewegen, bis ihre Nachfrage bearbeitet wurde,
- Asylbewerber, die keinen Flüchtlingsstatus oder aus anderen Gründen keine Erlaubnis erhalten haben, im Lande zu bleiben und die eine begrenzte Anzahl von Tagen oder Monaten haben, bis sie ausreisen müssen,

- Asylbewerber, die abgelehnt wurden, aber erfolgreich um eine weitere Anhörung gebeten und die daher eine weitere zeitliche Aufenthaltsgenehmigung erhalten haben, solange ihr Fall nochmals geprüft wird,
- Personen, die (noch) keine Bürger sind, sich aber im Prozeß der Einbürgerung befinden (was in verschiedenen europäischen Ländern unterschiedliche Zeiträume beansprucht) und
- Ausländer, die innerhalb des erlaubten Zeitraums für Touristen reisen.

Letztlich gibt es noch verschiedene Arten von illegalen Ausländern, die in einem Land für unterschiedliche Zeiträume leben, ohne von den zuständigen Behörden „gefunden“ worden zu sein:

- Ausländer, die das Land möglicherweise als Touristen oder Zeitarbeiter betraten, ihr zeitbezogenes Visum oder andere Genehmigungen aber überzogen haben und die niemals offiziell ihre Einreise oder ihren Verbleib gemeldet haben.
- Ausländer, die heimlich auf eigene Faust oder mit Hilfe einer organisierten Schleusergruppe eingereist sind.

Die letzten sieben Kategorien von Ausländern (siehe zuvor) sind von größter Bedeutung im Zusammenhang von Immigration und der Bekämpfung der Kriminalität.

### 3. Migration: Viele Menschen kommen, wenige gehen

Die größte Sorge unter Westeuropäern ist die Sicherheit des Arbeitsplatzes und die wirtschaftliche Stabilität. Eng

verbunden mit diesen Sorgen sind Probleme, die mit Migration und Kriminalität verwandt sind, wie die internationale Organisierte Kriminalität und die illegale Einwanderung.

Als Antwort haben viele Regierungen in Westeuropa der Verschärfung ihrer Asyl-/Einwanderungsgesetze zugestimmt und versuchen, sich dem Einwanderungsdruck an ihren Grenzen entgegenzustemmen. Das Schengener Abkommen und der Vertrag von Amsterdam, die zu Regelwerken der Einwanderung nach Westeuropa wurden, schaffen den Eindruck einer „Festung“, die nur legal wohnhaften Personen der 15 Mitglieder Bewegungsfreiheit erlaubt.

Die Einwanderungsströme in die EU, in die Schweiz und andere westeuropäische Länder werden in steigendem Maße durch Asylbewerber und illegale (heimliche) Einwanderer charakterisiert. Diese zwei Kanäle ersetzen die früher legalen und am Gastarbeiterbedarf orientierten Einwanderungsmöglichkeiten, die seit den frühen 80er Jahren zunehmend erschwert werden.<sup>2</sup>

Einige Analysten warnen vor einer Einwanderungswelle, die in den nächsten 30 bis 50 Jahren Westeuropa in einen gemischten Vorort Osteuropas, des Balkans, Rußlands, Nordafrikas und Chinas verwandeln wird. Frühere einheimische Bevölkerungen wie die nordamerikanischen Indianer verlieren ihre Kultur und ihr Land, weil sie die Einwanderung nicht kontrollieren konnten. Übertreibungen beiseite lassend sind es doch die Ängste vor dem Verlust von Identität, demokratischen Freiheiten und wirtschaftlichen Stär-

ken, die jetzt in Form von Warnungen durch Wissenschaftler und Politanalysten geäußert werden.<sup>3</sup> Jetzt müssen die westlichen Länder nicht nur lernen, unter Beibehaltung der konstitutionellen Demokratie, der Menschenrechte und der liberalen Freiheiten mit dem globalen Wettbewerb in der Wirtschaft fertigzuwerden, sondern sie müssen auch lernen, den beständigen Zustrom von Einwanderern, deren Integrations- und Assimilationsprobleme in westlichen Gemeinschaften und die Kriminalitätsraten zu bewältigen, die durch die Sichtbarkeit der ausländischen Täter beeinflusst werden. Was heißt das für Westeuropa und die Bekämpfung der Kriminalität in einer wachsenden Gesellschaft, die scheinbar immer mehr ethnisch gemischt wird?

Eine klare Schlußfolgerung – und für einige Leute eine beängstigende – ist die, daß die Gesellschaft Westeuropas zunehmend gemischt wird. Der Bevölkerungszuwachs spielt unvermeidbar eine Hauptrolle bei den Migrationstrends. Zum Beispiel: Während die einheimische europäische Bevölkerung bei einer durchschnittlichen Familie mit weniger als 2 Kindern nicht wächst, erleben die Auswandererländer einen entgegengesetzten Trend.

Die Geburtenrate in den nordafrikanischen Maghreb-Staaten ist drei- bis viermal höher als in den europäischen Ländern. Mit anderen Worten, eine Frau in Westeuropa hat durchschnittlich ein oder zwei Kinder, während ihr Pendant in Marokko, Algerien, Tunesien, Libyen oder Ägypten drei bis sechs Kinder hat. Außerdem wird im Norden des Mittel-

meeres der Anteil der über 60jährigen Menschen im Jahre 2020 rund 26 % erreichen. Im Gegensatz dazu wird in 22 Jahren in Nordafrika der Anteil der über 60jährigen bei 12 % der Gesamtbevölkerung liegen.<sup>4</sup> Die Maghreb-Länder sehen sich jetzt und in den kommenden Jahrzehnten einer überwiegend jungen Bevölkerung gegenüber, die nur geringe Aussichten auf Beschäftigung und wirtschaftliche Entwicklung hat und, um das Potential der Wanderungen nach Norden herauszuheben, deren Bezugs- (und Vergleichs-) Länder für soziale und wirtschaftliche Entwicklung diejenigen in Westeuropa sind.<sup>5</sup> (Fernsehbilder über das gute Leben nördlich des Mittelmeeres haben das unzweifelhaft gefördert).

All das heißt, daß sich Europa mit dem „Erreichen der Volljährigkeit“ von 40 % der Bevölkerungen Nordafrikas wird beschäftigen müssen; also junge Frauen und Männer, die nicht so leicht einen Job finden können, weil die Arbeitslosigkeit in ihren Heimatländern immer noch zwischen 15 und 30 % schwankt und die versuchen werden, nach Europa auszuwandern auf der Suche nach Arbeit.<sup>6</sup> Es ist bekannt, daß Auswanderer ihren Verwandten folgen und dazu tendieren, in Länder zu immigrieren, in denen sie schon eine etablierte Gemeinschaft von Einwanderern findet, die ihre Sprache spricht und ihnen hilft, sich einzugewöhnen.

Diese ethnische Dimension der Einwanderungsströme kann auch sehr gut ein familiäres Umfeld schaffen, in dem kriminelle Beschäftigungen aus der Heimat in die Gastländer übertragen werden.<sup>7</sup>

Die Zahlen für Immigration und illegale Einwanderung sind beeindruckend. Ein kürzlich erschienener Artikel in *The Economist* (4. April 1998, S. 29) stellt dar, daß rund 1 Million Menschen jedes Jahr legal in die EU einreist. Das ist ungefähr die gleiche Anzahl Immigranten, die die USA und Kanada im Jahr aufnehmen. Die meisten schließen sich ihren Familien an oder schaffen es, ungesehen einzureisen und dann Asyl zu beantragen – und manchmal lange genug zu bleiben, um für eine dauerhafte Amnestie in Frage zu kommen.

Die Hoffnungen auf Arbeit und bessere Lebensbedingungen oder eine Geschäftstätigkeit (legal und/oder illegal) aufzunehmen, sind die Hauptgründe für eine Auswanderung nach Westeuropa.

Wegen der steigenden Zahl der Asylansprüche in den letzten Jahren haben viele Länder Westeuropas zunehmend die Möglichkeiten für illegale Einwanderer, einen Asylantenstatus zu erhalten, „eingeschränkt“, besonders wenn die Anträge nur aufgrund der Gefahr einer Ausweisung aus dem Land gestellt wurden. Aber da die Gesetze für Asyl und den ständigen Aufenthalt strenger werden, nimmt die illegale Einwanderung zu. Es ist unmöglich, genau zu wissen, wieviele Menschen ohne Aufenthaltsgenehmigung in Westeuropa leben. Jonas Widgren vom Internationalen Zentrum für die Entwicklung der Einwanderungspolitik in Wien schätzt, daß zwischen 150.000 und 300.000 Personen jedes Jahr illegal nach Westeuropa einreisen und heute bereits über 2,5 Millionen Personen illegal hier leben. Von dieser Zahl haben

rund 1 Million in Italien ihren Wohnsitz und eine halbe Million in Deutschland.<sup>8</sup>

Deutschland ist das beliebteste Ziel-land der legalen und illegalen Einwanderer, im Jahrzehnt bis 1995 sind rund 2,4 Millionen Immigranten gekommen. Trotzdem, im Verhältnis zur einheimischen Bevölkerung ist der Prozentsatz der Ausländer in Luxemburg und der Schweiz am höchsten (rund 17% ohne internationale Staatsbedienstete und das diplomatische Korps), während er in Deutschland 8,8% und in Frankreich 6,3% beträgt.<sup>9</sup>

Es gibt bekannte Migrationsbewegungen vom Süden und Osten in die westlichen Industrieländer, die nicht zu verschwinden scheinen. Verschiedene Routen für die Einreise der illegalen Einwanderer nach Westeuropa sind Polizei und Grenzschützern bekannt: Eine führt von der Türkei nach Italien und weiter nach Frankreich, Österreich, die Schweiz und Deutschland, etc.. Eine andere Route geht über die Türkei durch die Balkan- und südosteuropäischen Staaten in die EU. Eine dritte ist der Nordafrika-Mittelmeer-Weg über die Iberische Halbinsel und Frankreich, während eine vierte die russische ist, über die Einwanderer nach Nordost-Europa kommen. Schließlich reisen Einwanderer auch per Flugzeug nach Europa, entweder mit falschen Papieren, besitzen gar keine bei der Ankunft oder sie kommen mit Touristenvisa und kehren nicht mit dem festgesetzten Flug zurück.

Ungefähr 80% aller illegalen Einwanderern wird durch hochspezialisierte

und gut organisierte Gruppen „geholfen“, die zahlende Migranten in das Land ihrer Wahl bringen. Und nicht nur gesunden und kräftigen Einwanderern wird nach Westeuropa geholfen, viele dieser Organisationen gebrauchen ihre Netzwerke auch für den Handel mit Prostituierten und illegalem Rauschgift. Über diese etablierten Gruppen – und oft mit einem aktiven Beitrag ihrer „Kunden“, die regelmäßig beträchtliche Schulden bei ihnen aufnehmen, um ihre Reise in den Westen abzuzahlen – breiten sich kriminelle Aktivitäten rapide dort aus, wo die Märkte am lukrativsten sind. Solche Märkte für Waren und Lohnarbeiter krimineller Aktivitäten sind meistens in städtischen Gebieten mit höherer Arbeitslosenrate, verbunden mit großen Ghettos oder Einwandererpopulationen, zu finden.

4. Statistische Probleme: Nicht alle Daten sind gleich, manche sind gleicher als andere

Es ist sehr wichtig, zu erkennen, daß statistische Daten über Einwanderung wie auch Kriminalität oft eine spezifische Interpretation widerspiegeln und wirklich nur einen eingeschränkten Blick auf die aktuellen Bewegungen und Taten der Leute geben. Terminologische Definitionen, der Gebrauch der Wörter und Begriffe und die Methoden, Zahlen aus verschiedenen Kategorien zusammenzufassen, variieren unter den meisten statistischen Datenerfassungen. Daher werden Begriffe wie „ansässige Ausländer“, „Verbrechen“, „krimineller Akt“, „strafbar nach dem Strafgesetz“, „Inhaftierung“ oder „Schikanie-

„Ausländer“ in den Ländern unterschiedlich definiert und dies sogar unter den Körperschaften der Verwaltung, der Inneren Sicherheit und der Justiz innerhalb der meisten Länder. Ein Beispiel ist, wenn ein „Ausländer“ seine Nationalität ändert, dann kann er oder sie im Einbürgerungsverfahren unterschiedlich definiert werden. Außerdem können das diplomatische Personal oder internationale Staatsbedienstete ebenfalls aus der Ausländerstatistik ausgeschlossen werden, obwohl auch Diplomaten für die Beteiligung an kriminellen Aktivitäten bekannt sind.

Gründe für die Ungleichheit der Daten in Kriminalstatistiken kommen oft daher, daß der Status der Täter als legaler oder illegaler Einwohner, als Asylbewerber oder Arbeiter unter den Ländern Europas differiert. Vergleiche sind bestenfalls schwierig oder können selten ein klares Bild liefern.<sup>10</sup> Ein einfacher Grund ist, daß die belegten Daten über die Personen, die in den Polizeistationen eines Verbrechens verdächtigt werden, als Kriminelle angeklagt, festgenommen und registriert oder diejenigen, die gerade in Folge eines legalen Prozesses verurteilt wurden, sich unterscheiden und oft das Ergebnis dessen sind, wie ihre Verfasser – die Büros, die die Daten sammeln – ihre Fälle beurteilen. Zum Beispiel: Nicolas Queloz schreibt, daß Statistiken über verdächtige Kriminelle, die von der Polizei verfaßt wurden, immer eine höhere Zahl von Verbrechen zeigen als die Daten, die von den Rechtsverwaltungsbüros und den Gerichten über beschuldigte und wirklich verurteilte Personen zusammengestellt werden.<sup>11</sup> Schließlich ist die Anzahl der inhaftierten Personen

wieder anders und oft schwer in Verbindung zu bringen mit den Polizeistatistiken, weil rechtliche Entscheidungen über die Art der Bestrafung nicht nur durch das begangene Verbrechen beeinflusst werden, sondern auch durch die Stellung des Beschuldigten und sein oder ihr Strafregister (wenn verfügbar).

Es sollte hier auch festgestellt werden, daß die illegale Einreise in ein Land in vielen europäischen Staaten nicht als ein Verbrechen angesehen wird und der Aufenthalt in einem Land für längere Zeit ohne offizielle Meldung oder Aufenthaltsgenehmigung nicht als illegal bewertet wird, wenn die Person um Asyl bittet. Daher muß unter Berücksichtigung der illegal in einem Land lebenden Ausländer der Kriminalitätsbegriff gemäß den Veränderungen bei den Asyl- und Einwanderungsgesetzen neu definiert werden.

##### 5. Kriminelles und gewalttätiges Verhalten: Wo sind die „Ausländer“?

Von Interesse ist hier ein Verhalten, das alle nationalen Institutionen für „innere“ Sicherheit betrifft z. B. Polizeiämter, Grenzkontrollen, Öffentliches und Strafrecht, Sozialämter, Arbeitsämter, Flüchtlingshilfswerke, Menschenrechtsorganisationen und andere. Aber was ist ein Verbrechen und was ist gewalttätiges Verhalten? Nach der Definition ist ein Verbrechen eine Verletzung des öffentlichen Rechts durch einen Akt oder eine Unterlassung, unabhängig von einem Verhalten, das wir als unsittlich oder unmoralisch ansehen würden. Im Gegensatz zu einem Verbre-

chen, das gesetzlich definiert ist, ist gewalttätiges Auftreten nur dann kriminell, wenn es gegen rechtliche Grundsätze oder die Menschenrechte verstößt. Von Bedeutung ist hier die vorsätzliche Tat, die andere Menschen physisch oder psychisch verletzt und damit die gesellschaftliche Ordnung stört.

Neben den zuvor erwähnten Erläuterungen müssen wir mit dem Wort „Ausländer“ auch Westeuropäer (oder EU-Bürger) miteinbeziehen, die bei einer kriminellen Betätigung in einem anderen westeuropäischen (oder EU-) Land erwischt oder verdächtigt werden. Ausländer aller Art werden bei den gleichen kriminellen Betätigungen gefaßt, in denen auch einheimische Kriminelle tätig sind. Die einzigen Straftaten, die rein von inländischen Staatsbürgern begangen werden, sind die, die direkt gegen Ausländer gerichtet sind sowie „fremdenfeindliche“ Tätigkeiten durch Anti-Immigrantengruppen oder Anhänger fremdenfeindlicher, rechtsextremer Bewegungen und Parteien.

Wir müssen daher fragen, ob „Ausländer“ außerhalb Westeuropas eine größere Tendenz zur Beteiligung an Straftaten haben als Einheimische in ihren eigenen Ländern. Die Antwort ist für die meisten kriminellen und strafbaren Akte „nein“. Es gibt einige kriminelle oder gewalttätige Aktivitäten, bei denen Ausländer dafür bekannt sind, sich mehr zu betätigen als Einheimische. Das sind typischerweise Aktivitäten, die eine enge Zusammenarbeit mit Personen anderer Länder erfordern, oder die bandenbezogen sind oder die ihre Unternehmen in engen kommerziellen oder

ethnischen Kreisen plazieren. Ausländer wurden in einer beträchtlichen Anzahl von Aktivitäten wie Drogenhandel, Autodiebstahl, Schleusen von illegalen Einwanderern, Ausweisfälschung, Handel mit militärisch-strategischen Informationen oder entsprechenden gefährlichen Materialien, Kreditkarten-Betrug, Handel von sexuellem oder (hartem) pornographischen Material, Handel mit Frauen und Jugendlichen, Geldwäsche, illegaler Handel mit industriellen Rohstoffen und Gütern, Handel mit Tabakwaren (meist um den Einfuhrzoll zu umgehen), Betrug in Gebieten mit EU-Subventionen, Bestechung von Regierungs- oder Sicherheitsbeamten, Entführung zur Gelderpressung und in geringerer Zahl Kinderhandel (zur illegalen Adoption oder Pornographie) und Organhandel aufgedeckt.<sup>12</sup> Eine andere Aktivität, bei der „Ausländer“ beteiligt sind, ist die Umgehung der heimischen Einkommenssteuer für finanzielle Anlagen, indem sie ihr Geld in Ländern anlegen, in denen Steuerhinterziehung von Ausländern keine Straftat ist. Während das an sich noch kein Delikt von direkter Bedeutung für eine Studie über Gewalt und Kriminalität ist, sind diese Steuerhäfen, die manche Länder anbieten, eine Einladung zum Anlegen und zur „Wäsche“ von Schwarzgeld und sie können ein Magnet für ausländische Kriminelle sein, die große Profite aus dem illegalen Handel ziehen oder andere Straftaten begehen.

Die Zahl der verdächtigten Kriminellen und Personen, die in westeuropäischen Gefängnissen inhaftiert sind, ist in den meisten Ländern seit dem Ende des Kalten Krieges gestiegen.<sup>13</sup>

Unter den von der Polizei festgenommenen und im Gefängnis sitzenden verdächtigen Straftätern befinden sich verschiedene Nationalitäten, nicht-einheimische Westeuropäer und Ausländer von außerhalb Westeuropas. In Deutschland zum Beispiel sind 12 % aller verdächtigten Ausländer EU-Bürger. Diese Zahl ist seit 1989 relativ konstant geblieben, während die Anzahl der verdächtigten nicht-EU-Bürger in Deutschland beträchtlich gestiegen ist.<sup>14</sup>

In der Schweiz war die Anzahl der einer strafbaren oder kriminellen Handlung verdächtigten Ausländer in Kategorien wie Drogenhandel, Beschaffungskriminalität, Einbruch, Fahrzeugdiebstahl, Raub, Vergewaltigung, Überfälle (Körperverletzung) und Totschlag höher, verglichen mit Frankreich, Deutschland oder Schweden.<sup>15</sup> All das impliziert, daß, obwohl die Schweizer 80 % der Gesamtbevölkerung stellen, sie in weniger als 50 % der begangenen Straftaten verdächtig werden. Mit anderen Worten, 51,1 % aller von der Schweizer Polizei ermittelten strafbaren Handlungen 1997, wurden von Ausländern begangen. Doch obwohl der Anteil der nicht-schweizerischen Täter grundsätzlich anstieg, stieg er mehr bei den nicht-wohnhaften (oft illegalen Ausländern) als bei den legal niedergelassenen, besonders im Bereich der Gewaltkriminalität.<sup>16</sup>

Mit anderen Worten sind über die Hälfte aller ausländischen Verdächtigen ohne Aufenthaltsgenehmigung in der Schweiz, d. h. sie sind offiziell Touristen und ihre Herkunftsländer sind im allgemeinen nicht bekannt.<sup>17</sup>

Eine ähnliche Schlußfolgerung kann für Deutschland gezogen werden, wo die von alleinreisenden Kriminellen oder organisierten Gruppen begangenen Straftaten beträchtlich sind. Wenigstens ein Viertel aller Straftaten, die nachweislich von Ausländern ausgeführt worden sind, wurden von Personen verübt, die entweder illegal in Deutschland waren oder für eine kurze Zeit durch das Land reisten. Mehr als ein Viertel aller Strafverdächtigen (einschließlich der deutschen Staatsbürger) für den Handel und Verkauf von illegalem Rauschgift und Mord waren Asylbewerber.<sup>18</sup>

In Deutschland umfaßten 1994 Ausländer 58,7 % aller verdächtigen Mitglieder organisierter krimineller Banden. Der Anteil der Ausländer in der Organisierten Kriminalität ist auf rund 60 % gestiegen, was für Gruppen in der Organisierten Kriminalität heißt, daß die hohe geographische Flexibilität ihrer Mitglieder berücksichtigt werden muß.<sup>19</sup> Die größte Gruppe der in Deutschland festgenommenen verdächtigten und kriminellen Nichtdeutschen kam aus der Türkei, gefolgt von Angehörigen der Staaten des früheren Jugoslawien.<sup>20</sup> Ein weiterer Indikator für die internationale Dimension der Kriminalität ist das Beispiel der deutschen Untersuchungen Organisierter Kriminalität, die ergaben, daß 77 % aller Straftatensanalysen für 1996 eine internationale Dimension hatten, nur 9,9 % auf regionale Aktivitäten beschränkt waren und 13,1 % sich über mehr als eine Region in Deutschland erstreckten.<sup>21</sup>

Eine generelle Schlußfolgerung ist hier, daß die Wohnsituation der Ausländer in allen westlichen Ländern ein klarer

Faktor ist, der kriminelles oder strafbares Verhalten beeinflusst. Ausländer, die z. B. länger in Westeuropa leben und die eine feste Aufenthaltsgenehmigung haben, sind weit weniger an kriminellen Aktivitäten beteiligt als illegale Einwanderer, Besucher/Touristen, Asylbewerber oder Personen mit sonstigen kurzfristigen Aufenthaltsgenehmigungen.

Zur Verdeutlichung: Asylbewerber richten sich nicht ein, sondern müssen manchmal lange auf das Ergebnis ihres Antrages warten und sind dadurch nicht motiviert, sich in das Gastland zu integrieren. Das Asylverfahren (Antrag-Warten-Antwort-Bleiben oder Gehen) entmutigt potentielle Einwanderer vom Versuch, sich zu integrieren und beläßt sie in einer unsicheren Situation, in der die Möglichkeiten, schnell Geld zu verdienen, immer attraktiver werden, auch wenn sie klar gegen das Gesetz verstoßen.

Wenn wir alle Delikte gegen die Asylrechts-/Aufenthaltsbestimmungen durch Asylbewerber wie auch der sich legal aufhaltenden Ausländer herauslassen, können wir eine interessante Schlußfolgerung ziehen: Je weniger Ausländer nämlich empfinden, daß sie sich in die Gesellschaft integrieren können oder müssen, umso leichter begehen sie eine Straftat.

Das zeigte sich in einer Studie des Schweizer Büros für Bundesstatistik für 1991: Von den 44 % ausländischer Straftäter/Krimineller (1997 waren es 51,5 %) hatten 16 % einen Wohnort in der Schweiz, 7 % waren Asylbewerber und die verbleibenden 21 % waren „Touristen“ und illegale Einwanderer.<sup>22</sup>

Von der Art der Straftaten sind es nur wenige, die öfter von Ausländern begangen werden als von ihren einheimischen Gegenspielern in Deutschland, Frankreich und der Schweiz. Das sind in unterschiedlicher Anzahl: Geldwäsche, Geld- und Ausweisfälschung, Menschenhandel und die Hilfestellung bei der illegalen Einwanderung, Diebstahl und Einbrüche in Privathäuser, gewaltsamer Diebstahl/Raub in den Städten und der Handel und Verkauf von illegalem Rauschgift.<sup>23</sup> Viele Diebstähle, ob gewalttätig oder nicht, sind mit dem Bedürfnis der Drogenkonsumenten verbunden, ihre Nachfrage zu finanzieren – eine weitere Konsequenz des internationalen Drogenhandels.<sup>24</sup>

Straftaten im Zusammenhang mit Diebstahl werden in der Schweiz mehr von Ausländern begangen als von Staatsbürgern; sie sind für ältere Menschen und für Besitzer von Häusern in Gebieten der Mittel- bis Oberklasse eine Herausforderung. Ähnlich wie in der Schweiz haben auch die Ausländer in Deutschland eine Vorliebe für Taschenraub/Raub und Drogenkriminalität.<sup>25</sup> Die Folge ist, daß unter der ansässigen Bevölkerung ein Gefühl der Unsicherheit gepflegt wird mit einer Zunahme der negativen Einstellungen gegen „Ausländer“ als Gruppe allgemein.

Das führt uns zu einer wichtigen Schlußfolgerung: Wenn man den „Sinn“ oder das „Gefühl“ für Sicherheit in der allgemeinen Öffentlichkeit und die daraus folgenden politischen Argumente (einschließlich der extremen rechten Stimmen) in Betracht zieht, folgt daraus nämlich, daß, je mehr über Ausländer in Zusammen-

hang mit Diebstahl, gewalttätigem Raub und Einbruch in Privathäuser berichtet wird, umso mehr das öffentliche Vertrauen in Polizei und Regierung herausgefordert wird.

6. Nicht alle von Ausländern begangenen Straftaten haben die gleichen Ursachen, denn manche sind besorgniserregender als andere: oder, warum begehen Ausländer Straftaten?

Die Ursachen für kriminelles, gewalttätiges oder straffälliges Verhalten von Ausländern können nur erklärt werden, wenn man die Gründe berücksichtigt, aus denen sie in den Westen gekommen sind.<sup>26</sup> Es ist gut, daß einige Einwanderer nur kommen, um ihre wirtschaftliche und soziale Situation zu verbessern, während andere mit klar definierten kriminellen Absichten nach Westeuropa reisen. Die Berücksichtigung der Absichten von Einwanderern muß notwendigerweise die Form der Einreise einschließen, mit der sie die westlichen Zielländer erreichen und betreten, die Art der Aufenthaltsgenehmigung, die sie haben (wenn eine), die wirtschaftlichen Möglichkeiten, die sie (hoffen zu) haben, wie auch die Integrationserleichterungen und Hilfsstrukturen (Sozialhilfe, Krankenversicherung), die sie im Gastland erhalten. Die Wahl, die Migranten treffen, ist das Ergebnis von zwei allgemeinen Faktoren, der „Druck“ und der „Sog“-Wirkung, die Männer und Frauen entweder dazu führen, ihre Heimat zu verändern und nach Westeuropa umzuziehen oder „Nomaden“ zu werden, die sich Möglichkeiten der legalen Beschäftigung und/oder des illegalen Geldverdienens ausfindig machen.

Auf der einen Seite kommen Einwanderer und Reisende nach Westeuropa wegen der Verlockungen („Sogwirkung“) der Arbeit, besserer Löhne, materiellem Komforts, der Familienzusammenführung und den Möglichkeiten, mit Drogenschmuggel oder illegalem Handel von Waren und Dienstleistungen, Geld zu machen.

Auf der anderen Seite gibt es die „Druckwirkung“, die den Weggang der Migranten aus ihren Heimatorten erklärt wie die demütigende Armut, der Mangel an Einkommensmöglichkeiten, strenge Kontrollen der Steuerhinterziehung, den Zwang zur Flucht vor den Auswirkungen polizeilicher Ermittlungen zu Hause, etc..

Bei der Vielzahl der Gründe und Vorhaben, wegen denen die Menschen nach Westeuropa kommen, sind diejenigen Ausländer am wenigsten ein Grund zur Besorgnis, die sich gezwungen sahen, zu fliehen oder sich einfach ihrer Familie wieder anschließen wollten.

Eher von Interesse sind die Einwanderer, die vorbereitet für kriminelle Aktivitäten kommen oder die bei illegalen Tätigkeiten enden, wenn sie erstmalig in der westlichen Hemisphäre angekommen sind.

Zur Prävention oder mindestens zur Eingrenzung der internationalen „Wanderung“ von Kriminellen müssen ein paar Unterscheidungen gemacht werden, um die generellen Absichten von Einwanderern aufzuklären:

- Die größte Zahl der Einwanderer sind Menschen, die legal oder illegal internationale Grenzen über-

schreiten, um sich in westlichen Staaten niederzulassen, sich der Familie oder Freunden anschließen wollen und hoffen, eine Arbeit zu finden, ohne zu planen, sich an kriminellen Geschäften zu beteiligen.

- Es gibt Einwanderer (legal oder heimlich), die sich normalerweise nicht kriminell betätigen würden, die aber durch ihre Art der Einreise oder Arbeitssuche mit kriminellen Netzwerken (Schleuser, Betreiber von Ausbeutergeschäften auf dem Schwarzmarkt) in Kontakt kommen und gezwungen werden – manchmal mit Gewalt – sich ihnen anzuschließen und für sie zu arbeiten.
- Es gibt Einwanderer, die absichtlich Gebrauch vom grenzübergreifendem Verkehr machen, um ihre kriminellen Geschäfte zu tätigen und sie haben häufig schon vorher solche Aktivitäten verfolgt (vielleicht in ihren Heimatländern) und
- schließlich gibt es einzelne und Gruppen, die einen Vorteil aus der illegalen Wanderung oder aus dem Tourismus/den Reisemöglichkeiten ziehen und die illegale Tätigkeiten nutzen, um ihr Einkommen in legalen wie auch in illegalen Firmen zu verbessern, indem sie nationale Unterschiede bei den Gesetzen, Polizeipraktiken und Schwächen der offiziellen grenzübergreifenden Maßnahmen zur Kriminalitätsprävention ausnutzen.

In bezug auf die transnationalen Bewegungen organisierter krimineller Gruppen sind die zwei letzten Kategorien von Einwanderern deutlich besorgniserregend; dennoch können sich auch andere Immigranten, Rei-

sende oder einheimische Bürger an großen oder kleinen kriminellen Betätigungen beteiligen. Außerdem müssen wir noch andere, indirekte Motive und Ursachen für kriminelle Tätigkeiten berücksichtigen. Es gibt neben der obigen Kategorisierung der Absichten auch andere Ursachen und Motive, aus denen heraus sich Ausländer in Straftaten engagieren. Das sind Faktoren, die die Neuankömmlinge aus ihren Heimatländern mitbringen, d.h. kulturelle Charakteristika, die Existenz der „ethnischen Netzwerke“, ihre individuelle Geschichte und Erfahrungen, Verbindungen zu kriminellen Gruppen, etc..

Die kulturellen Charakteristika und individuellen Erfahrungen decken nicht nur einen Faktor unter den vielen Ursachen für kriminelles Verhalten auf, sondern erklären auch in einem gewissen Maß die Benachteiligung der Ausländer in den Gastländern. Bestimmte ethnische oder nationale Gruppen von Ausländern, Immigranten oder Asylbewerbern sind deutlich eher als Täter wie auch Opfer in Verbrechen und Gewalttätigkeiten verwickelt. Manuel Eisner bemerkt, daß die „kulturelle Orientierung“ und die „Distanz vom kulturellen Milieu des Gastlandes“ oft Faktoren sind, die das Verhalten beeinflussen. Er zeigt, daß in ausgewählten städtischen Gebieten der Schweiz, wie dem Kanton Basel-Stadt, ausländische Einwohner aus der Türkei und dem früheren Jugoslawien am wahrscheinlichsten als Täter oder als Opfer in Straftaten verwickelt sind.<sup>27</sup>

Bei der Einbeziehung des sozio-politischen Geschehens in die kulturellen

Konzeptionen, die die Einwanderer mitbringen, wird die Neigung zum Gebrauch von Gewalt, um ein Ziel zu erreichen, vielleicht verständlicher. Angesichts der Gewalt und der politischen Aufstände in den Balkanstaaten und der Türkei seit 1991 kann der zunehmende Gebrauch von Gewalt durch Einwanderer aus diesen Ländern ein Resultat ihres persönlichen Leidens oder Erfahrungshorizontes der physischen und/oder wirtschaftlichen Not sein, zusammen mit einem sich verschärfenden Wettbewerb um knappe Ressourcen. Aufgrund ihrer Erfahrungen haben diese Menschen manchmal eine niedrigere Schmerzgrenze und fühlen sich weniger gehemmt, anderen Schmerz zuzufügen. Außerdem haben sie vielleicht weniger Respekt vor den üblichen Geschäftspraktiken in der liberalen Marktwirtschaft oder vor Strafgesetzen und der Ordnung, die diese untermauern sollen. Westliche Gesetze und die europäische Geschäftskultur könnten von Einwanderern als bedeutungslos angesehen werden, die aus Ländern kommen, wo Korruption, Konflikte in der Bevölkerung oder gar Krieg zum Alltag gehören.

Aber kulturelle Einflüsse oder persönliche Erfahrungen sind natürlich nicht die einzigen Gründe, warum Ausländer Straftaten begehen. Die am häufigsten angeführten Argumente zu Erklärung von strafbarem oder kriminellen Verhalten sind wirtschaftliche oder soziale Ausgrenzung, die Lebensbedingungen in städtischen Ghettos, die Verringerung der Arbeits- und sozio-politischen Möglichkeiten, die Bildung, etc. auf der einen Seite und das Vorhandensein von Kriminalitätsmöglichkeiten auf

der anderen Seite. Hier ist zu betonen, daß diese Faktoren als Ursachen kriminellen oder gewalttätigen Verhaltens für diejenigen akzeptiert werden können, die nicht Gesetze brechen oder andere absichtlich verletzen würden, wenn ihre sozio-ökonomische Situation besser wäre. Und diese sozio-ökonomischen Faktoren sind genauso für einheimische Bürger wie für ausländische Einwohner und Einwanderer zutreffend.<sup>28</sup>

Trotzdem gibt es in bezug auf Ausländer Überlegungen, die Ursachen zeigen, warum diese als Reisende oder Einwanderer besonders anfällig für kriminelles Verhalten sind. Das sind:

- Die größere Wahrscheinlichkeit, daß Einwanderer in städtische Ghettos marginalisiert werden mit geringeren Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten als die Einheimischen.
- Ausländer werden in zunehmendem Maße von der einheimischen westeuropäischen Bevölkerung als „Außenseiter“ angesehen und viele Ortsansässige äußern ihnen gegenüber ihre Mißbilligung und Ablehnung.
- Ausländer werden öfter eines Verbrechens verdächtigt.<sup>29</sup>
- Sie sind in den westlichen Polizeistatistiken und der Strafgerichtsbarkeit überrepräsentiert.<sup>30</sup>
- Ausländer nehmen wahrscheinlicher eine niedrig bezahlte Arbeit an, die Einheimische nicht machen wollen und schließlich,
- Ausländer verwickeln sich leichter in illegalen Beschäftigungen (Ausbeuterbetriebe) und in den Handel mit illegalen Waren und Dienstleistungen (Rauschgift, Waffen, Pro-

stitution, Schleusen von Einwanderern und Frauen, etc.).

Das oben genannte zeigt uns, daß die gesamte legal wohnhafte Bevölkerung – mit oder ohne einheimischem Paß – einen geringeren Anteil an der steigenden Kriminalitätsrate hat und daß diejenigen, die die Differenz bei den steigenden Raten in der „Ausländer“kriminalität füllen, opportunistische Asylbewerber, „migrierende“ Kriminelle und sogenannte „Touristen“ sind. Das bringt das zweifache Problem der Wanderungen und der illegalen Einwanderung zurück ins Vorfeld der Grenzkontrollen und der Kriminalitätsprävention, mit allen Problemen und Friktionen wie zuvor geschildert. Am offensichtlichsten werden hier die zunehmenden Rufe nach internationaler Zusammenarbeit zur Verhinderung der illegalen Einwanderung und der grenzüberschreitenden Bewegung von Kriminellen.

Letzten Endes sollten uns heutige Trends ein warnendes Signal für zukünftige Entwicklungen sein. Angenommen zum Beispiel, daß die wesentlichen „Ursachen“ oder „Motive“ für ein Verbrechen die Frustration der jungen Männer über die beschriebenen niedrigen Lebensstandards (oder gar Armut) ist und daß diese im Zusammenspiel mit einem Mangel an Beschäftigungsmöglichkeiten und dem täglichen Ansturm der westlichen (globalen) Medien verschlimmert wird, bilden die Bevölkerungen im Balkan, in Nordafrika, dem Mittleren Osten und Asien die zukünftigen Gruppen von potentiellen Einwanderern und Kriminellen. Wie schon zuvor in dem Beispiel über die Bevölke-

rungsentwicklung in den Maghreb-Staaten erwähnt, kann der Migrationsdruck auf Westeuropa in den nächsten Jahrzehnten nur zunehmen, wenn in den Entwicklungsländern zwischen 20 bis 30 % oder mehr junge Menschen arbeitslos sind.

Dies wird natürlich eine wesentliche Herausforderung für die internationale Kriminalitätsprävention, die Einwanderungskontrolle wie auch die unbedingt benötigte westliche Wirtschaftshilfe in die Einwanderer-exportierenden Länder werden, um lokale Industrien und gesellschaftliche Entwicklung anzukurbeln.

## 7. Die Herausforderung

Die Herausforderung für die staatliche Autorität ist, wie bereits erwähnt, viele verschiedene Sicherheits- und die sozio-ökonomischen Erfordernisse gleichzeitig zu vereinigen. Diese Bedürfnisse werden am stärksten unter den Einwanderer- und Flüchtlingsgruppen empfunden, die es sehr schwer haben, sich in den Gastländern zu integrieren, dadurch in den Augen der Einheimischen „ausländischer“ bleiben und wahrscheinlich mehr in die städtischen Ghettos gedrückt werden.

Aber diese Probleme empfinden auch die jungen Männer und Frauen in den „Einwandererexportierenden Ländern“, in denen die Lebensbedingungen und ökonomischen Schwierigkeiten keine Hoffnung auf eine bessere Zukunft lassen und daher die Auswanderung nach Westeuropa und/oder die Teilnahme an der transnationalen Kriminalität ein verlockender Ausweg ist.

Die große Schwierigkeit für alle europäischen Länder ist, die folgende Kombination von Herausforderungen zu bewältigen: Die Aufnahme großer Einwanderermengen und die Hilfe zur Integration (was eine beträchtliche Menge öffentlicher Mittel erfordert,) die zunehmenden Bemühungen um Hilfe zur wirtschaftlichen Entwicklung im „Süden“ zu realisieren und die Verhinderung der Auswanderung in den „Norden“ und der (opportunistischen) kriminellen Aktivitäten von In- und Ausländern zur selben Zeit.

Der Mangel an sozio-ökonomischen Erleichterungen im Westen und in den Entwicklungsländern, besonders dort, wo große Bevölkerungsgruppen junger Leute an den Rand gedrückt werden, hat sich als eine Hauptquelle der sozialen Probleme und der Kriminalität erwiesen. Es gibt einige Punkte, die uns helfen können, die Schwierigkeit der Kriminalitätsbekämpfung bei gleichzeitiger Integration neuer Zuwanderer, zu verstehen. Das sind:

- Kennzeichnende (kulturelle, sprachliche und sichtbare) Charakteristika, die die Einwanderer von der Bevölkerung des Gastlandes unterscheiden.
- Wirtschaftliche und gesetzliche Faktoren wie die Nachfrage und das Angebot von Jobs, Arbeitsplätzen, akzeptablen Lebensbedingungen und bürokratischen Einschränkungen zur Selbständigkeit, die die Möglichkeiten für ein legales Einkommen reduzieren.
- Die allgemeine Einstellung der einheimischen Bevölkerung gegen „Ausländer“, die sich in ihrer Mitte niederlassen.

- Die Haltung der Einwanderer gegenüber den Einwohnern und
- die Einflüsse oder die Ausweitung krimineller Gruppen in bestimmten einheimischen oder sprachlich unverkennbaren ethnischen, eingewanderten oder durchreisenden Bevölkerungsgruppen in Westeuropa.

Eine andere Herausforderung an den Staat ist die Handhabung des „Gefühls“ der Unsicherheit in der ansässigen Bevölkerung und ihre Einstellung zu den „weniger erwünschten“ Ausländern. Die zwei Begriffe „Kriminalität“ und „Ausländer“ werden in den Medien und der Politik zunehmend verbunden. Die Konsequenz ist, daß die üblichen populären Annahmen und Ängste, mit denen sich westliche Gesellschaften füttern, durch Mythen bewahrt werden wie: „Was schlecht ist, muß von woanders her sein“. Daher denken wir, wenn wir von „Organisierter Kriminalität“ sprechen, zuerst an italienische, russische, türkische Mafia-Gruppen oder albanische, sudanesishe oder nigerianische Gangs. Aber, „ausländische Verbrechergruppen können in unserer Mitte nicht effektiv operieren, wenn ihre Mitglieder keine ortsansässige Unterstützung haben“.<sup>31</sup>

Das Ergebnis ist, daß Ausländer im allgemeinen und Asylbewerber und Einwanderer im speziellen nicht wirklich begrüßt oder geschätzt werden bei einer Vielzahl der Westeuropäer. Auf die einfache Frage zum Beispiel, wie Schweizer Bürger die Rolle von Ausländern in ihrem Land beurteilen, hat seit Mitte der 70er Jahre eine zunehmende Anzahl negativ geantwortet.<sup>32</sup> Ein Beitrag im Radio Deutsche Welle (2. Mai 1998) hat recht einfach

festgestellt, daß die Mehrzahl der Deutschen im Westen und im Osten glaubt, daß zu viele Einwanderer und Asylbewerber in das Land wollen und daß die Regierung soziale Indikatoren wie Rechtsextremismus und fremdenfeindliche Äußerungen nicht ernst genug nimmt.

Der besorgniserregende Aspekt dieser zunehmend ausländerfeindlichen Haltung ist, daß die Bewohner Westeuropas zunehmend der Meinung sind, daß ihre Länder mit Außenseibern überfüllt sind. Das fordert verschiedene Fragen wie:

- Kann ein Land jemals „voll“ sein?
- Gibt es ein Limit, bis zu dem ein Land das Verhältnis von Ausländern zu Inländern verkraftet?
- Kann eine wirksame Integration das Problem lösen?
- Kann irgendein Staat sich die erforderlichen „Investitionen“ in die Integration leisten, wenn mehr Ausländer kommen wollen?

8. Fazit: Wenn das Geld nicht zu den Menschen kommt, dann gehen die Menschen dorthin, wo das Geld ist

Der Untertitel zu diesem Fazit kann ausgeweitet werden: Wenn die Leute dorthin gehen, wo das Geld ist, dann sind Kriminelle sicher zuerst dort. Der Realismus erfordert zu akzeptieren, daß die Wanderungen von Süden und Osten nach Europa für viele Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, anhalten werden. Daher ist eine bestimmte Menge von Einwanderern unvermeidbar und wird eine gewisse Zahl von Kriminellen notwendig mit sich bringen.

Diese einfache Logik bringt uns zu dem Schluß, daß ein gewisser, doch kleiner Prozentsatz von Personen in allen nationalen Bevölkerungen (einheimisch, reisend und immigrierend) immer einen Hang haben wird, das „Gesetz zu brechen“ oder sich unsittlich, aggressiv oder gewalttätig zu verhalten. Aber das heißt nicht, daß über Reformen in der Verbrechensbekämpfung und den Einwanderungsgesetzen nicht nachgedacht werden müßte. Das heißt einfach, daß wir unsere politischen, gesetzlichen, wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Institutionen anpassen müssen, um drei grundlegende Ziele zu erreichen:

- Die Wahrscheinlichkeit zu reduzieren, daß einzelne in Gewalt oder Straftaten einbezogen werden (durch vorbeugende Maßnahmen wie Bildung, Integrationshilfe, etc.).
- Die ständige Verbesserung der staatlichen Institutionen, die für die Verfolgung und rechtliche Anzeige von Kriminellen verantwortlich sind, unabhängig davon, ob sie einen einheimischen Paß besitzen oder nicht und
- die Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit mit den Nachbarländern und multilateralen Institutionen, um die Einreise und Einwanderung von potentiellen Kriminellen zu unterbinden und zu verhindern.

Während eine bürgerliche Erziehung und klare gesetzliche Regeln das Verhalten der lokalen Bevölkerung kontrollieren sollten, sind das problematische Element die Ausländer, die nicht in der lokalen Gemeinschaft leben, mit ihr verbunden sind oder in anderer Weise zu ihr „gehören“

und die sich kriminell betätigen. Das ist besonders besorgniserregend in Verbindung mit den internationalen Wandertrends und den Erscheinungen der Korruption und organisierten Kriminalität in Osteuropa, der früheren Sowjetunion, den Balkan-Staaten wie auch anderen Regionen in der näheren oder weiteren Entfernung von Westeuropa.<sup>33</sup>

Wir kommen soweit zu bemerken, daß die Globalisierung von Wanderung und Kriminalität keine (substantiellen oder geographischen) Schranken und Grenzen besitzt. In der Tat scheinen sie sich entlang der internationalen Handelswege und der besseren Kommunikations- und Transportmöglichkeiten freier zu bewegen. Wie aggressive und stark konkurrierende Firmen entdecken kriminelle Gruppen legale Schlupflöcher und Differenzen in den nationalen Gesetzen unter den westeuropäischen Staaten. Variationen der Strafgesetze, der Steuergesetze oder Bankvorschriften können eine Einladung an Kriminelle sein, ihre Geschäfte zu tätigen. Außerdem, wenn politische und ökonomische Spannungen soziale Friktionen verursachen, werden die Gesellschaften verletzbarer und unsicherer. Das ist ein fruchtbarer Boden, auf dem neue Märkte für illegale Güter und Dienstleistungen durch Individuen mit kriminellen Absichten erschlossen werden können. Es ist allseits bekannt, daß neue Nachfrage nach unerwünschten Dingen (Neonazi-Memorabilia, Waffen, geschmuggelter Alkohol und Zigaretten oder Prostituierte, etc.) in Situationen aufkommt, wenn ökonomische Disparitäten groß und sichtbar sind, wenn nachhaltige strukturelle Arbeitslosigkeit den Ju-

gendlichen nur geringe Karriereaussichten läßt oder wenn in extremen Fällen politische Aufruhr in gewaltsamen Konflikten endet.

Es verbleibt, in sehr einfachen Worten zu schließen, daß, je mehr die westeuropäischen Länder ihre politischen Maßnahmen und ihre Einwanderungspolitik, ihr Arbeits- und Bankenrecht wie auch ihre Sozialgesetze harmonisieren können, desto weniger Chancen gibt es für die Entwicklung von illegaler Einwanderung und internationalen kriminellen Aktivitäten. Aber in welchen Bereichen der internationalen Migration und Kriminalitätsbekämpfung könnte eine bessere Kooperation sinnvoll sein? Die kurze nachfolgende Liste zählt einige Beispiele auf, bei denen es zu Interessenkonflikten kommt, d. h. wo nationale/internationale Kriminalitätsbekämpfung gegen die Einwanderungs-/Asylpolitik steht und Brüche verursacht – das sind möglicherweise Bereiche, in denen gesetzliche, institutionelle und prozessuale Reformen überdacht werden sollten.

Zum Beispiel:

- Wenn Touristen und Durchreisende kriminelle oder gewalttätige Delikte begehen und mit Absicht der Polizei oder gesetzlichen Verfahren entgehen wollen,
- wenn die Integration neuer Einwanderer problematisch wird, z.B. wegen nicht ausreichender Beschäftigungsmöglichkeiten, gesellschaftlicher Ausgrenzung in den städtischen Ausländerghettos, finanzieller und bürokratischer Beschränkungen der Selbständigkeit oder Berufsausbildung, etc.,

- wenn die in der einheimischen Bevölkerung weit verbreitete Voreingenommenheit, Ängste und Fremdenfeindlichkeit gegen Ausländer die Spannungen zwischen den In- und Ausländern anheizen,
- wenn das Aufeinandertreffen von Merkmalen der Kultur oder des Auftretens zwischen den Einheimischen und Einwanderern zu einem unzivilisierten Verhalten führt (oft in den Ghettos und unter Jugendlichen) und zu Gelegenheiten für eine Straftat,
- wenn die Binnenkonkurrenz die Nachfrage nach billigen Arbeitskräften ohne soziale Sicherheit oder Vorteile ansteigen läßt und die dann schnell von ausländischen Arbeitern und illegalen Einwanderern erfüllt werden kann,
- wenn reisende Geschäftsleute oder Transportfirmen die Menge oder die Art der Güter, die sie transportieren falsch deklarieren, mit dem Ziel, entweder illegale Güter (oder sogar illegale Einwanderer) zu schmuggeln oder Steuern oder Importverpflichtungen vermeiden zu wollen,
- wenn Flüchtlinge, die legitime Gründe haben, von zu Hause fortzugehen, sich nicht um ein Asyl bemühen und stattdessen entweder auf eigene Faust illegal nach Westeuropa einreisen oder organisierte Schleuser-Netzwerke benutzen,
- wenn Einwanderer Asyl beantragen, obwohl sie genau wissen, daß sie nicht aus einem vom Krieg zerrissenen Land oder vor Verfolgung fliehen und daß ihnen kein Flüchtlingsstatus zusteht, die aber zeitweise Vorteile aus dem Asylantenstatus und den Zuweisungen für Flüchtlinge ziehen können,
- wenn die Zahl der Flüchtlinge (oder Einwanderer, die hoffen, als Flüchtlinge aufgenommen und als Asylberechtigte anerkannt zu werden) in einem Land in einer Menge ankommen, die zu groß ist für die finanziellen und institutionellen Ressourcen des Landes, um das gut zu verarbeiten und daher ausländerfeindliche Gefühle in der Bevölkerung auslöst,
- wenn Asylbewerber, die mit begrenzten Aufenthaltsgenehmigungen ausgestattet wurden, während sie auf ihre Anhörung zum Asylanten/Flüchtlingsstatus warten, die Hilfen mißbrauchen, die ihnen zu teil wurden,
- wenn Asylbewerber mit begrenzten Aufenthaltsgenehmigungen, während der Wartezeit auf die Anhörung versuchen zu fliehen oder „unterzutauchen“, um als Illegale zu leben,
- wenn Asylbewerber die Sozialhilfe, die sie bekommen (während sie auf die Beurteilung ihres Asylanten-/Flüchtlingsstatus warten) aufstocken, indem sie sich illegal betätigen wie beim Handel mit illegalem Rauschgift,
- wenn der Wunsch der Kriminalpolizei nach Informationen über die Herkunft illegaler Gelder mit den Interessen des Finanzsektors und der Privatbanken in Konflikt kommen, die die Privatsphäre ihrer ausländischen Investoren schützen wollen;
- wenn Regierungen politisch gedrängt werden (durch die Medien und öffentlichen Ängste), die Kriminalität zu bekämpfen und deswegen darauf zielen, ihre politische und polizeitechnische Zusammenarbeit mit anderen Ländern zu ver-

- tiefen, müssen sie unvermeidlich mit entgegengerichteten Interessen nationalistischer oder rechtslastiger politischer Gruppen zusammenstoßen, die es vorziehen, die souveräne Kontrolle über sensible Informationen und politische Entscheidungsprozesse zu „bewahren“;
- wenn die nationalen Regierungen die transnationale/internationale organisierte Kriminalität bekämpfen wollen, müssen sie sich der Geldwäsche widmen; doch wenn sie versuchen, die Bankgesetze und Transaktionsprozesse zu straffen, indem sie strengere Kontrollen der Branche verstärken, sind die Profitinteressen der Banken (um so viele

ausländische Anleger wie möglich zu gewinnen, unabhängig davon, woher das Geld kommt) direkt betroffen und müssen entweder bekämpft oder ein Kompromiß geschlossen werden und

- wenn nationale Regierungen oder die Europäische Union eine neue Gesetzgebung auf den Weg bringen wollen, um Betrug und Steuerhinterziehung zu verhindern, sehen sie sich bald dem lauten Protest der kleineren Länder oder besonderer Gebiete gegenüber, die für ausländische Geldgeber attraktiv bleiben wollen, ungeachtet, ob diese Anlagen in den Heimatländern eigentlich versteuert werden sollten oder nicht.

#### Anmerkungen

- <sup>1</sup> Der Autor möchte Herrn Professor Curt Gasteyger, Direktor des Programme for Strategic and International Security Studies in Genf und der Sophie und Karl Binding Stiftung in Basel für ihre großzügige Unterstützung seinen Dank aussprechen.
- <sup>2</sup> Straubhaar, Thomas/ Wolter, Achim: „Aktuelle Brennpunkte der europäischen Migrationsdiskussion“, in: Wirtschaftsdienst, 1996/IX, S. 482.
- <sup>3</sup> Siehe zum Beispiel: Hoffmann, Stanley: „The Crisis of Liberal Internationalism“, in: Foreign Policy, Frühjahr 1995, S. 159 – 177; Evans, Peter: „The Eclipse of the State? Reflections on Stateness in an Era of Globalization“, in: World Politics, Vol. 50, Nr. 1, Oktober 1997, S. 62 – 87.
- <sup>4</sup> Waxman, Dov: „Immigration and Identity: ... Research Institute for the Study of Conflict and Terrorism.“ U.K., September 1997, S. 5 – 6.
- <sup>5</sup> Das ist zutreffend für die meisten Menschen, außer vielleicht für religiöse oder nationalistische Gruppen, die es vorziehen, in anderen islamischen Ländern im Mittleren Osten ein Entwicklungsmodell zu suchen.
- <sup>6</sup> Waxmann, Dov.: „Immigration and Identity: ...“, 1997, ebd., S. 6 – 7.
- <sup>7</sup> Lange, Klaus: „Transnationale Organisierte Kriminalität (TOK): ...“, München:

Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Akademie für Zeitgeschehen, 1997, S. 7.

- <sup>8</sup> Straubhaar, Thomas/Wolter, Achim: „Aktuelle Brennpunkte der europäischen Migrationsdiskussion“, in: Wirtschaftsdienst, 1996/IX., S. 482.
- <sup>9</sup> The Economist, 4. April 1998, S. 289. Diese Zahlen sind jedoch nicht direkt vergleichbar, da jedes Land verschiedene Einbürgerungsabläufe hat, bei denen in manchen Ländern Immigranten schneller Staatsbürger werden als in anderen und daher nicht so lange in den Angaben für den Prozentsatz der Ausländer auftauchen.
- <sup>10</sup> Tonry, Michael: „Ethnicity, crime, and Immigration: Introduction“, in: Tonry, Michael: Ethnicity, Crime, and Immigration: ...“, Chicago und London: The University of Chicago Press, 1997, S. 4 – 5.
- <sup>11</sup> Queloz, Nicolas: „Étrangers et criminalité: entre craintes, préjugés et réalités“, in: Bauhofer, Stefan und Queloz, Nicholas: „Ausländer, Kriminalität und Strafrechtspflege“, Verlag Rüegg, Zürich, 1993, S. 27 – 29.
- <sup>12</sup> Zum Teil entnommen aus Queloz, Nicolas: „Internationale Efforts to tackle Organized Crime: The case of Europe“, University of Macao, 1996, S. 10 – 11.
- <sup>13</sup> Eurostat Annuaire 1996, „Personnes incarcérées“.

- <sup>14</sup> Bulletin, Nr. 48, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn, 12. Juni 1997, S. 526.
- <sup>15</sup> Killias, Martin: „Immigrants, Crime, and Criminal Justice in Switzerland“, in: Tonry, Michael (Hrsg.): „Ethnicity, Crime, and Immigration: Comparative and Cross-National“, Chicago, The University of Chicago, 1997, S. 385.
- <sup>16</sup> Killias, ebd., S. 375.
- <sup>17</sup> Storz, Renate/Ronez, Simone/Baumgartner, Stephan: „Zur Staatszugehörigkeit von Verurteilten: Kriminalistische Befunde“. Bundesamt für Statistik, Bern, 1996, S. 5 und 13.
- <sup>18</sup> Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bulletin, Nr. 37, 29. Mai 1997, S. 444 und Rupprecht, Reinhard: „Zuwanderung und Innere Sicherheit“, in: Angenendt, Steffen: „Migration und Flucht: ...“, Bonn, Bundeszentrale für Politische Bildung, 1997, S. 88 – 89.
- <sup>19</sup> Bulletin, Nr. 48, 12. Juni 1997, S. 543.
- <sup>20</sup> Wittkämper, Gerhard W./Krevert, Peter/Kohl, Andreas: „Europa und die innere Sicherheit“; Bundeskriminalamt Wiesbaden, Forschungsreihe Nr. 35, 1996, S. 66 u. 68; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bulletin, Nr. 37, Mai 1998, Bonn, S. 444.
- <sup>21</sup> Bundeslagebild OK 1996, ebd..
- <sup>22</sup> Storz 1996, ebd..
- <sup>23</sup> Zum Teil aus: Killias, 1997, S. 377 und S. 386 – 388; und Storz 1996. Wichtig ist, in solchen Statistiken festzustellen, daß die Delikte gegen Einwanderungsgesetze oder Asylbestimmungen nur durch Ausländer begangen werden können und daher nicht in Kriminalitätsstatistiken einbezogen werden sollten, die die Nationalität berücksichtigen.
- <sup>24</sup> Die Zahl der Personen, die wegen Delikten gegen das Rauschgiftgesetz von der Polizei gefaßt worden sind, ist in der Schweiz beträchtlich gestiegen (1985: 237 Fälle auf 100.000 Einwohner; 1994: 575 Fälle/100.000 Einwohner). In anderen westeuropäischen Ländern wie in Frankreich (1985: 54/100.000 Einwohner; 1994: 122/100.000 Einwohner) und in Österreich, Luxemburg oder Dänemark sind die Zahlen ebenso gestiegen. In anderen ist die Anzahl stabiler geblieben oder sogar zurückgegangen wie in Schweden.
- <sup>25</sup> Bulletin, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn, Nr. 37, Mai 1998, S. 442.
- <sup>26</sup> Tonry, Michael: „Ethnicity, Crime and Immigration: Introduction“, in: Tonry, Michael (Hrsg.): „Ethnicity, Crime and Immigration: Comparative and Cross-National Perspectives“, Chicago und London: The University of Chicago Press, 1997, S. 24.
- <sup>27</sup> Eisner, Martin: „Die ethnische Dimension“, in: „Das Ende der zivilisierten Stadt? Die Auswirkungen von Modernisierung und urbaner Krise auf Gewaltdelinquenz“. Frankfurt, Campus Verlag, 1997.
- <sup>28</sup> Siehe z. B.: Eisner, Martin, 1997, ebd.; Tonry, Michael: „Ethnicity, Crime and Immigration: Introduction“. 1997; Killias, Martin: „Immigrants, Crime and Criminal Justice in Switzerland“, in: Tonry, Michael, Hrsg., ebd., 1997.
- <sup>29</sup> Tatsächlich gehen einheimische Opfer von Verbrechen oder Straftaten häufiger zur Polizei – selbst wenn es sich um eine eher kleine Strafsache handelt, aber der Täter offensichtlich ein Ausländer ist, als wenn er/sie eine einheimische Person ist.
- <sup>30</sup> Tonry, Michael: „Ethnicity, Crime and Immigration: Introduction“. in: Tonry, Michael (Hrsg.): „Ethnicity, Crime, and Immigration: ...“, Chicago and London: The University of Chicago Press, 1997.
- <sup>31</sup> Queloz, Nicholas: „International Efforts to tackle Organized Crime: the case of Europe“; für die 52. Internationale Versammlung für Kriminologie angefertigtes Papier, Univ. of Macao, Faculty of Law, October 1996, S. 4.
- <sup>32</sup> Gilomen, Heinz: „Die Situation der ausländischen Bevölkerung in der Schweiz“, in: Bauhofer, Stefan und Queloz, Nicolas. (Hrsg.): „Ausländer, Kriminalität und Strafrechtspflege“. Zürich: Verlag Rüegg, 1993, S. 70.
- <sup>33</sup> Siehe zum Beispiel den Fall des illegalen Handels zwischen Albanien, dem früheren Jugoslawien und Italien, in: Lange, Klaus: „Transnationale Organisierte Kriminalität (TOK): ...“, München: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Akademie für Politik und Zeitgeschehen, 1997, S. 8 – 9.

## Literatur

- Angenendt, Steffen**, Deutsche Migrationspolitik im neuen Europa, Opladen: Leske + Budrich, 1997.
- Bundeslagebild OK 1996**: Lagebild Organisierte Kriminalität, Bundesrepublik Deutschland. (Zollkriminalität/Zollfahndungsdienst, Zoll/Polizei nationale Zusammenfassung), 1996.
- Economist, The**: „Europe: Millions want to come“. (Der Ökonom: „Europa: Millionen wollen kommen.“) 4. April 1998; S. 29 – 30.
- Eisner, Martin**: Das Ende der Zivilisierten Stadt? Die Auswirkungen von Modernisierung und urbaner Krise auf Gewaltdelinquenz. Frankfurt: Kampus Verlag, 1997.
- Gilomen, Heinz**: „Die Situation der ausländischen Bevölkerung in der Schweiz“. In Bauhofer, Stefan & Queloz, Nicolas, Verf., *Ausländer, Kriminalität und Strafrechtspflege/Etrangers, criminalité et système pénal*, Zürich: Verlag Rüegg, 1993.
- Killias, Martin**: „Immigrants, Crime, and Criminal Justice in Switzerland“. In *Ethnicity, Crime and Immigration: Comparative and Cross-National* („Immigranten, Verbrechen und Strafgerichtsbarkeit in der Schweiz“. In *Ethnie, Verbrechen und Immigration: Vergleichende und Über-National*), verf. von Michael Tonry, Vol. 21, Chicago: Die Universität von Chicago, 1997.
- Lange, Klaus**, Transnationale Organisierte Kriminalität (TOK): Aspekte ihrer Entwicklung und Voraussetzungen erfolgreicher Bekämpfung, (Aktuelle Analysen Nr. 9), München: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Akademie für Politik und Zeitgeschehen, 1997.
- Pesse- und Informationsamt der Bundesregierung**, Bulletin, Nr. 37, 29. Mai 1997.
- Queloz, Nicolas**: „International Efforts to tackle Organized Crime: the case of Europe“; („Internationale Bemühungen, um Organisiertes Verbrechen zu bewältigen: der Fall Europa“); Papier, vorbereitet für den 52. internationalen Lehrgang über Kriminologie, Universität von Macao, Gesetzesfakultät, Oktober 1996; (diese englische Übersetzung unveröffentlicht). Französische Originalversion publiziert als: „Les actions internationales de lutte contre la criminalité organisée: le cas de l'Europe“, in *Revue de science criminelle et de droit pénal comparé*, Nr. 4, 1997; S. 765 – 788.
- Queloz, Nicolas**: „Etrangers et criminalité: entre craintes, préjugés et réalités“. („Ausländer und Kriminalität: zwischen Ängsten, Vorurteilen und Realitäten“). In: Bauhofer, Stefan & Queloz, Nicolas, Verf., *Ausländer, Kriminalität und Strafrechtspflege/Etrangers, criminalité et système pénal*, Zürich: Verlag Rüegg, 1993.
- Rupprecht, Reinhard**, „Zuwanderung und Innere Sicherheit“, in Angenendt, Steffen, Verf., *Migration und Flucht: Aufgaben und Strategien für Deutschland, Europa und die Internationale Gemeinschaft*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (Verlag R. Oldenbourg, München), 1997; S. 87 – 95.
- Storz, Renate, Simone Ronez und Stephan Baumgartner**: Zur Staatszugehörigkeit von Verurteilten: Kriminalistische Befunde/De la nationalité des condamnés: Résultats de la statistique de la criminalité. Bundesamt für Statistik, Bern, 1996.
- Straubhaar, Thomas & Achim Wolter** (1996): „Aktuelle Brennpunkte der europäischen Migrationsdiskussion“. Wirtschaftsdienst, 1996/IX.
- Tonry, Michael**: „Ethnicity, crime and Immigration: Introduction“, in *Ethnicity, Crime, and Immigration: Comparative and Cross-National Perspectives*. („Ethnie, Verbrechen und Immigration: Einführung“, in *Ethnie, Verbrechen und Immigration: Vergleichende und Über-Nationale Perspektiven*), von Michael Tonry, Verf., Chicago und London: Die Universität der Chicagoer Presse, 1997; S. 1 – 29.
- Tournier, Pierre**, „Nationality, Crime, and Criminal Justice in France“, in *Ethnicity, Crime, and Immigration: Comparative and Cross-National Perspectives*. („Nationalität, Verbrechen und Strafgerichtsbarkeit in Frankreich“, in *Ethnie, Verbrechen und Immigration: Vergleichende und Über-Nationale Perspektiven*), verf. von Michael Tonry, Chicago und London: Die Universität der Chicagoer Presse, 1997.
- Waxman, Dov**, *Immigration and Identity: A New Security Perspective in Euro-Maghreb Relations*. (Immigration und Identität: Eine Neue Sicherheitsperspektive in Euro-Maghreb-Beziehungen). Eine Publikation des Forschungsinstituts für die Untersuchung von Konflikt und Terrorismus, Vereinigtes Königreich, September 1997.
- Wittkämper, Gerhard W., Peter Krevert und Andreas Kohl**: Europa und die innere Sicherheit, Bundeskriminalamt Wiesbaden, Forschungsreihe Nr. 35, 1996.

# Wer ist ein gebildeter Mensch?

**Wilhelm Vossenkuhl**

## 1. Einführung

Es gibt viele gebildete Menschen und es gibt viele Weisen sich zu bilden. Der Singular in der Frage, wer ein gebildeter Mensch ist, darf nicht so mißverstanden werden, als gäbe es nur eine Art gebildeter Mensch oder eine Art und Weise, sich zu bilden. Der gebildete Leser, die gebildete Schriftstellerin, der gebildete Handwerker, Lehrer, Professor, Politiker, Arzt, Rechtsanwalt, Künstler usf., sie alle sind auf ihre Weise gebildet. Ihre Bildung hat jeweils eine eigene Prägung und Gestalt. Untereinander ähnlich sind sich diese vielfältig Gebildeten nach dem Muster der Familienähnlichkeit. So wie in einer Familie bei zweien die Haarfarbe, bei zwei anderen die Augenfarbe und wieder bei zwei anderen die Formen von Nase und Ohren übereinstimmen, aber keines dieser Merkmale allen gemeinsam ist, stimmen die Merkmale der Bildung überein.

Es ist gut, wenn Ärzte, Handwerker und Künstler geschickte Hände, Lehrer, Rechtsanwälte und Professoren fachliches Wissen und einen scharfen Verstand und Politiker von allem genügend haben. Kein einziges dieser Merkmale von Bildung müssen sie

alle haben, um gebildet zu sein. Und selbst die allgemeinen Bildungstechniken Lesen, Schreiben und Rechnen benötigen sie nicht in der gleichen Weise. Es kommt nämlich auch bei den allgemeinen Merkmalen der Bildung darauf an, wer sie hat und wie sie benötigt werden.

Nehmen wir als Beispiele Bildungsmerkmale, die typisch für einen hohen Standard an Zivilisiertheit sind, nämlich Fairneß und Ausdrucks- oder Sprachvermögen.

Beim Sportler bedeutet Fairneß etwas anderes als beim Anwalt und beim Lehrer oder der Lehrerin bedeuten Ausdrucks- und Sprachfähigkeit etwas anderes als beim Handwerker oder Künstler. Es wäre töricht zu meinen, Fairneß und Sprachfähigkeit bedeuten für jede Art Mensch und Beruf dasselbe.

Nicht die abstrakte, sondern die konkrete Bedeutung eines Merkmals macht das aus, was 'gebildet' jeweils heißt. Abstrakt betrachtet besitzt die überwiegende Zahl von Schülerinnen und Schülern nach vier Schuljahren eine Sprach- und Ausdrucksfähigkeit, mit der sie durchs Leben kommt. Gebildet sind sie deswegen aber noch nicht.

Wenn wir besser verstehen wollen, was 'Bildung' heute bedeutet, sind zweierlei Dinge wichtig. Wir müssen,

- erstens, unsere Aufmerksamkeit auf den Bildungsprozeß selbst konzentrieren und darauf achten, daß wir abstrakte Merkmale und allgemeine Voraussetzungen von Bildung nicht mit der konkreten Gestalt eines Gebildeten verwechseln.
- Zweitens sollten wir über die Wege und Entwicklungsweisen der Bildung nachdenken; denn wir wollen etwas über sie erfahren und nicht nur etwas über die vielfältigen Resultate der unterschiedlichen Bildungsarten.

Diesem Interesse am Bildungsprozeß selbst wollte schon Martin Luther gerecht werden, als es ihm darum ging, wie Menschen selig werden können. Sie müßten, meinte er, drei Dinge wissen, also in dreierlei Hinsicht gebildet sein:

- Was sie tun und lassen sollten,
- wo sie dafür die Kräfte finden können und
- wie sie diese Kräfte finden können.

Der religiöse Bildungsprozeß ist nämlich seinem Typ nach, wie jeder andere Bildungsprozeß auch, eine Mischung aus Knowing-How und Knowing-That, aus Wissen-Wie und Wissen-Was, also aus erworbenen Kenntnissen und aus der Fähigkeit, besser gesagt aus der Fertigkeit, Kenntnisse und Fähigkeiten zu erwerben. Es mangelt uns heute nicht am Wissen-Was, aber sehr am Wissen-Wie, also an dieser Fertigkeit des selbständigen Erwerbs von Kenntnissen und Fähigkeiten.

## 2. Freiheit durch Bildung

Übrigens dachten Luther und noch mehr sein Bildungsexperte Melancthon über den Bildungsprozeß in einer ausgesprochen modernen Weise nach. Es ging ihnen freilich nicht vorrangig um die säkulare Seite der Bildung und ihrer Nutzung in den Geschäften des Lebens, aber auch um sie. Luthers Frage war: „Wie werde ich vor Gott gerecht mit all meinem sündhaften Fühlen, Denken und Tun?“ Melancthons zeitgemäße und gleichzeitig moderne Antwort war:

- Durch ein entsprechendes Bildungswesen und
- durch Schulen und Wissenschaften, die den Menschen den direkten Zugang zu den biblischen Quellen der Religiosität ermöglichen.

Der Gebildete war also der, der durch die alten Sprachen, aber auch durch Kenntnisse in Physik und Astronomie unmittelbar und ohne fremde Hilfe die Bibel lesen und auslegen konnte. Autonomie in Sachen Religion war das hohe Bildungsziel für jeden einzelnen.

Uns interessiert heute nicht mehr so sehr dieses religiöse Ziel des groß angelegten, damals revolutionären, die ganze Moderne prägenden Bildungsprozesses. Dasselbe gilt für das eigentliche Motiv im Hintergrund, die Rechtfertigungslehre, wie wir einen gerechten Gott finden können. Uns interessiert vielmehr der Weg zu jenem Ziel, also der Bildungsprozeß selbst. Es ist ein Prozeß der Individualisierung, der Gestaltung eines autonomen, von Autoritäten zumindest

geistig unabhängigen, also freien einzelnen. Und dieser Prozeß ist zu Luthers Zeit nur aus der Freiheit heraus möglich und denkbar, die das Christentum gewährt. Deswegen hatte der reformatorische Bildungsprozeß historisch gesehen eine so entfesselnde Wirkung. Menschen lernten, auf eigenen Beinen zu gehen. Sie lösten sich aus Traditionen und aus Bindungen, die sie einengten und behinderten. Sie brachen zu neuen Ufern auf, manche im wahrsten Sinne des Wortes.

Seit dieser ersten modernen Befreiung durch Bildung wurden viele neue Ufer erreicht. Es bildeten sich neue Traditionen, die sich wie etwa die Gegenreformation ebenfalls als Bildungsprozeß entwickelten. Die Gründung und der Erfolg des Jesuiten-Ordens ist dafür das beste Beispiel. Die besten dieser neuen Traditionen der individuellen Bildung, die sich seit dem 15. Jahrhundert entwickelten, wurden zu Institutionen der Bildung, die sich in den Zeitläufen behaupteten. Die akademische, wissenschaftliche und bildungspolitische Bedeutung von Universitäten wie Erfurt oder Heidelberg in der frühen Neuzeit wäre ohne jenen neuartigen Bildungsprozeß nicht erklärbar. Es dauerte aber noch mehr als zweihundert Jahre, bis sich im frühen 19. Jahrhundert das Gymnasium, wie wir es heute kennen, als bürgerliche höhere Lehranstalt entwickelte, damals allerdings mit einem altsprachlich-philologischen Kanon, der noch an die Bildungsziele Melanchthons erinnert.

Bis zu diesem Zeitpunkt verlor der religiös motivierte Prozeß der individuellen Selbstbefreiung durch Wissen und Wissenschaft das ursprüngliche

Ziel der Rechtfertigung vor Gott allmählich aus dem Auge. Wissen und Wissenschaft wurden um ihrer selbst willen betrieben, aber nicht nur. Vor allem im 19. und 20. Jahrhundert wurden die Wissenschaften zum Nutzen der jungen Nationalstaaten und zur Förderung der Ökonomie eingesetzt. Die Kolonien mußten verwaltet und kontrolliert werden und der weltweite Handel mußte Gewinn bringen. Dafür waren gut ausgebildete Menschen nötig. Nationen wie England oder Frankreich, die früh Kolonien besaßen und ein weltweites Netzwerk militärischer und wirtschaftlicher Macht entwickelten, hatten die besten Schulen. Der säkulare Bildungsprozeß mit seinen Bildungseliten hatte begonnen.

Und dieser Prozeß hatte um 1900 auch in Deutschland schon eine Beschleunigung erreicht, die eine Individualisierung jenseits der Freiheiten bewirkte, die noch das Christentum gewährt. Am augenfälligsten wurde dies an den schon erwähnten Bildungseliten der Kolonialstaaten. In ihren privaten oder öffentlichen Bildungsanstalten wurde Bildung nun auch zur Förderung des individuellen Selbstinteresses betrieben. Der Egoismus von einzelnen und Gruppen, der dabei gefördert wurde, reifte schließlich weltweit zu einer der größten Gefahren des Gemeinwohls heran.

Heute bewegt sich der Prozeß der Individualisierung durch Bildung bereits jenseits der Freiheiten, die ein Staat oder eine politische Gemeinschaft mit ihren Gesetzen und Rechten gewähren kann. Der Bildungsprozeß durch Wissenschaft ist ebenso international und grenzenlos wie die

Bildung, die über das Internet erworben werden kann. Wir können es uns kaum vorstellen, aber jedem Benutzer des Internets, der sich z. B. für Philosophie interessiert, stehen heute schon über 40tausend Titel zur Auswahl. Der vernünftige und leider auch der unvernünftige Bildungsprozeß sind mittlerweile jeder Art weltanschaulicher, politischer oder sozialer Kontrolle entzogen.

Wir müssen erkennen, daß der Bildungsprozeß heute nicht mehr von dem Wissen orientiert wird, was Menschen tun und lassen sollten, und natürlich auch nicht mehr von der Suche nach den geistigen und seelischen Kräften, die es möglich machen, dieser Orientierung zu folgen. Wenn wir uns heute für den Bildungsprozeß und seine Ziele interessieren, setzen wir keine religiösen Ziele voraus, die für eine Gemeinschaft insgesamt verbindlich wären. Wir setzen noch immer, wie schon Max Weber zu Beginn dieses Jahrhunderts, den wissenschaftlichen Fortschritt und die mit ihm einhergehende Entzauberung der Welt voraus.

Anders als Weber, der nur die positiven Seiten des Fortschritts sah und meinte, Wissenschaft vermittele Klarheit über die „letzten sinnhaften Konsequenzen“ des eigenen Wollens<sup>1</sup>, sind wir heute skeptisch.

Wir lehnen Wissenschaft nicht ab, sondern sehen neben den Segnungen auch die Probleme, die mit ihr in die Welt kamen. Wir glauben nicht mehr – wie Weber –, daß Wissenschaft die Persönlichkeit bilde, indem sie helfe, „sich selbst Rechenschaft zu geben über den letzten Sinn des eigenen Tuns“<sup>2</sup>.

Niemand würde irgendeiner Wissenschaft oder allen zusammen heute diese quasi-religiöse Aufgabe der Sinnstiftung zuschreiben. Wenn wir heute über den Bildungsprozeß nachdenken, tun wir dies nicht mehr unter den Prämissen der Säkularisierung, sondern nach dem Ende der Säkularisierung. Die Säkularisierung war die letzte Entzauberung und zwar keine Entzauberung der Natur wie sie durch die Naturwissenschaften bewirkt worden war, sondern eine Entzauberung der Gesellschaft. Ihr wurde die religiöse Sinn- und Zielsetzung der gemeinsamen Suche nach Heil im säkularen Staat endgültig genommen. Auch der Bildungsprozeß im säkularen Staat kann nicht mehr der Sinnstiftung – weder der individuellen noch der kollektiven – dienen, selbst wenn dieses religiös bestimmte Ziel noch in einigen Verfassungstexten zu finden ist.

Deswegen können und sollten wir über den Bildungsprozeß heute ohne verbindliche Zielsetzungen nachdenken, also ohne Ziele, die noch von Ferne an die Rechtfertigungslehre oder die Sinnstiftung durch Wissenschaft erinnern. Wir haben ein Niveau der Ziellosigkeit erreicht, das nicht mehr unterboten werden kann. Das einzig Positive daran ist, daß wir nun den individuellen Bildungsprozeß selbst als Ziel begreifen können.

### 3. Bildung durch Freiheit?

Deswegen ging ich zu Beginn davon aus, daß es zwischen den vielfältigen individuellen Gestalten der Bildung nur eine Familienähnlichkeit gebe, aber kein einziges gemeinsames Merkmal. Die reformatorische Devise 'Frei-

heit durch Bildung' steht nun endgültig auf dem Kopf und lautet nach der langsamen Verkehrung in ihr Gegenteil: Bildung durch Freiheit, durch eine Freiheit allerdings, die keine religiösen, keine weltanschaulichen, sondern nurmehr politische, rechtliche, letztlich aber wirtschaftliche Grenzen hat.

Es liegt nahe, darüber nachzudenken, welche Folgen diese Art Grenzen für den Bildungsprozeß hat. Einerseits ist die wirtschaftlich bestimmte oder eingegrenzte Freiheit weiter, offener, grenzenloser als jede andere. Und das ist positiv. Andererseits macht sie aber das Individuum, den homo oeconomicus, zum Zentrum und gleichzeitig zum Zielpunkt des Bildungsprozesses. Dies ist negativ, weil damit die Selbstdistanzierung aufgehoben wird, ohne die es keine wirkliche Selbstgestaltung geben kann. Wenn wir unsere Wünsche und Aspirationen nicht in kritische Distanz zu uns selbst bringen können, ist es schwer, zu ihnen 'nein' zu sagen. Wenn wir aber zu unseren Wünschen, nicht nur zu den verwerflichen, sondern auch zu den unerschwinglichen, nicht mehr nein sagen können, sind es die Wünsche und Aspirationen, die unser Selbst, unsere eigene Person ausmachen. Eine eigene Identität, die nur uns allein ausmacht und kennzeichnet, können wir unter solchen Bedingungen nicht gewinnen. Ein eigenes Selbst zu haben, eine eigenständige Persönlichkeit zu sein, ist eines der höchsten Güter, die wir in unserem Leben gewinnen können.

Das eigene Selbst hat einen Wert jenseits der eigenen Leistungskraft, jenseits des eigenen Wissens und

Könnens. Ein eigenes Selbst zu entwickeln ist ein Bildungsziel, dessen Wert aus der menschlichen Person und nicht aus etwas anderem stammt, vor allem nicht aus quantifizierbaren materiellen Leistungen.

In den Grenzen wirtschaftlicher Freiheit ist es schwieriger denn je, sich selbst im Prozeß der Bildung zu identifizieren, besser gesagt, sich eine eigene Identität in diesem Prozeß zu geben. Es erscheint uns widersinnig, ist aber die Wahrheit: Je größer der Spielraum der Selbstgestaltung, desto schwieriger ist es, sich eine eigene unverwechselbare Gestalt zu geben. Wir werden heute von der alten Einsicht eingeholt, die schon Luther gewonnen hatte, daß dasjenige Selbst, das sich allein auf den individuellen Erfolg und die bloße materielle und quantifizierbare Leistung gründet, äußerst brüchig und flüchtig ist. Dieses Selbst ist aus zwei Gründen so flüchtig, einmal, weil die Grenzen des Erfolgs und der eigenen Leistungskraft schnell erreicht sind; zum anderen, weil sehr viele andere dasselbe oder sogar mehr leisten. Wenn die eigene Begrenztheit nur ein kontingenter Nachteil ist, verdient sie keinen Respekt. Dann ist die menschliche Fehlbarkeit und Begrenztheit nur noch eine Entschuldigung, aber kein unabänderliches Wesensmerkmal des Menschen mehr.

#### 4. Selbstidentifikation und Selbstwert

Wenn wir uns heute eine eigene Identität geben wollen und wenn dies das Ziel des Bildungsprozesses ist, kommen wir nicht umhin, uns von uns

selbst distanzieren zu lernen. Das können wir aber nur, wenn wir gelernt haben, uns Grenzen zu setzen. Selbstbegrenzung und nicht Selbstentgrenzung muß ein Ziel des Bildungsprozesses sein. Selbstbegrenzung ist das Gegenteil von Entbindung und bedeutet Selbstbindung. Die Frage ist nur, wie die Fähigkeit dazu erworben oder gefördert werden kann. Es ist schließlich kein Geheimnis, daß in den westlichen Gesellschaften ein besonderer Mangel an Bindungsfähigkeit herrscht. Nicht nur die Scheidungsraten in den westlichen Ländern sind ein Indiz für diese Bindungsunfähigkeit. Wir müssen aber auch in diesem Punkt darauf achten, unser Augenmerk nicht auf die abstrakten, sondern auf die konkreten Bedeutungen von 'Bindungsfähigkeit' zu richten. Für Eheleute oder Lebenspartner bedeutet es etwas anderes als für einen Anwalt oder Politiker. Der treue Ehemann kann als Anwalt durchaus das Recht beugen. Die Bindung oder Selbstbegrenzung durch das geltende Recht ist eben eine andere als die Bindung durch Liebe oder Zuneigung. Treue zum Gesetz erfordert andere Kräfte als eheliche oder partnerschaftliche Treue. Das war schon immer so. Nur war es noch nie so schwer, sich durch Bindungen selbst Grenzen aufzuerlegen und sich an sie zu halten.

Wichtig ist, daß wir begreifen, daß der Bildungsprozeß, den wir heute benötigen, um eine eigene Identität zu erwerben, in eine Richtung gehen muß, die dem Wirtschaftsprozeß genau und diametral entgegengesetzt ist. Wenn die Beschleunigung der individuellen Leistungsfähigkeit durch den Selbstbindungs- und Selbstbil-

dungsprozeß nicht verlangsamt wird, überhitzt sie sich vollends. Dann haben am Ende auch das Leistungsdenken und die Leistungsbereitschaft ihren Sinn verloren.

Ich habe bisher das Wort 'Schule' nur im historischen Zusammenhang gebraucht. Tatsächlich ist die Schule im herkömmlichen Sinn nur noch eines unter vielen Mitteln, sich zu bilden. Es ist das einzige altersabhängige Mittel nach dem Kindergarten. Was nach der Schule kommt und was in der Schule gemacht werden sollte, wird in vielfachen Formen auf dem Bildungsmarkt angeboten. Die Schule hat längst ihr Monopol im Bildungsprozeß verloren. Sie wird zusehends zu einer Verwahranstalt für 7- bis 17-jährige. Dennoch stellt die Schule die entscheidenden Weichen dafür, ob jemand ein gebildeter Mensch wird. Sie ist die entscheidende Anstalt, in der das Wertebewußtsein der Menschen geprägt wird, der Ort, an dem sie überhaupt etwas von Werten in einem objektiven Sinn erfahren. Früher waren dafür Familie und Kirche zuständig. Sie sind es genau genommen immer noch, aber leider nur noch für zu wenige einzelne. Die Frage ist, wie die Schule ihren Vorteil, ihre Prerogative bei der Prägung des Wertebewußtseins nützt.

Wenn meine bisherigen Überlegungen stimmen, sollte sich die Schule darauf konzentrieren, die bestmögliche Hilfe bei der individuellen Selbstgestaltung zu geben. Sie sollte sich nicht auf die Prägung der Leistungskraft und der Leistungsbereitschaft konzentrieren, sondern auf die Vertiefung der Einsichts- und Urteilsfähigkeit, also nicht auf das Knowing-That,

sondern auf das Knowing-How. So wie Melanchthon in den alten Sprachen ein Mittel sah, zur Quelle christlichen Denkens vorzustoßen, um sich ein eigenes Urteil zu bilden, sollten heute Bildungsinhalte wie Sprachen, Kultur- und Naturwissenschaften Mittel sein, die Welt, die Geschichte, die Natur und die menschliche Gesellschaft zu verstehen, wenigstens besser zu verstehen. Die Orientierung in unserer Welt ist mit verwirrend gegensätzlichen Zielen möglich. Sie können egoistisch oder altruistisch, religiös oder materialistisch sein. Die Auswahl der Ziele wird eben nicht mehr vorweg besorgt. Jeder kann nicht nur selber wählen, sondern muß es auch, weil es niemand für ihn oder für sie tut. Die Massenmedien und der Freundeskreis sind häufig die einzigen Stützen und leider nicht immer verlässliche.

Die gute Prägung des Wertebewußtseins setzt heute unerhört anspruchsvolle Mittel voraus, Mittel, die die Urteilsfähigkeit und das Weltverstehen fördern. Es muß aber auch der Sinn, das Empfinden für die Welt, die Mitmenschen, die Natur und die Geschichte vermittelt werden, sonst hat die Urteilsfähigkeit in den Augen der Schüler und Jugendlichen keinen Wert. Und diese Prägung, die sowohl kognitiv als auch emotional ist, hat eine grundlegende Bedeutung. Denn gerade die emotionale Besetzung der guten Werte stellt die Verbindung zum eigenen Selbst her.

Erst wenn diese Verbindung hergestellt ist, gibt es eine Identifikation des eigenen Selbst mit der Welt und mit der Gesellschaft, die verstanden, beurteilt und akzeptiert wird.

Gebildet ist schließlich derjenige, der weiß, daß er erst verstehen und dann selbst beurteilen muß, der weiß, daß er nur urteilen kann, wenn er sich mit den Bedingungen und Prämissen seines Urteils identifiziert, der weiß, daß es nicht genügt, dies alles nur im stillen zu tun. Die Selbstidentifikation muß sichtbar und hörbar sein; sie muß sich zeigen und praktisch erweisen. Die Selbstbindung muß erkennbar und von anderen einschätzbar sein. Der Bildungsprozeß sollte uns für die anderen identifizierbar und begreifbar machen. Wir beklagen, daß die Bildungsgüter – Sprachen, Natur- und Kulturwissenschaften – oft für das Gegenteil der Selbstidentifikation benutzt werden. Menschen verbergen sich vor sich und anderen mit Hilfe der erlernten Kulturgüter und Kulturtechniken, statt sich mit ihnen einen eigenständigen Ausdruck zu geben.

Natürlich können wir die Welt der ökonomischen Freiheit nicht vergessen oder hintanstellen. Sie macht sich nachhaltig bemerkbar. Eigentlich ist die Wirtschaftswelt heute das, was früher die Natur war. Der Kampf ums Überleben ist heute kein bio-physischer, sondern ein ökonomischer. Die Techniken dazu müssen vermittelt werden, und sie werden vermittelt; sie haben einen ständig wachsenden Markt. Hochkulturen konnten sich erst entwickeln, als der Kampf ums bio-physische Überleben die Menschen nicht mehr beherrschte und sie sich einzeln und in Gesellschaften um die Gestaltung des Lebens kümmern konnten. Hochkulturen wird es nur geben, wenn der Kampf ums ökonomische Überleben die Kräfte zur individuellen Lebensgestaltung nicht völlig absorbiert. Es sieht so aus, als

würden diese Kräfte immer stärker ökonomisch gebunden. Deswegen sollte der Bildungsprozeß die nicht-ökonomischen Formen der Selbstgestaltung fördern. Es gibt sie alle noch. Sie stehen nur im Begriff, zu bloßen Leistungstechniken umgemünzt zu werden.

## 5. Humanität

Am Anfang dieses Jahrhunderts hatte Max Weber den Wissenschaften die entscheidende Rolle bei der Sinnstiftung des Lebens eingeräumt, eine Rolle, die davor allein die Religion hatte. Ich wies darauf hin, daß wir heute den Wissenschaften diese quasi-religiöse Rolle nicht mehr geben wollen. Wir müssen deswegen über die Bedeutung der Wissenschaften im Bildungsprozeß nachdenken. Im Wirtschaftsprozeß ist die Rolle der Wissenschaften klar. Das neu gewonnene Wissen muß möglichst rasch angewandt werden können. Die Halbwertszeit des Wissens sinkt nicht nur rapide, die Wissensmenge verdoppelt sich außerdem alle fünf Jahre. Das Wissensmanagement ist daher mindestens so wichtig wie die Wissensgewinnung. Was nützt schon das Wissen, das sich nicht ökonomisch gewinnbringend anwenden läßt. Dieses Wissen kann im Bildungsprozeß aber nicht nur aufgrund seiner Kurzlebigkeit keine Rolle spielen. Es ist vor allem nicht geeignet, den jungen Menschen ein klares und zuverlässiges Bild des Menschen, der Natur und der Welt insgesamt zu vermitteln. Deswegen kann das wissenschaftliche Wissen für die menschliche Bildung nicht mehr die Rolle spielen, die es früher hatte.

Nur noch der Prozeß der Wissensgewinnung in den Wissenschaften ist ein Ideal für den Bildungsprozeß. Das liegt einfach daran, daß die perfekte oder reinste Form der Selbstbildung die eigenständige, autonome und freie Bildung von Wissen durch wissenschaftliche Forschung ist. Mit wissenschaftlichen und geistigen Leistungen nähert sich der Mensch seinen Idealen der Vollkommenheit und der Freiheit. Die Frage ist aber, wie weit diese Ideale für den Bildungsprozeß heute tragen. In einer Zeit, in der immer weniger Menschen eine Aussicht auf Arbeit haben, in der auch der Prozeß der Wissensgewinnung von immer weniger Menschen mit immer perfekteren technischen Mitteln vollzogen wird, kann die wissenschaftliche Leistungskraft nicht mehr der vorrangige Maßstab der Bildung durch Selbstbildung sein.

Wenn wir Menschen den Wert unseres eigenen Selbst von unseren Leistungen und unserer Leistungskraft abhängig machen, müssen viele von uns schon früh und die anderen etwas später mehr oder weniger zwangsläufig scheitern. Die wirtschaftliche Selbstbehauptung hat eine Grenze in den Beschäftigungsverhältnissen, also in der Zahl der verfügbaren Jobs und sie hat eine Altersgrenze. Wenn allein die Leistungskraft den Wert des eigenen Selbst ausmacht, werden wir früher oder später wertlos. Welche Leiden und Übel mit diesem Wertverlust verbunden sind, zeigen die vielen Langzeitarbeitslosen, die Frührentner und die Menschen, die sich selbst nicht mehr respektieren, weil sie nicht mehr so viel leisten wie früher. Bildung sollte diese Menschen unabhängiger machen von Erfolg und

Leistung. Ihre Bildung sollte ihnen helfen, sich selbst in ihrem Mißerfolg und in ihrer Schwäche zu achten. Sie sollte außerdem ihre Kraft auch darin zum Ausdruck bringen, daß die Gebildeten alle diejenigen achten, die keinen Erfolg haben. Kurz gesagt, Bildung sollte auch seelisch und charakterlich bilden. Denn sonst sprechen wir vom eigenen Selbst nur als einer abstrakten Größe, deren Inhaltslosigkeit spätestens dann offenbar wird, wenn Krankheit oder Mißerfolg das Leben und die Selbstachtung schwer machen.

Es geht mir nicht darum, Bildung als Mittel zur Überwindung sozialer Probleme und als Kompensation von Arbeitslosigkeit zu empfehlen. Ein solches Mittel kann Bildung weder im einen noch im anderen Sinn sein; denn auch die Zahl der Jobs wird durch die Zahl der Gebildeten nicht gesteigert. Wenn Bildung weiterhin den Weg zur Selbstgestaltung weisen soll und der Wert des eigenen Selbst nicht primär von quantifizierbaren Leistungen bestimmt ist, dann muß Bildung auch die Fähigkeit der Menschen stärken, sich und andere zu achten und unabhängig von ihren Leistungen zu respektieren. Kardinal Newman nannte dieses Bildungsziel Humanität. Es ist in seinen Augen das Ziel von Bildung schlechthin. Humanität ist Achtung vor

- dem Menschen,
- dem eigenen Selbst und
- dem der anderen

unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Religion, Leistungen und Fähigkeiten. Der gebildete Mensch heute brilliert nicht so sehr mit seinen Kenntnissen,

sondern mit seinen humanen Fähigkeiten. Er macht seine Selbstachtung nicht primär von seinen Leistungen abhängig und respektiert den anderen als Menschen und nicht nur als Leistungsträger. Das Interesse am anderen ist übrigens der beste Indikator für die Achtung vor dem eigenen Selbst. Ich sprach am Anfang davon, daß es viele Arten von Gebildeten gibt und nannte eine Reihe von Berufen und Tätigkeiten, außerdem wies ich darauf hin, daß es nicht ein einziges Merkmal von Bildung gibt, das allen Gebildeten gemeinsam ist. Es gibt tatsächlich kein berufsbezogenes Merkmal von Bildung, das allen Gebildeten gemeinsam wäre. Es gibt aber einen Wert, den alle Gebildeten, jeder auf seine Weise und unabhängig von Beruf und Arbeit repräsentieren, die Humanität.

Wenn wir heute über eine Reform der Bildung nachdenken, sollten wir dem Vorrang der Humanität vor allen anderen Bildungszielen gerecht werden. Die kognitiven Bildungsziele, das wissenschaftliche und technische Wissen, das heute unverzichtbar ist, werden dadurch keineswegs relativiert, im Gegenteil. Diese Ziele erhalten erneut einen Wertbezug. Dies ist um so wichtiger, als das wissenschaftliche und das technische Wissen keinen Eigenwert haben, der unabhängig von ihrer jeweiligen Funktion wäre. Der gebildete Mensch weiß, daß dies so ist; und er oder sie wissen auch, daß sie an dem Platz, an dem sie stehen, das Beste aus sich mit ihren Fähigkeiten machen sollten, um ihrem eigenen Selbst gerecht zu werden.

Eine Reform der Bildung sollte aber auch der Tatsache gerecht werden,

daß das akademische Bildungsideal, Selbstbildung durch Wissenschaft, nicht mehr das Ideal der Bildung schlechthin sein kann. Wir haben viel zu lange mit diesem falschen Ideal gelebt und das Vorurteil gefördert, daß Bildung nur akademisch vermittelt werden kann. Die sozialen Folgen dieses Vorurteils kennen wir inzwischen.

Zu wenige Jugendliche können sich vorstellen, daß sie sich als Bäcker, Installateur oder Metzger achten könnten. Zu viele Eltern meinen, allein das Abitur sei das Tor zur Bildung. Je länger dieser Irrtum wirkt, desto wahrscheinlicher wird es, daß eher ein Kamel durch ein Nadelöhr geht als ein Gebildeter durch das Abitur.

### Anmerkungen

<sup>1</sup> M. Weber, Wissenschaftslehre, 607.

<sup>2</sup> A.a.o., 608.

# Zwischen Deutschlandforschung und Völkerrecht – dem Politikwissenschaftler Jens Hacker zu seinem 65. Geburtstag und seiner Emeritierung

**Tanja Wagensohn**

Ein Wissenschaftler, der sich nicht in den Elfenbeinturm zurückzieht, sondern in stetem und lebendigem Kontakt mit anderen Forschern, Politikern und Publizisten im In- und Ausland steht: Professor Dr. Jens Hacker, einer der führenden Vertreter der politik- und rechtswissenschaftlichen Deutschlandforschung, wurde zum Ende des Sommersemesters emeritiert. Seit 1982 hatte er Politikwissenschaft unter besonderer Berücksichtigung der Internationalen Politik an der Universität Regensburg gelehrt. Seine wissenschaftlich-kritische Kommentierung der Deutschlandpolitik und der internationalen Beziehungen reiht sich zusammen mit seiner Tätigkeit in der Osteuropa-Forschung zu einem beeindruckenden wissenschaftlichen Gesamtwerk. Dessen besonderes Charakteristikum ist die kontinuierliche Zusammenschau von Politik und Recht. Mehr als 160 Aufsätze und Beiträge in Sammelwerken, sechs Monographien und fünf Bände, bei denen er als Mitver-

fasser mitwirkte, lieferten „eine wissenschaftliche Perspektive, an der auch diejenigen nicht vorbeigehen konnten, die im übrigen nur wenig mit Jens Hacker gemeinsam hatten. Ein höheres Lob ist für eine vergleichbare Situation kaum zu spenden.“ Dieser Auffassung des Saarbrücker Völkerrechtlers Wilfried Fiedler über Jens Hackers Beitrag zur deutschen Politikforschung ist kaum etwas hinzuzufügen.

Jens Hackers wissenschaftliches Wirken reicht weit über die deutschen Grenzen hinaus. Als Mitglied der amerikanischen German Studies Association und der britischen Association for the Study of German Politics repräsentiert Hacker die bundesdeutsche Deutschlandforschung in der angloamerikanischen Wissenschaft – und half, sie in der Bundesrepublik zu institutionalisieren: 1978 gehörte er zu den Mitbegründern der Gesellschaft für Deutschlandforschung, 1992 bis 1994 übernahm er deren Vorsitz.

Von 1986 bis 1994 wirkte der Politikwissenschaftler als Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der Bundeszentrale für politische Bildung. In der Politik kennt man ihn als kompetenten wissenschaftlichen Berater: Seit vielen Jahren ist er Mitglied im Außenpolitischen Arbeitskreis der CSU.

Studierende und Kollegen in und außerhalb Regensburgs schätzen neben dem Wissenschaftler den Menschen Jens Hacker, weil er Menschlichkeit, Zuverlässigkeit und Hilfsbereitschaft mit fachlicher Kompetenz verbindet. In einer Zeit, in der an den deutschen Hochschulen der Faktor Zeit zu einer oft alles entscheidenden Kategorie geworden ist, gehörte er zu den wenigen, die sich auch außerhalb von Sprechstunden Zeit nahmen und zuhörten. Kein Hochschullehrer, mit dem der Dialog am letzten Prüfungstag endete. Hacker hat viele Studierende auf den beruflichen Weg gebracht.

Vom hohen Norden Deutschlands zog der 1933 in Kiel geborene Wissenschaftler in den tiefen Süden: Sein Studium der Rechtswissenschaft, Politikwissenschaft und Geschichte begann Jens Hacker in München. Die Landeshauptstadt ließ Bayern für ihn zur zweiten Heimat werden. Die nächsten Stationen waren die Universitäten zu Kiel und Köln, wo er von 1965 bis 1982 als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am dortigen Institut für Ostrecht tätig war. Im Jahr 1972 promovierte Hacker am Rechtswissenschaftlichen Institut bei Boris Meissner über den „Rechtsstatus Deutschlands aus der Sicht der DDR“ zum Dr. jur.. An der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät folgte

1981 die Habilitation im Fach Politische Wissenschaft mit einer über 1000seitigen Studie über Entstehung, Entwicklung und Struktur des Ostblocks, die in der Zukunft der Ostwissenschaftler längst ein Klassiker geworden ist.

1982 kehrte Jens Hacker nach Bayern zurück und begann seine Lehrtätigkeit an der Universität Regensburg. Seit November 1984 wirkte er dort als Professor für Politikwissenschaft. Er lehrte internationale Politik, deutsche Außenpolitik, Vergleich politischer Systeme und deutsche Verfassungsgeschichte. Zu den Schwerpunkten seiner Forschungstätigkeit gehören Deutschlandpolitik und Internationale Politik, die Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland und die Verbindung von Völkerrecht und Internationaler Politik.

Seine Spezialgebiete hat er in Vorlesungen, Seminaren und Kolloquien, aber auch als Diskussionsteilnehmer, Tagungsreferent und Herausgeber immer wieder mit rechtswissenschaftlichen und völkerrechtlichen Fragestellungen verknüpft. Gleichzeitig hat der Politikwissenschaftler und Völkerrechtler nie versäumt, seine Forschungsergebnisse der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Seine Publikationen erregten häufig nicht nur die Aufmerksamkeit der Fachwelt, sondern auch der politisch interessierten außeruniversitären Öffentlichkeit – etwa die seit 1992 in mehreren Auflagen erschienene Studie „Deutsche Irrtümer“, die die politische und wissenschaftliche Diskussion der Deutschlandfrage in den 70er und 80er Jahren beleuchtet. Der Wissenschaftler ging darin unter anderem

der Frage nach, welche Positionen die Parteien, gesellschaftlichen Organisationen, die Publizistik und verschiedene wissenschaftliche Disziplinen in der Frage der deutschen Wiedervereinigung einnahmen.

An der Festschrift zum 65. Geburtstag von Jens Hacker, die den Titel „Wandel durch Beständigkeit. Studien zur deutschen und internationalen Politik“ trägt, haben viele bekannte Autoren mitgewirkt. Bundesminister Theo Waigel hat ihr einen Prolog über Deutsch-

lands neue internationale Rolle vorangestellt; unter den Namen zahlreicher renommierter Wissenschaftler aus dem In- und Ausland finden sich die von Wjatscheslaw Daschtschew, Siegfried Mampel, Michael Wolffsohn, Eckhard Jesse oder Guido Knopp. Sie alle haben den Wissenschaftler Jens Hacker als Persönlichkeit kennengelernt, von dem eine Vielzahl bedeutender wissenschaftlicher Impulse ausgegangen ist und weiter ausgehen wird.

Der Elfenbeinturm kann warten.

# Muß die Bonner Deutschland-Politik seit Herbst 1969 nach der Öffnung der DDR- und SED-Archive neu geschrieben werden?

**Jens Hacker**

## 1. Einleitung

Hinterher ist man immer schlauer. Diese alte Lebensweisheit ist richtig, vermag aber nicht die zentrale Frage zu beantworten, warum der Westen, nicht nur die Bundesrepublik Deutschland, von der Zeitenwende 1989 so überrascht worden ist. Die gewaltlose Revolution im Herbst 1989 in der DDR, dem „ersten“ und wohl letzten „Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden“, die zum Zusammenbruch der SED und dann des Staates selbst geführt hat, ist in der deutschen Geschichte ohne Beispiel. Bezieht man die unter unterschiedlichen Bedingungen vollzogenen Umwälzungen in den anderen Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes ein, dann ist das Jahr 1989 als „das Wunderjahr der europäischen Nachkriegszeit“ (George Schöpflin) einzustufen. Ehe die Frage beantwortet werden kann, ob die Prüfung der DDR- und

SED-Archive eine totale oder zumindest partielle Neuinterpretation des „Deutschland“-Bildes notwendig macht, wie es sich bis 1989/90 dem kritischen, parteipolitisch nicht fixierten Analytiker dargestellt hat, stellt sich die Frage nach der Quellen-Hierarchie und Analyse-Ebene.

## 2. Die Problematik der Quellen-Hierarchie

Die bisher vorgelegten Dokumentationen über die Bonner Deutschland-Politik in den siebziger und achtziger Jahren sind unter zwei Aspekten zu betrachten:

- Ob und inwieweit haben neben den DDR- und SED-Archiven sowie den nun zugänglichen deutschlandpolitisch relevanten Akten des Bundeskanzleramtes in der Ära Kohl, die Karl-Rudolf Korte in seiner umfang-

reichen, soeben erschienenen Habilitationsschrift „Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft – Regierungsstil und Entscheidungen 1982 – 1989“ ausgewertet hat, die Erinnerungen maßgeblicher Staatsmänner und Politiker das „Deutschland“-Bild, wie es bis zur „Wende“ bestanden hat, verändert oder zumindest tangiert? Anders ausgedrückt: Welche Auswirkungen haben die neuen Quellen auf die Einschätzung der offiziellen Deutschland-Politik in den beiden Jahrzehnten vor dem Herbst 1989?

- Sind zwischen der offiziell verkündeten Deutschland-Politik unter den Bundeskanzlern Brandt, Schmidt und Kohl und den inzwischen dokumentarisch aufgeklärten Hintergründen solche Diskrepanzen auszumachen, daß die bisher übliche Quellen-Hierarchie und Analyse-Ebene ins Wanken geraten sind oder zu geraten drohen? Ist es also noch statthaft, sich zunächst an den offiziell verkündeten Verlautbarungen zu orientieren?

Für mich war nie zweifelhaft, mich bei der Prüfung deutschlandpolitischer Vorgänge zuerst an die offiziellen und programmatischen Aussagen der Bundesregierung zu halten. Das waren die Regierungserklärungen des Bundeskanzlers und von 1949 bis 1969 des Ministers für gesamtdeutsche Fragen sowie ihrer engsten Mitarbeiter mit offiziellen Funktionen. Mit dem Amtsantritt der SPD/FDP-Bundesregierung im Herbst 1969 übernahm das Bundeskanzleramt die konzeptionelle Verantwortung für die Deutschland-Politik, während das dafür zuständige Ministerium, das von nun an Bundesministerium für inner-

deutsche Beziehungen hieß, weitgehend, wenn auch nicht ausschließlich auf humanitäre Aufgaben und darauf beschränkt wurde, die DDR- und spätere vergleichende Deutschland-Forschung zu verwalten und zu subventionieren.

In der Ära Kohl war es ähnlich. Nur Rainer Barzel, der ab Herbst 1982 für ein halbes Jahr das Ministerium leitete, hatte zunächst beim Amtsantritt versucht, die Kompetenzen seines Ressorts zu Lasten des Kanzleramtes auszuweiten. Doch war dazu Bundeskanzler Kohl nicht bereit, indem Philipp Jenninger, bis 1984 Staatsminister im Bundeskanzleramt, nicht jedoch das Ministerium für innerdeutsche Beziehungen „die zentrale Anlaufstelle“<sup>1</sup> bildete. Barzels Nachfolger, Heinrich Windelen, war von Anfang an einsichtig genug, nicht an Barzels Ambitionen anzuknüpfen. Sein Versuch, das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen in „Bundesministerium für deutschlandpolitische Aufgaben“ umzubenennen, blieb erfolglos, da ihm Wolfgang Schäuble, von 1981 bis 1984 Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, „enge Handlungsmargen“<sup>2</sup> setzte.

Dorothee Wilms, „aus Proporzgesichtspunkten nach den Bundestagswahlen 1987 überraschenderweise bis zur Auflösung des Ministeriums am 18. Januar 1991 Chefin des Hauses“, konnte den von Schäuble definierten Spielraum nicht ausweiten. So wurde das Bundesministerium in seiner politischen Funktion immer unbedeutender. Spätestens im Prozeß der Wiedervereinigung Deutschlands konnte sich jedermann davon überzeugen:

Nicht das Innerdeutsche Ministerium agierte, sondern Schäuble – in sehr enger Abstimmung mit dem Bundeskanzler – monopolisierte als Bundesinnenminister, bis auf den Bereich der außenpolitischen Aspekte, alle Politikfelder des Vereinigungsprozesses“.<sup>3</sup>

Auch wenn man schon vor der zu früh erfolgten Auflösung des Innerdeutschen Ministeriums wußte, daß Bundeskanzler Kohl ihm nur eine geringe Bedeutung zumaß, wird dieses Faktum nun anhand der Unterlagen des Bundeskanzleramtes voll bestätigt. Darüber kann auch die Tatsache nicht hinwegtäuschen, daß alle Inhaber dieses Ministeriums seit Herbst 1969 – Franke, Barzel, Windelen und Wilms – sowie Otfried Hennig, seit Oktober 1982 Parlamentarischer Staatssekretär, ihre zahlreichen Reden, teilweise auch im Ausland, stets schnell in schmalen Broschüren zu publizieren wußten. Das Bundespresseamt machte es möglich.

Korte verdanken wir den Nachweis, daß Bundeskanzler Kohl dem „Bericht zur Lage der Nation“ den subtilen Zusatz „im geteilten Deutschland“ persönlich wieder einsetzte und damit „ein Zeichen für das politische Gewicht des Wiedervereinigungsgebots des Grundgesetzes“<sup>4</sup> setzen wollte. Seine Vorgänger Brandt und Schmidt hatten – mit Rücksicht auf die DDR – alljährlich nur einen „Bericht zur Lage der Nation“ vor dem Bundestag vorgetragen und den Hinweis auf das geteilte oder gespaltene Deutschland – so lautete der Auftrag – weggelassen.

Mit vielen interessanten, bisher nicht bekannten Informationen über das Gesamtdeutsche und Innerdeutsche

Ministerium wartet Kurt Plück aus eigener Erfahrung in seiner Studie „Der schwarz-rot-goldene Faden – Vier Jahrzehnte erlebter Deutschland-Politik“ (Bonn 1996) auf.<sup>5</sup>

Auf der Analyse-Ebene folgen sodann die veröffentlichten Stellungnahmen kompetenter Deutschland-Politiker der Parteien. Dabei war und ist darauf zu achten, welche Funktionen sie jeweils ausübten. Auch wenn man den Stellenwert von Programmen der Parteien in der Regel gering einschätzt, gelangt man beim Studium der Deutschland-Frage zu dem überraschenden Ergebnis, daß die Diskussion über die Formulierung der „Deutschland“ betreffenden Passagen in den Programmen, Leitlinien, Leitsätzen oder anderen programmatischen Aussagen viel Aufschluß zu geben vermag. Das trifft in besonderem Maße für die CDU und SPD, aber auch für die CSU, weniger für die FDP zu.<sup>6</sup> In den achtziger Jahren entwickelten auch die Ministerpräsidenten der von der SPD regierten Bundesländer beachtlichen Ehrgeiz im innerdeutschen Dialog.

Eine wichtige Rolle bei der Darstellung und Interpretation der offiziellen Deutschland-Politik vor der Zeitenwende haben die Medien, vor allem die begleitende Publizistik gespielt. In meiner Quellen-Hierarchie folgen erst jetzt die nach der Überwindung der staatlichen Teilung Deutschlands zugänglichen DDR- und SED-Archive sowie die Darlegungen der damals an den deutschlandpolitischen Entscheidungen beteiligten Politiker. Die gelegentlich anzutreffende ausschließliche Fixierung auf die Aussagen dieser Dokumente und inzwischen publizierten

Erinnerungen und Begründungen der in den siebziger Jahren und danach Deutschland-Politik treibenden Repräsentanten ist nicht nur unwissenschaftlich, sondern auch politisch insoweit nicht vertretbar, als sie im nachhinein dazu neigen, Positionen vorzugeben, die die vor der „Wende“ eingenommenen relativieren und möglicherweise frühere Irrtümer und Fehleinschätzungen rechtfertigen sollen.

Trotz der vorliegenden Dokumentationen und Kommentierungen der innerdeutschen Beziehungen vom Herbst 1969 bis 1989/90 kann von einem vollständigen Bild noch keine Rede sein. Einmal sind die in den DDR- und SED-Archiven lagernden Materialien noch nicht vollständig ausgewertet, zum anderen sind die Bonner Akten aus der Regierungszeit der Bundeskanzler Brandt und Schmidt der interessierten Öffentlichkeit bisher nicht zugänglich gemacht worden. Damit teile ich nicht die Auffassung Helmut Schmidts, der große Zweifel an der Richtigkeit und Zuverlässigkeit der Ost-Berliner Verhandlungsnotizen hegt. So hat er die Bundesregierung aufgefordert, die amtlichen Akten aus seiner Regierungszeit für die Nutzung freizugeben.<sup>7</sup>

Bisher liegen keine Hinweise dafür vor, daß die Ost-Berliner Wortprotokolle über innerdeutsche Verhandlungen und Gespräche manipuliert, unzulässig verkürzt wiedergegeben oder gar verfälscht worden sind. Es besteht keine Veranlassung, die Authentizität der DDR- und SED-Dokumente in Frage zu stellen. Welchen Zweck sollten sinnentstellende oder gar verfälschende Niederschriften gehabt haben?

Das wäre für einen totalitär verfaßten Staat, wie man nach dem Kollaps der DDR und in Übereinstimmung mit den Materialien der Enquête-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ die DDR wieder bezeichnen darf, höchst ungewöhnlich.

Die von Heinrich Potthoff in seiner Dokumentation „Die 'Koalition der Vernunft'“ ausgewerteten „zur vergleichenden Betrachtung geeigneten west-ost-symmetrischen Aufzeichnungen über Unterredungen des SED-Chefs mit Hans-Jochen Vogel, Wolfgang Mischnick, Otto Graf Lambsdorff, Eberhard Diepgen, Alfred Dregger oder Johannes Rau ... reichen aus, um zu erkennen, daß die Niederschriften, die auf DDR-Seite Staatssekretär Frank Joachim Herrmann oder der Abteilungsleiter im Außenministerium Karl Seidel angefertigt haben, zutreffend die Gesprächsinhalte festhielten“.<sup>8</sup> Zu diesem Resultat gelangt auch Herausgeber Potthoff selbst:

„Diese Gesprächsaufzeichnungen sind eine Quelle von Rang. In ihrer Ausführlichkeit und Genauigkeit sind sie ein Zeugnis für eine Beamten- und Funktionärskorrektheit, die bei Seidel fast preußische Züge aufwies, und für eine Manie des obersten Herrschers, über umfassendes schriftlich fixiertes Material zu verfügen ...“<sup>9</sup>

Helmut Schmidts Zweifel an der Richtigkeit und Zuverlässigkeit der Ost-Berliner Gesprächsnotizen vermögen auch insoweit nicht zu überzeugen, als Karl Seidel in einem Interview für das Fernsehmagazin „Kontraste“ vom 20. Januar 1994 den Charakter und

Inhalt der von ihm gefertigten Gesprächsvermerke dahingehend kommentiert hat, sie seien „keineswegs verfälscht worden, das hätte ja gar keinen Sinn gehabt. Das waren ... Arbeitsniederschriften, also wem hätte das nützen sollen, wenn man irgendwas geschönt hätte. Es ging darum, daß man damit arbeiten konnte. ... Ich habe sie dann an Honecker weitergegeben. Was er damit gemacht hat, weiß ich nicht ...“<sup>10</sup>

Von der Authentizität der seitens der DDR und SED vorliegenden Wortprotokolle zeugen nicht nur die Recherchen Heinrich Potthoffs, Jochen Staadt u. a., sondern auch vergleichende Studien Karl-Rudolf Kortes. Natürlich kann man darüber streiten, ob es zulässig und opportun ist, vor Ablauf des 30jährigen Persönlichkeitsschutzes die Bonner Archive zu öffnen. Im Gegensatz zum „ZEIT“-Mitherausgeber Helmut Schmidt plädiert der Bonner politische „ZEIT“-Redakteur Gunter Hofmann vehement gegen diesen Vorschlag: „Die Dreißig-Jahre-Regelung schützt den Raum der Politik, wo vertrauensvoll verhandelt werden kann, gerade damit sie sich nicht ins Geheimdiplomatische, Vor-demokratische zurückzieht.“

Es wäre nur schwer zu verstehen, wenn Bundeskanzler Kohl die Archive lediglich „für einen sorgsam ausgewählten Kreis von Wissenschaftlern geöffnet und danach sofort wieder verschlossen“ habe: „Politik wird damit privatisiert. Archive auf, Archive zu, alles nach dem Willen des Herrn. Wenn es noch ein gemeinsames Verständnis für intakte Institutionen, ihre Spielregeln und Gesetze gäbe, müßte man von einem Skandal sprechen.“<sup>11</sup>

In der Tat wäre es nicht nur politisch unvertretbar, sondern auch nicht nachvollziehbar, wenn Bundeskanzler Kohl nur ihm politisch genehmen Wissenschaftlern Einblick in die Korrespondenz, Protokolle und andere Vermerke über die von ihm geführten Gespräche und Verhandlungen mit der DDR- und SED-Spitze und den Staatsmännern der drei Westmächte und der UdSSR gewährte. Ein solches Vorgehen wäre auch nicht mit dem Hinweis zu rechtfertigen, daß der SPD-Historiker Potthoff die bisher maßgeblichen bundesdeutschen Dokumentationen über die Bonner Deutschland-Politik der Bundeskanzler Brandt, Schmidt und Kohl zusammengestellt und dabei seinen politischen Standort nicht verhehlt hat.<sup>12</sup> So verdienstvoll Andreas Vogtmeiers gleichfalls umfangreiche Studie über „Egon Bahr und die deutsche Frage“<sup>13</sup> auch ist, zumal ihm das Privatarchiv Bahrs zur Verfügung stand, war er fortwährend bemüht, Bahrs in immer neuen Varianten vorgetragene Thesen zu relativieren, die staatliche Teilung Deutschlands nicht nur zu stabilisieren, sondern auch zu zementieren. Besser wäre es gewesen, wenn von Anfang an die deutschlandpolitischen Vorstellungen der führenden Bonner Repräsentanten nicht von Parteigängern mit wissenschaftlichem Anspruch analysiert und interpretiert worden wären.

Einen weiteren und wichtigen Aspekt der Bonner Deutschland-Politik gilt es im Auge zu behalten: Nicht nur in den siebziger, sondern auch und erst recht im Verlauf der achtziger Jahre kann sie nicht ohne Berücksichtigung der Beziehungen zwischen Ost-Berlin und Moskau betrachtet werden. Dazu

liefern die von Daniel Küchenmeister herausgegebene Dokumentation „Honecker – Gorbatschow: Vieraugengespräche“ (Berlin 1993) sowie Erich Honeckers „Moabiter Notizen – Letztes schriftliches Zeugnis und Gesprächsprotokolle vom BRD-Besuch 1987 aus dem persönlichen Besitz Erich Honeckers“ (Berlin 1994) und die „Persönliche Erklärung von Erich Honecker vor dem Berliner Landgericht am 3. Dezember 1992“ wichtige Hinweise. Sehr instruktiv, ausführlich und teilweise persönlich informiert Michail Gorbatschow über die Beziehungen des Kreml zur DDR- und SED-Führung in seinen „Erinnerungen“ (München 1995). Er, seit dem 11. März 1985 amtierender KPdSU-Chef, hat erstmals der Bundesrepublik Deutschland neben der DDR eine gleichgewichtige Position zugewiesen und das Beziehungsgeflecht zum „Dreieck Bonn – Ost-Berlin – Moskau“ entwickelt. Er verdeutlicht darüber hinaus, wie schwierig der Umgang mit Staats- und Parteichef Honecker und der übrigen Führungsspitze der DDR und SED für ihn war.<sup>14</sup>

Hier sei abschließend noch auf eine politische und wissenschaftliche Fundgrube für alle Aspekte der Deutschland-Frage hingewiesen: die schon erwähnten Materialien der Enquête-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, neun Bände in 18 Teilbänden (Baden-Baden 1995).

Mit Recht spricht Bundestags-Präsidentin Süssmuth in ihrem Geleitwort von einem „in seiner Fülle und Vielfalt einzigartigen Zeugnis der Vergewisserung gerade eben erlebter Vergangenheit“.<sup>15</sup> Darin kommen insge-

samt mehrere hundert Zeitzeugen und Sachverständige zu Wort.

### 3. Einzelaspekte

Überblickt man die seit dem Fall der Mauer am 9. November 1989 und der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands am 3. Oktober 1990 in Politik, Wissenschaft und Publizistik unter Heranziehung der inzwischen ausgewerteten Archive geführte Diskussion, dann schälen sich vor allem fünf Fragenkomplexe heraus:

- Hat man das in der Präambel des Grundgesetzes verankerte Wiedervereinigungsgebot, das vom Bundesverfassungsgericht zum Währungsgebot erweitert worden ist und damit eine nationalstaatliche Lösung der „deutschen Frage“ zu gering geachtet? War man sich immer bewußt, daß es in Art. 7 des am 5. Mai 1955 in Kraft getretenen Deutschland-Vertrags hieß: „Bis zum Abschluß der friedensvertraglichen Regelung werden die Unterzeichner-Staaten zusammenwirken, um mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen: Ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik, besitzt und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist.“
- Beruhen manche Fehleinschätzungen nicht darauf, daß man den deutschlandpolitischen Spielraum Ost-Berlins über- und den Grad der Abhängigkeit der DDR von der Schutz- und Ordnungsmacht UdSSR unterschätzt hat?

- Nach der Öffnung der DDR- und SED-Archive sehen sich die politischen Parteien in den alten Bundesländern in starkem Maße mit der Frage konfrontiert, ob sie im Rahmen der innerdeutschen „Dialog“-Politik den nötigen und richtigen Abstand zu dem in Ost-Berlin diktatorisch agierenden SED-Regime bis zur „Wende“ im Herbst 1989 gewahrt haben. Das noch nicht bewältigte „Aktengebirge“ (Rainer Eppelmann) trägt noch für lange Zeit dazu bei, daß sich nicht nur die Führungen der Parteien, sondern auch wichtiger gesellschaftlicher Organisationen – vor allem der evangelischen Kirche und des Deutschen Gewerkschaftsbundes – mit der eigenen Rolle in der deutsch-deutschen Vergangenheit auseinandersetzen und langfristig eine bisher verweigerte, breit und pluralistisch angelegte Diskussion konzidieren müssen.
- Lief das von Egon Bahr entwickelte Konzept „Wandel durch Annäherung“ auf eine „Liberalisierung durch Stabilisierung“ und in der weiteren Konsequenz auf eine „Stabilisierung ohne Liberalisierung“ hinaus, wie Timothy Garton Ash in seiner materialreichen Studie „Im Namen Europas – Deutschland und der geteilte Kontinent“ meint?
- Eng verknüpft ist damit die weitere Frage: Die Beziehungen zwischen Bonn und Ost-Berlin dürfen bis 1989/90 nicht isoliert betrachtet, sondern müssen in den Rahmen der internationalen Politik, der politischen „Großwetterlage“ eingeordnet werden: Inwieweit hat die Ostpolitik der westlichen Welt, also nicht nur der Bundesrepublik Deutschland, zum „Relativismus

der Systeme“, zur Einebnung oder zumindest zur Bagatellisierung der fundamentalen Unterschiede zwischen den demokratischen Verfassungsstaaten des Westens und den diktatorisch regierten Staaten des Ostblocks beigetragen oder ihm zumindest Vorschub geleistet?

### 3.1 Zur Wiedervereinigungs-Problematik

Die bis heute nicht abgeschlossene Diskussion über die Frage, warum viele prominente deutsche Politiker vornehmlich sozialdemokratischer Provenienz, ein guter Teil der Zeithistoriker und Politikwissenschaftler sowie der Publizistik die Endgültigkeit der Teilung Deutschlands als eine zwingende und einzig vernünftig erscheinende Grundbedingung der Bonner Politik und ihrer wissenschaftlichen Analyse vorausgesetzt haben, kann hier nicht rekapituliert werden.

Einen wichtigen Beitrag dazu hat Sören Roos in seiner zeitgeschichtlichen Bonner Dissertation „Das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes in der deutschen Kritik zwischen 1982 und 1989“ geliefert. Darin möchte er die Frage beantworten, „wie der immer wieder unternommene Versuch in Politik und öffentlicher Meinung begründet wurde, dem Sinnlosen Sinn zu geben, die Illusion für wahr zu erklären und die Teilung Europas und Deutschlands als Bedingung für Sicherheit und Frieden zu rechtfertigen“.<sup>16</sup>

Roos ist zu attestieren, daß er alle wesentlichen Argumente der Teilungsapologeten geprüft hat, zu denen

neben friedens- und sicherheitspolitischen der „Mitteleuropa“-Aspekt gehört. Anschließend analysiert er das „geschichtspolitische“ Argument, wobei er die These jener Autoren hinterfragt, die die Teilung Deutschlands „in einer moralischen Argumentation als das Verdikt der Geschichte zur Sühne angesehen“ haben, „das angesichts der deutschen Verbrechen in der Zeit des Nationalsozialismus irreversibel sei“.<sup>17</sup>

Roos Studie ergänzt, ersetzt aber nicht die grundlegenden, zuvor erschienenen Arbeiten zum Thema wie Tilman Mayers „Prinzip Nation“ (Opladen 1986), der darin u. a. minuziös die Vertreter mehrerer wissenschaftlicher Disziplinen zusammengestellt hat, die mehr oder weniger eindeutig erklärt hatten, sie sähen den westdeutschen Staat als eine Nation an. Mayer hält ihnen die „moralische Fragwürdigkeit“ entgegen, die Deutschen in der DDR sich selbst überlassen zu haben.<sup>18</sup>

Seltsam ist, daß die meisten Politiker, Wissenschaftler – vor allem Historiker und Politologen – und Publizisten, die den Fortbestand der Teilung Deutschlands aus unterschiedlichen Gründen heraus für notwendig, richtig oder gar gerecht gehalten haben, seit der „Wende“ nicht geneigt waren, ihre Irrtümer einzugestehen.

Der Mehrzahl der Staats- und Völkerrechtler fiel es sehr viel leichter, der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts mit dem Diktum aus dem Grundlagenvertrags-Urteil vom 31. Juli 1973 „Die Wiedervereinigung ist ein verfassungsrechtliches Gebot“ zu folgen.<sup>19</sup>

Das höchste deutsche Gericht hatte im Gegensatz zu zahlreichen Politikern, Wissenschaftlern und Publizisten keine Probleme mit der Formel „Wiedervereinigung“, die ihrer Ansicht nach zu sehr mit dem Bismarck-Reich assoziiert würde oder sich territorial auf „Deutschland in den Grenzen von 1937“ beziehe. Zutreffend hat Helmut Berschin in seiner 1990 verfaßten Analyse „Quo vadis, Wiedervereinigung? Wege eines Wortes“ betont, richtig sei diese Wortkasuistik nicht, weder sprachlich noch rechtlich: „Sprachlich steckt in einem vereinigten Deutschland ebensowenig eine Gebietsangabe wie in einem wiedervereinigten. Völkerrechtlich besteht zwischen 'Wiedervereinigung' und den 'Grenzen von 1937' kein zwingender Zusammenhang – ansonsten hätten die alliierten Siegermächte ... ihr deutschlandpolitisches Ziel früher wohl nicht als Wiedervereinigung bezeichnet. Eine 'Wiedervereinigung in den Grenzen von 1989' ist also möglich.“<sup>20</sup>

### 3.2 Das Verhältnis zwischen der UdSSR und der DDR

Auf viele DDR-Zeithistoriker wirkte es „wie ein Schock“<sup>21</sup> nun aus den geöffneten Archiven und Erinnerungen hochrangiger Partei-Funktionäre das ganze Ausmaß der Abhängigkeit der DDR von der Sowjetunion zu erfahren. Doch war in dem am 7. Oktober 1975 zwischen der UdSSR und der DDR erneuerten Bündnisvertrag die Bestandsgarantie der DDR durch die UdSSR völkerrechtlich verbindlich festgeschrieben: „Die Deutsche Demokratische Republik ist für immer und unwiderruflich mit der UdSSR

verbündet. Das enge und brüderliche Bündnis mit ihr garantiert dem Volk der DDR das weitere Voranschreiten auf dem Wege des Sozialismus und des Friedens“. Zutreffend hat der Berliner Historiker Stefan Wolle bemerkt, „die Existenz der DDR war an den politischen Willen der sowjetischen Führungsmacht gebunden, ihre imperiale Einflußsphäre im strategischen Vorfeld des Landes zu erhalten. Die Macht der SED ruhte in letzter Konsequenz auf sowjetischen Bajonetten. Dies haben westliche Beobachter gelegentlich vergessen ...“<sup>22</sup>

Das Verhältnis zwischen der UdSSR und der DDR hat Leonid Breschnew in einer Unterredung mit Erich Honecker am 28. Juli 1970 auf den Punkt gebracht: „Erich, ich sage Dir offen, vergiß das nie: die DDR kann ohne uns, ohne die Sowjetunion, ihre Macht und Stärke – nicht existieren. Ohne uns gibt es keine DDR.“<sup>23</sup> Staats- und Parteichef Honecker hat diese für die DDR vernichtende Aussage in seinen „Moabiter Notizen“ wiederholt. Und Pjotr Abrassimov, der langjährige „regierende Botschafter“ der Sowjetunion in der DDR, sprach 1992 in der „Iswestija“ von der DDR wie von einem Kunstprodukt der UdSSR: „Streng genommen kann man die DDR mit einem Homunkulus vergleichen, der in der sowjetischen Retorte aufgezogen wurde.“<sup>24</sup>

Festzuhalten gilt, daß – im Gegensatz zu einem guten Teil der politikwissenschaftlichen DDR-Forschung – die meisten bundesdeutschen DDR-Rechtswissenschaftler das Abhängigkeitsverhältnis der DDR von der UdSSR richtig einzuschätzen und zu klassifizieren wußten. Sie haben immer

wieder gefragt, mit welchen Begriffen es am besten zu kennzeichnen sei. Verfehlt war es, den sowjetischen Machtbereich als „Hegemonie“ zu apostrophieren, da der Begriff den Zwangscharakter der sowjetischen Herrschaft nicht zum Ausdruck brachte.

Das Ende des Ostblocks, nicht nur der DDR war spätestens seit November 1986 vorprogrammiert, als Michail Gorbatschow den Staats- und Parteiführern der übrigen Warschauer-Pakt-Staaten intern in Moskau verkündete, daß „bedrängte kommunistische Parteien nicht mit sowjetischen Panzern rechnen könnten, um ihre Macht zu sichern“.<sup>25</sup> Honecker hat in seinen „Moabiter Notizen“ den erstmaligen Verzicht der UdSSR auf ihre Funktion als „Ordnungsmacht“ bestätigt.<sup>26</sup>

### 3.3 Der Umgang mit der DDR in der Politik

Während die nun zugänglichen DDR- und SED-Archive die Positionen der bundesdeutschen Politiker bestätigen, die schon vor der „Wende“ im Hinblick auf die Offenhaltung der „deutschen Frage“ bekannt waren, enthalten sie zahlreiche Überraschungen über die Art des Umgangs der politischen Repräsentanten in beiden Staaten Deutschlands miteinander. Hier gebietet die zeithistorische Wahrheit, gravierende Unterschiede im Verhalten von CDU- und CSU- sowie FDP-Politikern auf der einen und seitens der SPD auf der anderen Seite im Auge zu behalten. Das Bestreben Heinrich Potthoffs und anderer Analytiker, die von der „zweiten Phase der Entspannungspolitik“ und „Neben-Außenpolitik“ der SPD so viel wie möglich ret-

ten wollen, den teilweise kumpelhaften Umgang führender SPD-Politiker mit jenem der CDU/CSU auf eine Stufe zu stellen, wird anhand einer kritischen Prüfung der diversen Gesprächsprotokolle nicht gestützt.

In einem zentralen Punkt stimmen die Aussagen bundesdeutscher Politiker aller Parteien überein: Alle achteten darauf, nichts zu tun oder zu sagen, was auf eine Destabilisierung der DDR hinausgelaufen wäre. Repräsentativ dafür ist das Telefonat, das Bundeskanzler Kohl am 19. Dezember 1983 mit Honecker führte: „Sie sprechen hier mit einem Mann, der nichts unternehmen wird, um Sie in eine unguete Lage – ich will es nicht näher interpretieren – in eine unguete Lage zu bringen ...“<sup>27</sup> Wenn man über Strauß' Umgangsstil auch streiten kann, darf man nicht vergessen, daß er in seinen Gesprächen mit Staatssekretär Schalck und auch Honecker stets Fragen der innerdeutschen Kommunikation und der inneren Situation der DDR angesprochen hat. Bedenklich ist vor allem eine Bemerkung Strauß' gegenüber Schalck am 10. Juni 1985 in München: „Eigentlich darf ich Ihnen dies gar nicht sagen, Herr Schalck, aber nehmen Sie das mal mit, ich und meine politischen Freunde sind froh darüber, daß Erich Honecker als Staatsratsvorsitzender und Generalsekretär der Partei die Geschicke der DDR leitet. Wir hoffen, daß das noch viele Jahre der Fall ist.“<sup>28</sup> Die friedliche Revolution in der DDR hat Strauß nicht mehr erlebt.

Zum Gesprächsstil namhafter SPD-Politiker mit Honecker und anderen SED-Funktionären stellt selbst Pott hoff fest: „Offenbar unterlagen einige

Sozialdemokraten einer Fehlperzeption der DDR-Wirklichkeit oder hatten sogar das Gespür für das Sehnen und Denken der Menschen in der DDR verloren ... . Kritisch zu fragen ist, ob die SPD bzw. präziser eine Reihe ihrer führenden Politiker den Umgang mit Regierenden des SED-Systems nicht übertrieben ... . Zumindest partiell drohte in den Hintergrund zu treten, daß es sich bei dem SED-Regime nicht um eine demokratisch gewählte Regierung handelte. ...“<sup>29</sup>

Mit dem Verlust der normativen Distanz zum SED-Staat und der Aufgabe des anti-totalitären Konsenses durch die SPD war die Politik der Anbiederung führender SPD-Akteure in einem Ausmaß verbunden, daß Honecker meinte, seine Gespräche mit westdeutschen Sozialdemokraten seien „kameradschaftlich“<sup>30</sup> gewesen. Der schon erwähnte Oxforder Historiker Garton Ash kommt anhand zahlreicher Belege zu dem Ergebnis, „daß sich Vertreter der SPD und der SED gemeinsam überlegten, wie man die Bundestagswahlen für die SPD gewinnen könnte, gegen die Union. Die Vertreter einer demokratischen Partei überlegten gemeinsam mit Vertretern einer kommunistischen Diktatur, wie man gegen eine andere demokratische Partei Wahlkampf machen soll, mit Wahlhilfe aus Ost-Berlin.“<sup>31</sup>

Es ist schon überraschend festzustellen, mit welcher Selbstverständlichkeit prominente SPD-Politiker die von Honecker zugesagte Wahlhilfe akzeptierten. So meinte der SED-Chef in einem offiziellen Gespräch mit Willy Brandt am 19. September 1985 in Berlin, „er mache aus dem

Interesse auf unserer Seite kein Geheimnis, daß die SPD die Bundestagswahlen gewinnt ... die DDR halte Kurs auf die Unterstützung der SPD ... „<sup>32</sup> Bei seinem Besuch des Saarlandes erklärte Honecker am 10. September 1987 gegenüber Ministerpräsident Lafontaine, er könne „auch zukünftig der Unterstützung durch die SED sicher sein ... .“ Lafontaine erwiderte, Honecker sei gut beraten gewesen, auf die Rede Kohls vom 7. September „so zu reagieren“.<sup>33</sup> In der Bonner Redoute hatte Bundeskanzler Kohl zu Beginn des Arbeitsbesuches Honeckers mit aller Klarheit und Entschiedenheit die deutschlandrechtlichen und -politischen Grundpositionen der Bundesregierung umrissen. Er verwies nicht nur auf das in der Präambel des Grundgesetzes verankerte Wiedervereinigungsgebot, sondern auch auf den Brief zur deutschen Einheit zum Grundlagenvertrag, um hinzuzufügen, die „deutsche Frage“ bleibe offen.<sup>34</sup> Als der bayerische Ministerpräsident Strauß am 11. September 1987 Staats- und Parteichef Honecker in München empfing, ließ er es ebenfalls an der nötigen Deutlichkeit nicht fehlen.<sup>35</sup>

Strauß' historisches Verdienst liegt darin, die bayerische Landesregierung 1973 veranlaßt zu haben, die Verfassungsmäßigkeit des Grundlagenvertrags durch das Bundesverfassungsgericht prüfen zu lassen, da die CDU/CSU-Bundestagsfraktion für diesen Schritt mehrheitlich nicht zu gewinnen war. Aus den inzwischen ausgewerteten detaillierten Unterlagen, die im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung lagern, geht hervor, daß dies für Strauß sehr viel schwerer war, als seine „Erin-

nerungen“ verraten. So haben Karl Carstens, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, und Kurt Georg Kiesinger, damals Mitglied des Bundestags, Ministerpräsident Goppel angerufen und ihm dringend von einer Klage abgeraten. Goppel sagte zu Strauß, „wir haben das Grundgesetz abgelehnt, jetzt streiten wir, um es zu retten ... .“<sup>36</sup>

In seinen posthum (1993) veröffentlichten „Erinnerungen und Erfahrungen“ hat Carstens, einer der schärfsten Kritiker des Grundlagenvertrags, sehr knapp begründet, warum er die Anrufung des Bundesverfassungsgerichts abgelehnt habe. Immerhin hat er Bayern attestiert, einen beachtlichen politischen Erfolg erzielt zu haben.<sup>37</sup> Das Urteil vom 31. Juli 1973, dessen Bedeutung für den gesamten Staat und alle seine Bürger – so Otto Kimminich – durch keine andere Entscheidung seit der Konstituierung der Bundesrepublik Deutschland übertroffen wurde, hatte eine beachtliche integrative Wirkung auf die Politik sowie Staats- und Völkerrechts-Wissenschaft, da die Bonner Deutschland-Politik von nun an bis 1989 weitgehend von Regierung und parlamentarischer Opposition gemeinsam getragen wurde.

#### 4. Vom „Wandel durch Annäherung“ zur „Stabilisierung ohne Liberalisierung“?

In einem Interview mit der „ZEIT“ vom 13. März 1992 sagte Egon Bahr: „Unsere eigentliche Aufgabe ist es, Europa oder Rußland von der Krankheit zu befreien, die Kommunismus genannt wird. Ich habe das nur ein-

mal gesagt, das wäre sonst kontraproduktiv gewesen. Ich habe nicht mehr geglaubt, daß ich es erleben würde. Und vor allen Dingen nicht, daß es als Implosion stattfindet, fast ohne Blut und Gewalt.“<sup>38</sup> Bahr fügte hinzu, er habe vor 20 Jahren seinem damaligen DDR-Verhandlungspartner Michael Kohl das Ende des Kommunismus vorausgesagt.

Mit Recht fragte umgehend „ZEIT“-Chefredakteur Robert Leicht, ob die Ostpolitik „wirklich subversiv, als ein Beitrag zum Sturz der kommunistischen Systeme“ gemeint gewesen sei: „Mit einer solchen Absicht wäre sie von Anfang an überfordert gewesen. War doch gerade dies ihr Ausgangspunkt: daß man sich auf die Realität dieses Systems erst einmal einstellen, ja daß man seine äußere und damit notgedrungen auch innere Stabilisierung bewußt in Kauf nehmen muß, wenn man den Menschen in der DDR helfen will.“<sup>39</sup>

Wenn Bahr seine Ost- und Deutschland-Politik unter diesem subversiven Aspekt verfolgt hat, durfte man in der Tat von einer politischen Sensation sprechen. Diese blieb jedoch aus, da er bisher nicht den Nachweis für seine Behauptung führen konnte.

Leider hat Bahr in seinen Erinnerungen „Zu meiner Zeit“ (München 1996) seine These nicht nachzuweisen gesucht. Selbst Peter Bender, der wichtigste publizistische Repräsentant der im Herbst 1969 proklamierten „neuen Ost- und Deutschland-Politik“, gelangte retrospektiv zu diesem Ergebnis: „Die DDR starb an sich selbst – zu fragen ist: Hat die Politik der Kanzler Brandt, Schmidt und

Kohl ihr Dahinscheiden behindert oder begünstigt? Sicher ist, daß diese Politik nicht darauf angelegt war, die DDR zugrunde zu richten – im Gegenteil: Bonn erklärte, es wolle die DDR nicht destabilisieren; denn nur auf dieser Geschäftsgrundlage funktionierte der Austausch von Geldern und Leistungen ...“<sup>40</sup>

Einen entscheidenden Beitrag zur Destabilisierung der politischen Systeme der Warschauer-Pakt-Staaten und langfristig des Ostblocks insgesamt haben die KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 und der sich anschließende KSZE-Prozeß geleistet.

##### 5. Die Problematik des „Relativismus der Systeme“

Als Egon Bahr in seiner vielzitierten Tutzingener Rede vom 15. Juli 1963 seine These „Wandel durch Annäherung“ begründete, bezog er sich auf die vom amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy entwickelte „Strategie des Friedens“, die sich durch die Formel definieren lasse, „daß die kommunistische Herrschaft nicht beseitigt, sondern verändert werden soll. Die Änderung des Ost-West-Verhältnisses, die die USA versuchen wollen, dient der Überwindung des Status quo, indem der Status quo zunächst nicht verändert werden soll. Das klingt paradox, aber es eröffnet Aussichten, nachdem die bisherige Politik des Drucks und Gegendrucks nur zu einer Erstarrung des Status quo geführt hat.“<sup>41</sup>

Diesen richtigen Ausgangspunkt – zuerst keine Modifizierung des Status quo mit dem langfristigen Ziel, ihn zu

überwinden – hat Präsident Kennedy bereits während seiner knapp dreijährigen Amtszeit aufgegeben, indem er dem ersten Teil seiner Aussage absolute Priorität einräumte. Davon zeugte vor allem sein Schreiben an den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, vom 18. August 1961, in dem er sich wenig einfühlsam, ja geradezu brutal mit dem Bau der Mauer in Berlin abfand und betonte, nun ginge es vornehmlich nur noch darum, die West und Ost trennende Grenze soweit wie möglich durchlässig zu machen.<sup>42</sup> Das Junktim zwischen den beiden Ausformungen des Status-quo-Denkens hat dann Kennedys Nachfolger, Präsident Lyndon Johnson, mit seinem „Brückenschlag“-Konzept endgültig ad acta gelegt.

Die von Bahr übernommene, dialektisch zu verstehende Status-quo-These Kennedys bedarf der Erweiterung um einen zentralen Gedanken, den Kennedy ein Jahr vor seinem Amtsantritt, Anfang Januar 1960, vorgetragen hat: den bereits in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948 so eindrucksvoll formulierten Zusammenhang von Menschenrechten und Frieden. Sie beginnt mit der Feststellung, daß „die Anerkennung der allen Mitgliedern der menschlichen Familie innewohnenden Würde und ihrer gleichen und unveräußerlichen Rechte die Grundlage der Freiheit, der Gerechtigkeit und des Friedens in der Welt bildet“. Ebenso wird in den Präambeln der beiden Menschenrechtspakte der UNO von 1966 die Anerkennung der Menschenrechte als „Grundlage des Friedens“ bezeichnet. Prägnant ist dieser Gedanke auch in Art. 1 II des Grundgesetzes umrissen:

„Das deutsche Volk bekennt sich ... zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.“

John F. Kennedy sprach 1960 in seinem Beitrag „Die Möglichkeiten des Friedens“ von einem „System der Freiheit im Rahmen des Rechts. Im Hinblick auf die Welt draußen ist unser Ziel, nicht nur die Unversehrtheit unserer demokratischen Gesellschaftsordnung zu verteidigen, sondern auch die Sache der Freiheit, der ganzen Menschheit und des Völkerrechts fördern zu helfen – die universelle Sache eines gerechten und dauernden Friedens.“<sup>43</sup>

Freiheit und Völkerrecht als Voraussetzung für den Frieden – diese These hat schon Immanuel Kant in seinem philosophischen Entwurf „Zum ewigen Frieden“ 1795 vertreten, um sie allerdings mit einem weiteren und dritten zentralen Aspekt zu verbinden: „Die bürgerliche Verfassung in jedem Staate soll republikanisch sein.“ Darunter verstand Kant eine gewaltenteilende Verfassung: „Der Republikanismus ist das Staatsprinzip der Absonderung der ausführenden Gewalt (der Regierung) von der gesetzgebenden; der Despotismus ist das der eigenmächtigen Vollziehung des Staates von Gesetzen, die er selbst gegeben hat, mithin der öffentliche Wille, sofern er von dem Regenten als sein Privatwille gehandhabt wird ...“<sup>44</sup>

Martin Kriele gebührt das große Verdienst, 1987, zwei Jahre vor der „Zeitenwende“ in seiner Studie „Die demokratische Weltrevolution“ dar-

gelegt zu haben, „warum sich die Freiheit durchsetzen wird“ – so der Untertitel. Der enge Zusammenhang zwischen Freiheit, Menschenrechten, Frieden und Völkerrecht wurde im Verlauf der sechziger, endgültig dann ab Mitte der siebziger Jahre auf westlicher Seite im Zuge der relativistischen Entspannungspolitik endgültig aufgelöst. Krieel hat Carl Friedrich von Weizsäckers 1982 vorgetragenem Diktum heftig widersprochen:

„Eine Politik, welche die Welt in Gut und Böse einteilt und welche die größte Macht, mit der zusammenzuleben unser Schicksal ist, als Haupt des Bösen ansieht, ist selbst dann keine Friedenspolitik, wenn ihre moralischen Urteile richtig sind.“<sup>45</sup>

Mit Recht fragt Ulrich Bartosch in seiner Dissertation „Weltinnenpolitik“ – Zur Theorie des Friedens von Carl Friedrich von Weizsäcker: „Müssen wir uns wirklich um des Friedens willen vor richtigen moralischen Urteilen hüten? Es geht natürlich zwischen Ost und West nicht um Gut und Böse, aber doch um die prinzipielle Anerkennung oder Nichtanerkennung des Rechtsprinzips ...“<sup>46</sup>

Zur Auflösung des von Kant postulierten Zusammenhangs zwischen Freiheit, Frieden, Völkerrecht und dem Prinzip der Gewaltenteilung hat der seit der zweiten Hälfte der sechziger Jahre propagierte „Relativismus der Systeme“ entscheidend beigetragen. Um mit Karl Dietrich Bracher zu sprechen: „Der Generation von 1968 schien es nicht nur möglich, sondern geradezu notwendig, mit dem Schwinden der abschreckenden Erfahrung des Alt-Totalitarismus die

antitotalitäre Ausrichtung der westlichen Gesellschaft überhaupt abzuwerfen. Wenn sie nicht gar die Notwendigkeit von Herrschaft selbst in Frage stellte, verdrängte oder bagatellierte diese revisionistische Tendenz jedenfalls den grundlegenden Unterschied zwischen den politischen Systemen von Demokratie und Diktatur.“<sup>47</sup>

So sehr auch die gegenseitige atomare Bedrohung West und Ost zu Arrangements zwang, schwand im Westen der Glaube an die nicht nur von Kant beschworenen Ideale und das Empfinden dafür, daß sich diese eines Tages weltweit durchsetzen werden.

Zu dieser Einsicht war selbst Michail Gorbatschow gelangt, als er in seiner geradezu revolutionär anmutenden Rede vor der UNO-Generalversammlung am 7. Dezember 1988 ein Bekenntnis zu Selbstbestimmung, Frieden und Menschenrechten sowie dem allgemein geltenden Völkerrecht ablegte.<sup>48</sup> Hier fehlte vor allem noch der Hinweis darauf, daß die Gewaltenteilung, die institutionelle Trennung von Gesetzgebung und Exekutive, eine der zentralen Voraussetzungen für einen demokratischen Verfassungsstaat bildet. Nach der Auflösung des Ostblocks und der Sowjetunion hat Gorbatschow mehrfach die Unterlegenheit der von ihm als totalitär bezeichneten UdSSR und anderer Staaten des Warschauer Paktes in schonungsloser Offenheit zugegeben und den notwendigen Übergang zur Demokratie beschrieben. Zahlreiche bundesdeutsche Politiker, Wissenschaftler und Publizisten hatten vor 1989 die zentralen System-Differenzen und Wertunterschiede, die den Ost-West-Kon-

flikt bestimmten, aus den Augen verloren. Darin liegt für mich die wichtigste Erkenntnis, die aus den DDR- und SED-Archiven zu gewinnen ist.

Die Bonner Deutschland-Politik von 1969 bis 1989 muß nicht neu geschrieben werden.

### Anmerkungen

<sup>1</sup> Karl-Rudolf Korte: Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982–1989. Stuttgart 1998, S. 54.

<sup>2</sup> So Korte, ebenda, S. 55.

<sup>3</sup> So Korte, ebenda, S. 55 f.. An anderer Stelle bezeichnet Korte die Übernahme des Ministeriums durch Dorothee Wilms, vormals Bildungsministerin, als „sachfremd motivierte Umbesetzung“, die unterstrichen habe, „wie gering Kohl die Funktion, nicht jedoch den Aufgabenbereich des Innerdeutschen Ministeriums einschätzte. Der Bundeskanzler wies dem Ministerium eine relative Bedeutungslosigkeit zu, ganz im Gegensatz zur Zeit des Regierungswechsels von 1982“ (S. 308).

<sup>4</sup> Korte, ebenda, S. 147. Text des Berichts der Bundesregierung zur Lage der Nation im geteilten Deutschland vom 23. Juni 1983, in: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.): Texte zur Deutschlandpolitik, Reihe III/Band 1, Bonn 1985, S. 131–143 (131): „Mit diesem Bericht zur Lage der Nation kehrt die Bundesregierung zum ursprünglichen Auftrag des Deutschen Bundestages zurück, alljährlich einen Bericht zur Lage der Nation im gespaltenen, im geteilten Deutschland vorzulegen. In den siebziger Jahren hatte der Bericht nur noch den Titel ‚Bericht zur Lage der Nation‘ getragen; der Hinweis auf das geteilte Deutschland war unterblieben. Der Schwerpunkt der Berichterstattung und damit auch der Diskussion hatte sich zunehmend auf die politische Lage der Bundesrepublik Deutschland verlagert.“ Vgl. dazu auch Helmut Kohl in der Anhörung von Zeitzeugen zu dem Thema „Die Deutschlandpolitik und ihre Rahmenbedingungen in den achtziger Jahren“, die die Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ am 4. November 1993 veranstaltet hat. Text in: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, in: Band V/1: Deutschlandpolitik,

innerdeutsche Beziehungen und internationale Rahmenbedingungen. Baden-Baden 1985, S. 915–925 (917 f.). Hier vermerkte er zu seiner Einführung des Begriffs „Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland“: „Das auszusprechen war damals schon für viele eine Zumutung. Der Geist der Anpassung war ganz ungewöhnlich weit vorangeschritten.“ Vgl. zur Entstehung und Entwicklung des „Berichts zur Lage der Nation im geteilten Deutschland“ Michael Garthe: Berichte zur Lage der Nation, in: Werner Weidenfeld/Karl-Rudolf Korte (Hrsg.): Handwörterbuch zur deutschen Einheit. Frankfurt/M./New York 1992, S. 19–27.

<sup>5</sup> Plüch hat alle Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen/später für innerdeutsche Beziehungen – von 1952–1989 erlebt. Von 1982–1989 trug er als Ministerialdirektor im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen die Verantwortung für die Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit sowie die kulturellen Beziehungen mit der DDR.

<sup>6</sup> Nachweise dazu bei Jens Hacker: Deutsche Irrtümer. Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen. Frankfurt M./Berlin 1994, Kap. 6.

<sup>7</sup> Helmut Schmidt: Weggefährten – Erinnerungen und Reflexionen. Berlin 1996, S. 447: „Solange die heutige Bundesregierung dies immer noch verweigert, sollte kein redlicher Mensch kommunistischen Berichten über westdeutsche Amtspersonen Glauben schenken. Im übrigen: Das Grundgesetz erlaubt keiner deutschen Regierung, dem Parlament oder seinem Ausschuß Akteneinsicht generell zu verweigern; das gilt auch für Akten der ehemaligen Ministerien der DDR, über welche heute die Bundesregierung verfügt.“ Ganz so klar und eindeutig, wie Altbundeskanzler Schmidt meint, ist die rechtliche Situation nach dem Gesetz über die Sicherung und Nutzung von Archivgut des Bundes (Bundesarchivgesetz) vom 6. Januar 1988 nicht. § 5 verbindet die Möglichkeit, die Schutzfrist von 30 Jahren zu verkürzen, an bestimmte Voraussetzungen. Text des Bundesarchiv-

- gesetzes in: Bundesgesetzblatt, Jg. 1988, Teil I, S. 62–64.
- <sup>8</sup> So Jochen Staadt: Nur die offiziell vertretene Linie. Ein mißlungener Versuch der Ehrenrettung für die „zweite Ostpolitik“ der SPD, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29. Juli 1995 – = Rezension der Studie von Heinrich Potthoff: Die „Koalition der Vernunft“. Deutschlandpolitik in den achtziger Jahren. München 1995. Staadt weist auf einige beachtliche Mängel der Dokumentation Potthoffs hin.
- <sup>9</sup> H. Potthoff, ebenda, S. 90: „Daß sich in diesen Niederschriften gängige Sprachregelungen der DDR finden (BRD, Vielseitiges Abkommen) und anerkennende Äußerungen eines Westbesuchers etwas überakzentuiert, kritische dafür abgeschwächt wurden, mindert nicht ihren Wert. Es geht kaum über das hinaus, was sich zwei Politiker des Westens, jeder für seine Seite, von ein und demselben Gespräch notieren würden ...“ J. Staadt, ebenda, vermerkt noch, den östlichen Mitschriften fehlten „in der Regel die von den westlichen Gesprächspartnern vorgetragenen oder in Briefform überreichten konkreten humanitären Einzelfälle. Festgehalten wurden gleichwohl allgemeine Kritikpunkte an der DDR, Bemerkungen über Schüsse an der Mauer, über die Behandlung von Oppositionsgruppen oder zu Menschenrechtsfragen. In den westlichen Dokumenten fehlen hingegen mitunter Bemerkungen, die sich in der Ost-Überlieferung finden ...“
- <sup>10</sup> Text des Interviews in: Deutscher Bundestag (Hrsg.), a.a.O. (Anm. 4), Band V/3, S. 2450–2452 (2450 f.).
- <sup>11</sup> Gunter Hofmann: Ein Kanzler schreibt Geschichte, in: DIE ZEIT vom 24. Juni 1998. Korte lagen die vollständigen Verzeichnisse über die offenen Akten des Bundeskanzleramtes, des Bundesministeriums des Innern als Rechtsnachfolger des Ministeriums für innerdeutsche Beziehungen und der Ständigen Vertretung in Ost-Berlin zur Auswertung vor. Weiterhin konnte er alle Akten hinzuziehen, die als Verschlußsache einen besonderen Geheimhaltungsgrad unterliegen. Vgl. dazu K.-G. Korte, a.a.O. (Anm. 1), S. 501. Vgl. zu Helmut Kohls „Deutschland“-Bild auch Helmut Kohl: „Ich wollte Deutschlands Einheit“. Dargestellt von Kai Diekmann und Ralf-Georg Reuth. Berlin 1996.
- <sup>12</sup> Vgl. für die Regierungszeit der Bundeskanzler Brandt und Schmidt Heinrich Potthoff: Bonn und Ost-Berlin 1969–
1982. Dialog auf höchster Ebene und vertrauliche Kanäle. Darstellung und Dokumente. Bonn 1997. Dem Band hat der Autor eine Einführung von knapp 120 Seiten vorangestellt, in der er sich u. a. ausführlich mit der Rolle Herbert Wehners in der Bonner Deutschland-Politik auseinandersetzt. Vgl. dazu auch Heinrich Potthoff: Eine zweite Etappe der Deutschland-Politik, in: Deutschland Archiv, Jg. 30/1997, S. 116–124. Vgl. dazu die Rezension „Sozialliberale Deutschlandpolitik“ von Andreas Vogtmeier, ebenda, S. 645–647. Sehr instruktiv dazu Mary Elise Sarotte: Vor 25 Jahren: Verhandlungen über den Grundlagenvertrag. Zum internationalen Kontext der deutsch-deutschen Gespräche, ebenda, S. 901–911.
- <sup>13</sup> Andreas Vogtmeier: Egon Bahr und die deutsche Frage. Zur Entwicklung der sozialdemokratischen Ost- und Deutschlandpolitik vom Kriegsende bis zur Vereinigung. Bonn 1996. Über die schönfärbischen Aspekte der Studie gehen die meisten Rezensionen hinweg. Vgl. beispielsweise Gottfried Niedhart: Revolution auf Filzplätzen, in: DIE ZEIT vom 16. August 1996; Alexander Gallus: Egon Bahrs Rolle in der deutschen Ostpolitik. Eine wissenschaftliche Annäherung an einen kontroversen Politiker, in: Süddeutsche Zeitung vom 1. Juli 1996; Marianne Wollenweber: Im Stillen leidenschaftlich verhandelt, in: Das Parlament vom 22./29. März 1996; Jochen Staadt: Sukzessive Meisterschaft mit Tiefenwirkung. Egon Bahr als Objekt der zeitgeschichtlichen Forschung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4. November 1996: „Trotz deutlicher Verehrung für den Biographierten und mancher Ausblendung werden auch einige Schwachpunkte seines politischen Lebensweges deutlich genannt.“ Wenig Neuigkeiten vermitteln Egon Bahrs Erinnerungen „Zu meiner Zeit“ (München 1996), die keine Nachweise enthalten. Vgl. dazu die Rezension von Karl Wilhelm Fricke: „Im deutschen Labyrinth“, in: Rheinischer Merkur vom 11. Oktober 1996: Bahrs „Historischer Anspruch, mit seiner Politik des ‚Wandels durch Annäherung‘ jene Wende erstrebt zu haben, die 1989/90 in Deutschland eingetreten ist, provoziert indes Widerspruch. Die Wiedervereinigung war nicht mehr seine Intention, seitdem das Verlangen nach Einheit für ihn und andere zur ‚Lebenslüge‘ der Bonner Republik mutiert war.“ Vgl. zu den Wand-

- lungen des „Deutschland“-Bildes Egon Bahrs auch J. Hacker, a.a.O. (Anm. 6), S. 244–251.
- <sup>14</sup> Michail Gorbatschow: Erinnerungen, München 1995, in denen er das einschlägige Kap. 37 bezeichnenderweise so überschreibt: Honecker und die Ablehnung der Perestroika.
- <sup>15</sup> Text in: Deutscher Bundestag (Hrsg.), a.a.O. (Anm. 4), Band I, S. V.
- <sup>16</sup> Berlin 1996, S. 11.
- <sup>17</sup> S. Roos, ebenda, S. 350.
- <sup>18</sup> Tilman Mayer: Prinzip Nation, S. 210, Anm. 202: Wäre die Ansicht von der „Bi-Nationalisierung Deutschlands“ richtig gewesen, hätte man „den nationalen Wandel in eine nationale Transformation in die Bundesrepublik, die DDR und die Republik Österreich als beendet ansehen“ können, „die deutsche Nation wäre in einer Phase nationaler Selbstpreisgabe“. Zu den Repräsentanten dieser fragwürdigen These zählten Karl Jaspers, Hans und Wolfgang J. Mommsen, Kurt Sontheimer, Waldemar Besson, Lutz Niethammer, Rainer Lepsius und andere Persönlichkeiten aus dem politischen Leben der Bundesrepublik. Vgl. dazu auch Tilman Mayer: Die Nationale Frage in Deutschland, in: Neue Politische Literatur, Jg. 28/1983, S. 295–324. Vgl. dazu auch die Nachweise bei J. Hacker, a.a.O. (Anm. 6), Kap. 8.
- <sup>19</sup> Vgl. dazu die Nachweise bei Helmut Quaritsch: Wiedervereinigung in Selbstbestimmung – Recht, Realität, Legitimation, in: Josef Isensee und Paul Kirchhoff (Hrsg.): Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland. Band VIII: Die Einheit Deutschlands – Entwicklung und Grundlagen. Heidelberg 1995, S. 321–401; J. Hacker, ebenda, S. 166–172, 345–352.
- <sup>20</sup> Helmut Berschin: Quo vadis, Wiedervereinigung? Wege eines Wortes, in: Deutschland Archiv, Jg. 23/1990, S. 1266–1272 (1269). Helmut Berschin hat sich schon seit den siebziger Jahren mit der sprachlichen Problematik befaßt. Vgl. beispielsweise die Studie „Deutschland – ein Name im Wandel. Die deutsche Frage im Spiegel der Sprache“. München/Wien 1979.
- <sup>21</sup> So Jörg Roesler: Der Handlungsspielraum der DDR-Führung gegenüber der UdSSR. Zu einem Schlüsselproblem des Verständnisses der DDR-Geschichte, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Jg. 41/1993, S. 293–304. Er bringt zahlreiche Beispiele für den gesamten Zeitraum 1945 bis in die Gegenwart.
- <sup>22</sup> Stefan Wolle: Der Weg in den Zusammenbruch: Die DDR vom Januar bis zum Oktober 1989, in: Eckhard Jesse und Armin Mitter (Hrsg.): Die Gestaltung der deutschen Einheit. Geschichte – Politik – Gesellschaft. Bonn / Berlin 1992, S. 73–110 (78).
- <sup>23</sup> Text des Protokolls bei Peter Przybylski: Tatort Politbüro – Die Akte Honecker. Berlin 1991, S. 281; zit. auch bei J. Roesler, a.a.O. (Anm. 21), S. 294.
- <sup>24</sup> Deutscher Text, in: Neues Deutschland vom 13. August 1992; zit. bei J. Roesler, ebenda, S. 294, Anm. 14.
- <sup>25</sup> So Daniel Küchenmeister (Hrsg.): Honecker – Gorbatschow: Vieraugengespräche. Berlin 1993, S. 15.
- <sup>26</sup> Erich Honecker: Moabiter Notizen. Letztes schriftliches Zeugnis und Gesprächsprotokolle vom BRD-Besuch 1987 aus dem persönlichen Besitz Erich Honeckers. Berlin 1994, S. 65. Vgl. dazu auch Jens Hacker: Die politischen Beziehungen zwischen der UdSSR und DDR von 1985 bis zum Herbst 1989, in: Karl Eckart, Jens Hacker und Siegfried Mampel (Hrsg.): Wiedervereinigung Deutschlands. Festschrift zum 20jährigen Bestehen der Gesellschaft für Deutschlandforschung. Berlin 1998, S. 205–231; ders.: Integration und Verantwortung – Deutschland als europäischer Sicherheitspartner. Bonn 1995, S. 17–40. Vgl. zur völkerrechtlichen Einschätzung des Verhältnisses zwischen der „Ordnungsmacht“ UdSSR und den „Bruderstaaten“ bis 1980 Jens Hacker: Der Ostblock – Entstehung, Entwicklung und Struktur 1939–1980. Baden-Baden 1983, Kap. 16.
- <sup>27</sup> Text bei H. Potthoff: Die „Koalition der Vernunft“, a. a. O. (Anm. 8), S. 224–236 (234).
- <sup>28</sup> Text des Gesprächsvermerkes bei Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan: Von Hubertusstock nach Bonn. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen auf höchster Ebene 1980–1987. Berlin 1995, S. 226–233 (233).
- <sup>29</sup> H. Potthoff: Die „Koalition der Vernunft“, a.a.O. (Anm. 8), S. 55, 59 f.
- <sup>30</sup> Timothy Garton Ash: Der Besuch – Bei Honecker in Moabit, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. Oktober 1993.
- <sup>31</sup> Ulrike Ackermann: „Das Vergessen ist das Grundprinzip der Politik“. Hat die Ostpolitik Diktaturen stabilisiert? Ein Gespräch mit Timothy Garton Ash, in: Frankfurter Rundschau vom 23. Oktober 1993. Vgl. dazu auch die materialreiche Untersuchung von Timothy Garton Ash: Im Namen Europas – Deutschland und

- der geteilte Kontinent. München/Wien 1993.
- <sup>32</sup> Text der Niederschrift bei D. Nakath/G.-R. Stephan, a.a.O. (Anm. 28), S. 239–256 (255 f.). Seltsamerweise gibt H. Potthoff dieses Protokoll nur gekürzt – ohne beide Zitate – wieder. Vgl. H. Potthoff: Die „Koalition der Vernunft“, a.a.O. (Anm. 8), S. 340–343.
- <sup>33</sup> Text bei H. Potthoff, ebenda, S. 653 f.
- <sup>34</sup> Text der Rede in: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.), a.a.O. (Anm.4): Reihe III/Band V/1987. Bonn 1988, S. 194–199 (195).
- <sup>35</sup> Zit. nach dem verteilten Rede-Manuskript. Vgl. dazu auch Franz Josef Strauß: Die Erinnerungen. Berlin 1989, S. 483–496.
- <sup>36</sup> Zit. in der informativen Analyse von Dieter Blumenwitz: Die Christlich-Soziale Union und die deutsche Frage, in: Hanns-Seidel-Stiftung (Hrsg.): Geschichte einer Volkspartei. 50 Jahre CSU – 1945–1995. München 1995, S. 333–365 (345).
- <sup>37</sup> Kai von Jena und Reinhard Schmoeckel (Hrsg.): Karl Carstens – Erinnerungen und Erfahrungen. Boppard am Rhein 1993, S. 428–433 (430, 432).
- <sup>38</sup> Gunter Hofmann: Indem ich durch diese Hölle gegangen bin. Egon Bahr im „Zeit“-Gespräch, in: DIE ZEIT vom 13. März 1992.
- <sup>39</sup> Robert Leicht: Trübungen auf der Netzhaut. Weshalb die im Prinzip richtige Ostpolitik am Ende zu partieller Betriebsblindheit führte, in: DIE ZEIT vom 20. März 1992.
- <sup>40</sup> Peter Bender: Der goldene Angelhaken: Entspannungspolitik und Systemwandel, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, B 14 vom 8. April 1994, S. 11–15 (13).
- <sup>41</sup> Text in: Deutschland Archiv, Jg. 6/1973, S. 862–865 (862). Vgl. dazu mit weiteren Nachweisen J. Hacker, a. a. O. (Anm. 6), S. 119–129.
- <sup>42</sup> Vgl. dazu die instruktive Analyse von Diethelm Prowe: Der Brief Kennedys an Brandt vom 18. August 1961. Eine zentrale Quelle zur Berliner Mauer und der Entstehung der Brandtschen Ostpolitik, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Jg. 33/1985, S. 373–383; ders.: Die Anfänge der Brandtschen Ostpolitik in Berlin 1961–1963, in: Wolfgang Benz/Hermann Graml (Hrsg.): Aspekte der deutschen Außenpolitik im 20. Jahrhundert. Aufsätze. Hans Rothfels zum Gedächtnis. Stuttgart 1976, S. 249–286. Weitere Nachweise bei Jens Hacker: Der Rechtsstatus und die politische Praxis 1945–1989/99, in: Karl Eckhart / Manfred Wilke: Berlin 1998, S. 23–56.
- <sup>43</sup> Text in: John F. Kennedy: Der Weg zum Frieden. Hrsg. von Allan Nevins. Vorwort von Hans Zehrer. München/Zürich 1964, S. 11–17 (15). Weitere Nachweise bei Martin Kriele: Die demokratische Weltrevolution. Warum sich die Freiheit durchsetzen wird. München/Zürich 1987, S. 150–154; Nachdruck in: Die Demokratische Weltrevolution und andere Beiträge. Berlin 1997.
- <sup>44</sup> Immanuel Kant: Zum ewigen Frieden – Ein philosophischer Entwurf. Stuttgart 1984, S. 10–16 (10,12).
- <sup>45</sup> Carl-Friedrich von Weizsäcker: Abschreckung – nur eine Atempause?, in: DIE ZEIT vom 26. März 1982.
- <sup>46</sup> Berlin 1995, S. 256.
- <sup>47</sup> Karl Dietrich Bracher: Die Aktualität des Totalitarismus-Begriffes, in: Konrad Löw (Hrsg.): Totalitarismus. Berlin 1988, S. 19–27 (23).
- <sup>48</sup> Text der Rede in: Europa-Archiv, Jg. 44/1989, D 23–37 (26–32).

# Rußlands Armee – quo vadis?

**Friedrich-Wilhelm Schlomann**

Die heutigen Streitkräfte der Russischen Föderation bieten ein recht zwiespältiges Bild.

- Einmal zeigen sie sich als eine wirklich marode Militärmacht, wobei die verschiedenenartigen Gefahren ihrer A-, B- und C-Kampfmittel nicht zu unterschätzen sind,
- andererseits entwickelt Moskau trotz all seiner außerordentlich großen Schwierigkeiten neue, gefährliche Waffensysteme.

Bereits Anfang Oktober 1996 sprach der damalige Verteidigungsminister Rodionow von der „schwersten Krise der Armee seit ihrem Bestehen“. Noch deutlicher wurde er in seiner Neujahrsbotschaft für 1997 mit diesen Worten: „Während des letzten Jahres hat sich die Situation der Armee nicht einfach verschlechtert – sie wurde absolut unerträglich“.<sup>1</sup>

Der am häufigsten genannte Klagegrund und der zugleich auch wohl größte soziale Sprengstoff betrifft die unregelmäßige Sold-Auszahlung. Lech Rochlin, seinerzeit Vorsitzender des Komitees für Verteidigung in der Duma, führte dazu einmal gegenüber „Radio Rußland“ aus: „Wie soll man leben, wenn man zwei Monate lang

kein Geld bekommt? Die Offiziere des Generalstabs jobben nebenher als Verladearbeiter und Bodyguards. Doch die Offiziere des Generalstabs leben in Moskau, hier gibt es etwas zu verladen und zu beschützen. Wie aber steht es um die Leute in den fernen Garnisonen auf dem Lande, bei der Luftabwehr, in den Bergen, wo zwei bis drei Monate lang kein Sold gezahlt wird und man keinen Gemüsegarten und auch keinen Nebenjob hat? Und wie ist es mit den Raketenschächten? Sie sind auch nicht in den Städten placiert, sondern irgendwo in der Ussuri-Taija. Wie sollen diese Menschen leben? Keinesfalls ist hier die Rede von einer Partei oder von der Loyalität gegenüber der Regierung. Hier geht es darum, wie man überlebt. Und wenn es kein Mensch, sondern ein Hund wäre: Kriegt er eine Woche lang nichts vorgesetzt, ist er bereit, seinen Herrn anzufallen, wenn er sich dadurch satt essen kann. So sieht es also in der Armee aus. Und wenn man davon spricht, ob die Armee nun loyal gegenüber der Regierung sei oder nicht, so ist dies sicherlich nicht ganz richtig – denn ist die Regierung loyal gegenüber der Armee?“<sup>2</sup> Die Rückstände an der Sold-Auszahlung im Spätsommer 1998 stellten einen Tiefpunkt der

vergangenen Jahre dar und betrogen zumeist vier Monate. Das galt ebenso für die allgemein privilegierten Einheiten der Nuklear-Unterseeboote in Murmansk oder ebenso für die Strategischen Raketentruppen etwa im Gebiet Krasnojarsk, die auf die Beihilfen für ihre Kinder schon seit letztem Jahr warten. In Teilen des Leningrader Militärbezirks haben Soldaten sogar seit zweieinhalb Jahren kein Geld mehr gesehen.<sup>3</sup> Es kam bereits zu Hungerstreiks und ähnlichen Protestreaktionen, doch hält sich deren Häufigkeit bisher noch in engeren Grenzen. Die Schulden des russischen Verteidigungsministeriums gegenüber den Offizieren und Soldaten beliefen sich Ende 1996 auf eine Milliarde Rubel, Mitte September 1998 waren es bereits 16 Milliarden Rubel.<sup>4</sup> Wiederholt wurde von Präsident Jelzin, dem Premier und dem Verteidigungsminister „fest versprochen“, alle ausstehenden Sold-Zahlungen bis zu bestimmten Terminen im Herbst 1997 zu begleichen – was jedoch nie erfolgte.

Es ist seit langem ein offenes Geheimnis, daß die Offiziere – soweit überhaupt möglich – einer zivilen Nebenbeschäftigung nachgehen. In einer Sendung des „Russischen Fernsehens“<sup>5</sup>, die sich auf Mitteilungen des Verteidigungsministeriums stützte, hieß es, „82% aller Offiziere und Offiziersanwärter ergänzen ihre Armee-Bezüge durch Nebentätigkeit.“ Für ein Drittel von ihnen sei dies sogar ihr Haupteinkommen. Ein interviewter Offizier äußerte dazu: „Offiziere wissen um das Verbot und nehmen das Verbot hinsichtlich einer Nebenbeschäftigung zur Kenntnis, aber das Leben selber veranlaßt uns, so zu handeln: Falls wir die Nebenbeschäftigung aufgeben,

würden unsere Familien einfach verhungern.“

Glaut man den unterschiedlichen Medien in Rußland, so wurden bereits Anfang Oktober 1996 die Essensrationen für die Armee gekürzt und vielerorts die Verpflegungs-Notreserven angegriffen; Ende desselben Jahres mußten im Transbaikal-Gebiet die ersten Einheiten für unterernährte Soldaten aufgestellt werden! März 1997 befahl Jelzin, umgehend die Lebensmittel-Versorgung für das Militär sicherzustellen, doch Rodionow räumte zwei Monate später ein, „Auch dieses Jahr gibt es keine Änderung zum Besseren.“<sup>6</sup>

In der Tat: Das Staatsbudget teilte von den für die Verpflegung der Streitkräfte eigentlich erforderlichen 9,7 Milliarden Rubel nur 7,6 zu und noch im November 1997 waren lediglich ganze drei Milliarden bereitgestellt – also weniger als ein Drittel! Schon im damaligen Sommer bekam Verteidigungsminister Sergejew bei seinen Truppenbesuchen in Fernost zu hören: „Die Essensbelieferungen an das Regiment wurden gestoppt. Das Verteidigungsministerium hat vorgeschlagen, die Soldaten sollten Beeren und Pilze essen.“<sup>7</sup> Seit etwa Juli 1998 erhalten viele Militär-Einheiten überhaupt keine Gelder für den Kauf von Lebensmitteln mehr. Ihre Schulden vom letzten Jahr sind immer noch nicht beglichen. Die Kommandeure waren daher gezwungen, die Reserve-Depots zu öffnen und die „Eisernen Rationen“ anzugreifen. Noch im September des Jahres klagte das „Öffentliche Russische Fernsehen“<sup>8</sup>: „Es gibt von allen Gegenden des Landes Berichte, daß sich die russische Armee

am Rande des Hungerns befindet. Vergangenen Monat hat die gesamte Armee kein Geld bekommen, um Lebensmittel einzukaufen. Die Kommandeure vieler Regimenter und Divisionen versuchen, ihre Untergebenen zu versorgen.“

In den fernöstlichen Bezirken bestand während des Herbstes 1998 bei nicht wenigen Einheiten der Grenztruppen das einzig verfügbare Essen aus Perlgrauen und Tee; Bauern aus dem Amur-Gebiet schickten ihnen Kartoffeln und gesalzene Gurken zu.

Ein weiteres schwerwiegendes Problem sind die etwa 100.000 fehlenden Wohnungen für Offiziersfamilien. Bei den Grenz-Einheiten hat jede vierte, bei den Truppen des Innenministeriums sogar jede dritte kein eigenes Dach über dem Kopf. In der Baltischen Flotte betraf bereits 1997 die Wohnungsnot 1.470 Offiziere, doch kamen 1998 weitere 6.000 hinzu; andererseits wurden infolge Geldmangels lediglich 400 neue Wohnungen gebaut. Die Offiziere „hausen in ausgemusterten Schiffen, Eisenbahnwaggons, Zelten, Wohnheimen, oft dichtgedrängt auf winzigem Raum unter unsäglichen hygienischen Bedingungen. In dem Maß, wie der Staat für die Armee immer weniger Geld aufbringt, schrumpft auch das militärische Bauprogramm“.<sup>9</sup>

Gerade in diesem Zusammenhang stößt man auf eine weitverbreitete Korruption. Rodionow warnte bereits im Sommer 1996: „Man kann die Autorität der Armee nicht stärken, wenn die Armee – und dazu noch ihr Führungspersonal – korrupt ist.“ Jelzin selber erklärte im März 1997, „die

wichtigste Aufgabe ist es, Unterschlagungen, Korruption, Diebstahl von Militäreigentum und andere Machenschaften zu beenden“, und nur wenige Monate später war aus seinem Mund zu hören, „Bei uns ist es so, daß der Soldat abmagert und der General fett wird.“<sup>10</sup> Der Verlust, welcher den Streitkräften durch korrupte Kommandeure zugefügt wurde, habe 1995/96 immerhin 656 Milliarden Rubel betragen, meldete „Interfax“ kurz danach. Im gleichen Zusammenhang wurden zwar 21 Generäle und Admiräle vor Gericht gestellt, doch sind inzwischen lediglich 14 verurteilt worden und eine Amnestie hat sie zudem alle wieder auf freien Fuß gesetzt.<sup>11</sup>

An dem Kasernen-Leben der russischen Soldaten mit 50- bis 60-Mann-Schlafräumen, keinem Wochenendausgang, kaum Jahresurlaub und faktischer Rechtlosigkeit der Rekruten hat sich auch in den letzten Jahren nichts geändert. Duma-Chef Selesnjow erklärte offen, daß „eines der schwierigsten Probleme der derzeitigen Armee die ungeheuerliche Schikanierung und Quälerei durch Vorgesetzte ist. Wir müssen ehrlich erkennen, daß die Situation in diesen Fragen deprimierend ist. Es ist peinlich, darüber zu sprechen, aber notwendig.“<sup>12</sup> Bei seiner kurz danach erfolgten Radioansprache zum Staatshaushalt 1997 streifte Jelzin kurz die Lage in den Streitkräften, „dazu gehören auch so außerordentlich brennende Probleme wie die Schikanierung jüngerer Soldaten durch ältere (Dedowschtschina).“

Noch Ende September 1998 erklärte der Militär-Generalstaatsanwalt, dies bleibe „eines der ernstesten Probleme

me“ der russischen Armee. Während der ersten acht Monate 1998 wurden wegen derartiger Schikanen über 2.000 Uniformierte verurteilt, wobei sich die Fälle, in denen Soldaten von Offizieren geschlagen wurden, gegenüber 1997 sogar verdoppelten, und von 1.000 derartigen Vorfällen (so wenigstens „Nesawissimaja Gaseta“ im Herbst 1998) lediglich ein einziger bekannt werden dürfte.<sup>13</sup> Dieselbe Zeitung wußte wenige Wochen danach zu berichten, die Verbrechen innerhalb der Armee hätten im Laufe des letzten Jahres um über 20% zugenommen, mit 25 v.H. am stärksten ausgerechnet in den Elite-Einheiten der Nuklear-Streitkräfte! „Interfax“ hatte zuvor festgestellt, das Drogen-Problem in den Streitkräften sei „sehr gravierend“. Die Anzahl der Straftaten, die damit in Zusammenhang stünden, habe sich in der ersten Hälfte des Jahres um 70% und die auf Trunksucht zurückzuführenden Vergehen und Verbrechen um nahezu 50% erhöht.<sup>14</sup>

Es kann nicht verwundern, daß diese Negativa zu einer weitverbreiteten Ablehnung des Wehrdienstes führen. Die Zahl der Wehrpflichtigen, die sich dem Antritt ihres Militärdienstes entziehen, betrug

- im Herbst 1996 rund 32.000,
- ein Jahr später waren es 40.000 und
- im Frühjahr 1998 über 20.000.

Verschiedenen Äußerungen von Generälen zufolge sind von den Einberufenen überdies lediglich 17 bis 38% wirklich wehrtauglich.<sup>15</sup>

Die Anzahl der Deserteure aus den Streitkräften wurde im April 1998 mit

30.000 angegeben, davon hätten sich 17.000 nach Gründung der russischen Armee von der Truppe entfernt; drei Monate danach sprach man – ebenfalls offiziell – allerdings von nur 13.000 Fahnenflüchtigen.<sup>16</sup> Gewiß gab es im Februar 1998 im Raum Moskau eine Amnestie für solche Soldaten, doch hatten sich von den – geschätzten – 1.500 Fällen nur ganze 74 Deserteure gestellt; ausgegangen war die Aktion von der Militär-Generalstaatsanwaltschaft Moskau in Zusammenarbeit mit dem (bis dato so verfeindeten) „Komitee der Soldatenmütter“ in der Lutschnikonaja-Straße Moskaus; dort rechnet man für Gesamt-Rußland alljährlich mit 6.000 Fahnenflüchtigen. Anfang April ging in Rußland dann der „Monat des Deserteurs“ zu Ende: Unter der Parole „Deserteur – stelle Dich!“ war eine landesweite Amnestie durchgeführt worden, bei der sich bis zum letzten Tage 798 Soldaten den Militärstaatsanwälten stellten. Nach Ablauf der Frist verlautete, es wären 2.956 Deserteure gewesen; zwei Wochen später stieg jene Zahl sogar auf 5.856 – neuerdings sprechen die Medien von „über 4.000“ Fahnenflüchtigen, die sich gemeldet hätten.<sup>17</sup>

Recht nachdenklich sollte die Zahl derjenigen Soldaten machen, die innerhalb des normalen Dienstbetriebes – also außerhalb von Kampfhandlungen! – ihr Leben verloren. Offiziell kam es 1997 zu insgesamt 1.625 solcher Todesfälle. Eine eigentlich eher niedrig zu bewertende Ziffer: Im Juli 1997 nämlich erwähnte Sergejew, in seiner Armee würden „täglich fünf bis sechs Soldaten sterben“ – das aber wären wenigstens 1.800. Nach der Gruppe „Rechte der Mütter“ beläuft

sich diese Zahl hingegen „alljährlich auf über 5.000 – bei steigender Tendenz“.<sup>18</sup> In den ersten fünf Monaten 1998 verloren 594 Soldaten ihr Leben, wie der Pressedienst des Verteidigungsministeriums Anfang Juni mitteilte.

Erschreckend wirkt die Höhe der Selbstmorde von Soldaten, wenngleich die hierzu in Moskau veröffentlichten Zahlen recht widerspruchsvoll erscheinen müssen: Nach dem Militär-Generalstaatsanwalt waren es 1997 insgesamt 487 Fälle, davon standen 15 % im Offiziersrang. Einer anderen Quelle zufolge kam es bereits im ersten Halbjahr in 550 Vorfällen zu einem Freitod von Soldaten. Der Vorsitzende der Menschenrechtskommission bei Präsident Jelzin wiederum räumte einige Monate danach ein, die Selbstmorde im Offizierskorps seien um 28 v.H. gestiegen;<sup>19</sup> diese beliefen sich aber nach der Erklärung des Chefs des Generalstabes schon 1996 auf über 500.<sup>20</sup> Im Sommer 1998 behauptete „Itar-Tass“, in jüngster Zeit sei in dieser Frage generell ein erfreulicher Rückgang festzustellen; Tage zuvor hatte ein Armee-Magazin hingegen festgestellt, „die Zahl von Selbstmorden unter Soldaten wächst“.<sup>21</sup> Das „Öffentliche Russische Fernsehen“ zog dazu einen doch überaus erschütternden Vergleich: Vor der bolschewistischen Revolution von 1917 kamen auf 100.000 russische Soldaten nur drei Selbstmorde, während 1996 jene Zahl 36 betrug – also das Zwölfwache!<sup>22</sup>

Muß dieses „innere Gefüge“ der heutigen russischen Streitkräfte schon als mangelhaft bewertet werden, so entspricht auch der Ausrüstungsstand

ihrer herkömmlichen Waffen längst nicht mehr modernen Anforderungen. Nach mehreren, voneinander unabhängigen Urteilen hoher Militärs ist er beim Heer heutzutage bereits zu etwa 70 % veraltet<sup>23</sup>; 1999 dürften nur noch 8,5 % mit modernen Waffen ausgestattet sein, wie ein interner Bericht des Verteidigungsministeriums vom Herbst 1996 prognostiziert. Von den Panzern kann lediglich knapp ein Drittel als neu bezeichnet werden – „Die übrigen sind Opas“, meldete „Interfax“.<sup>24</sup> Eine neue Panzer-Generation aber wird nicht vor dem Jahre 2005 in Dienst gestellt werden; bis dahin sollen die vorhandenen T-80 und T-90 modernisiert werden. In der zurückliegenden Zeit wurden für den russischen Inlands-Gebrauch nur ganze 25 Panzer pro Jahr produziert, während es in den 60iger Jahren noch bis zu 3.000 Kampfpanzer jährlich gewesen waren. Im Herbst 1998 wurde zudem nicht selten über fehlenden Treibstoff geklagt. Von den 1.500 Hubschraubern der Bodentruppen müßten eigentlich zwei Drittel erneuert werden, doch wurden seit 1991 jährlich nicht mehr als 20 Helikopter ausgebessert. Bei den Flugzeugen der taktischen Luftwaffe – so ein russischer General – „gehören lediglich 30 % der vierten Generation vom Typ MiG 29 und Su-27 an. Die übrigen Flugzeuge sind veraltet und müssen bis zum Jahre 2000 aus dem Dienst gezogen werden.“<sup>25</sup>

1996 und 1997 erwarben die Luftstreitkräfte nach eigenen Angaben kein einziges Kampfflugzeug; in den 80iger Jahren belief sich die Zahl auf 400 bis 500 jährlich, 1993 bis 1995 dann waren es jeweils nur mehrere Dutzend. Betrogen die Flugstunden

eines russischen Piloten 1995 pro Jahr 30 bis 40, sank ihre Zahl bereits zwölf Monate später auf lediglich 19 – obwohl es eigentlich 300 sein müßten. Generaloberst Bukrejew vom Haupt-Direktorial der Streitkräfte äußerte Mitte März 1998, es gebe nicht genug Geld, um die notwendigen Reparaturen an der Ausrüstung der Flugzeuge durchzuführen. Im September meldete der Sender NTW, beim Luftwaffen-Regiment 209 (das „verantwortlich ist für die Verteidigung der Luft-Front im Süden“ des Landes) seien von 28 Flugzeugen noch ganze vier einsatzbereit: „Die Su-27-Maschinen stehen wie verwundete Vögel zusammen auf einem Haufen. Nur Vertreter der Flugzeugwerke in Irkutsk sind in der Lage, ihr dienstliches Leben zu verlängern, doch das Verteidigungsministerium hat kein Geld, um die Irkutsk-Arbeiter nach dort zu schicken und die Arbeit zu verrichten.“<sup>26</sup>

Die Marine, die früher 23 % des Verteidigungsbudget bezog, erhielt 1998 lediglich noch 13 %. Sie muß nach Äußerungen des russischen Flottenchefs Flottenadmiral Wladimir Kiurojedow die Konstruktion neuer Schiffe auf fünf Jahre verschieben, bis dahin ist die bestehende Flotte aufrechtzuerhalten. Die im Bau befindlichen Schiffe wie etwa der auf der Werft in Königsberg liegende Raketen-Kreuzer sollen allerdings fertiggestellt werden.<sup>27</sup>

Eine baldige Verbesserung der Situation ist aber ebenfalls in diesem Bereich nicht in Sicht: Auf der Sitzung des Verteidigungsrates am 4. Oktober 1996 in Moskau wurde festgestellt, angesichts des Geldmangels könnten neue Waffensysteme kaum noch angeschafft werden. Tschernomyrdin

gestand einige Zeit danach vor der Führung der Streitkräfte, vor 2005 bis 2010 sei eine Modernisierung der Truppen nicht zu erwarten. Noch pessimistischer bewertet neuerdings General Potjomkin vom Generalstab die Zukunft: Nach ihm „muß Rußland die nächsten 25 bis 30 Jahre dazu nutzen, eine Armee aufzubauen, die imstande ist, nationale Interessen zu verteidigen. Schon früher diesen Aufgaben gerecht zu werden, ist kaum möglich.“<sup>28</sup>

Eine recht bedeutsame Finanzquelle für die Streitkräfte und ihre Ausrüstung stellte bislang der Verkauf sowjetisch-russischen Kriegsmaterials ins Ausland durch das staatliche Unternehmen „Roswooruschenije“ dar. In der Tat beliefen sich diese Exporte – besonders nach Indien und in die Volksrepublik China – 1993 auf 1,2 Milliarden US-Dollar, um drei Jahre später die Höhe von 3,5 Milliarden zu erreichen; für 1997 waren vier angestrebt und für das Jahr 2000 sogar zehn Milliarden! Nach mehreren Rückschlägen in neuester Zeit glaubt man in Moskau jetzt, als Maximum pro Jahr höchstens drei Milliarden US-Dollar erreichen zu können.<sup>29</sup> Doch ob diese Verkaufssumme tatsächlich erzielt wird, erscheint fraglich: Denn die russische Rüstungsindustrie wurde seit etwa Juli 1998 von etlichen Streiks heimgesucht, die Arbeiter hatten seit etlichen Monaten, teilweise sogar seit Jahren, keinen Lohn erhalten. Die Behauptung, dieser Sektor befände sich „in einem kritischen Zeitpunkt eines Kollaps“ und „über 80 v. H. der Fabriken“ seien „völlig bankrott“, dürfte in etwa der Realität entsprechen.<sup>30</sup> Die zugleich geforderte „drastische Besserung in

naher Zukunft“ wird indessen kaum zu realisieren sein: Die den Mitarbeitern der Rüstungsindustrie geschuldeten Löhne und Gehälter beliefen sich bereits im April 1998 auf 4,5 Milliarden Rubel.

Verständlicherweise können all diese verschiedenartigen Punkte nicht ohne Auswirkungen auf die Offiziere und Soldaten bleiben. Ein entscheidender Faktor – der allerdings in den russischen Massenmedien nie erwähnt wird – dürfte der damalige Abzug der Armeen aus dem Baltikum, den bisherigen Warschauer-Pakt-Staaten sowie aus Kuba und der Mongolei gewesen sein, der mit Familienangehörigen und Zivilangestellten rund 1,2 bis 1,6 Millionen Menschen umfaßte. Generell zeigte sich Moskau bei dieser Entwicklung unvorbereitet und überfordert. Insbesondere aber wird es für die Rückkehrenden aus der einstigen DDR ein psychologischer Schock gewesen sein, die dort nach 1990/91 den Wiederaufbau und das westliche Warenangebot miterlebten. Zudem kehrten die einst ruhmreichen Rotarmisten – früher Symbol der Größe und Stärke eines mächtigen Vaterlandes – in eine wirtschaftlich zerrüttete und innerlich zerrissene Heimat zurück, ohne Zukunftsaussichten und oft sogar von wirtschaftlicher Not bedroht. Bereits Anfang 1997 war dem Sprecher des Verteidigungsministeriums nach die Kampfbereitschaft der Armee seit dem Zerfall der UdSSR um das Sechsfache gesunken, diejenige der Flotte sogar um das Zehn- bis Zwölfwache.<sup>31</sup> In der Zwischenzeit haben sich die Verhältnisse weiter verschlechtert: Ein gutes Jahr später machte Sergejew auf einem Treffen mit pensionierten hö-

heren Offizieren das Eingeständnis, daß mit Ausnahme der Strategischen Raketentruppen und der Fallschirmjäger „keine Einheit in der Lage ist, militärische Aufgaben durchzuführen“. Auch „Nesawissimaja Gaseta“ kam nach der Meinung „fast aller Spezialisten“ zu der Ansicht, die russischen Streitkräfte seien heute nicht kampffähig und ergänzte dies mit dem Hinweis, die kampffähigen Einheiten umfaßten 200.000 bis 300.000 Soldaten, „während der Rest als nicht anders als sich auflösende Formationen militärischen Typs betrachtet werden kann.“ Der Überzeugung von General Putilin im Herbst 1998 zufolge ist eine wesentliche Verbesserung der Kampfbereitschaft für die nächste Zukunft auch „nicht zu erwarten“.<sup>32</sup>

Ohnehin drängt sich schon eher die Frage auf, wie lange die Streitkräfte dies alles hinnehmen werden. Es kam während der vergangenen Jahre bereits zu Meutereien auf Nuklear-U-Booten, ebenso in der U-Boot-Garnison der Pazifik-Flotte, im Januar 1997 bei einer Luftlande-Einheit und drei Monate später zu einem Hungerstreik in Tula – viele weitere dürften im Westen nicht bekannt geworden sein. Bei der Bewertung der Situation sollte man allerdings nicht in den sehr häufig gemachten Fehler des Westens verfallen, Rußland, die Mentalität seiner Bevölkerung und gerade auch die Armee mit westlichen Augen und Wertmaßstäben zu betrachten: Die Leidenschaft des russischen Volkes ist riesengroß – wenn auch nicht grenzenlos. Vor nunmehr rund zwei Jahren veröffentlichte die Moskauer Forschungsgruppe „Rat für Außen- und Verteidigungspolitik“ eine Erklärung, welche zu der Schlußfolgerung

kam: „Innerhalb der nächsten drei Jahre wird die Armee, sollte sie nicht reformiert werden, als solche verschwinden oder in bewaffnete Gruppen zerfallen, die sich durch Verkauf von Waffen oder durch Raub über Wasser halten, oder es könnte einen Militärputsch geben, der zur Diktatur oder einem Bürgerkrieg führen könnte.“ Im Gegensatz zu ihren Beurteilungen und Einschätzungen noch vor einigen Jahren warnen heute nicht wenige nordamerikanische Spezialisten vor einer „militärischen Katastrophe – Implosion, Meuterei oder Putsch –, falls sich die gegenwärtigen Trends fortsetzen sollten.“<sup>33</sup> Immerhin verhielten sich die Streitkräfte in den bewegten Wochen des Herbstes 1998 durchweg ruhig. Es fällt nicht leicht, an einen direkten Militär-Aufstand zu glauben. In einem, vom Volk getragenen Bürgerkrieg wäre eine Beteiligung der Armee allerdings durchaus zu unterstellen. Eine wirklich seriöse Prognose aber kann zum jetzigen Zeitpunkt keine einzige Stelle im Westen stellen.

#### Die A-, B- und C-Waffen

Gegenwärtig dürfte Rußland etwa 6.000 bis 6.500 Gefechtsköpfe strategischer Nuklearwaffen besitzen; die meisten von ihnen befinden sich in den Regionen Murmansk und Saratow (nördlich von Wolgograd) sowie im Gebiet Krasnojarsk (nordwestlich des Baikal-Sees). An taktischen Atomwaffen schien das Land Anfang 1998 über 7.000 bis rund 9.000 zu verfügen.

Die von ihnen drohende Gefahr besteht indes nach Ansicht mancher

Experten nicht mehr primär in ihren Fähigkeiten, sondern vielmehr in ihrem Verfall: Es gibt erhebliche Mängel bei der technischen Verlässlichkeit des Systems zur Führung und Kontrolle. Nicht nur einmal haben sich ihre elektronischen Sicherheitssysteme spontan in einen „Kampfbereit-Status“ geschaltet. Einige Satelliten des Frühwarnsystems sind nicht mehr einsatzbereit, da es an der notwendigen Wartung fehlt; andere Satelliten fallen regelmäßig durch Stromknappheit aus. Von neun Fernwarn-Radarsystemen scheinen nach westlichen Erkenntnissen nur noch drei zu arbeiten! Ein ehemaliger Oberst schrieb in der „Komsomolskaja Prawda“ im März 1997: „Das Raketenüberfall-Frühwarnsystem verfällt nicht täglich, sondern stündlich.“<sup>34</sup> In weiterer Folge kann Moskau sich nicht mehr voll und ganz darauf verlassen, einen Angriff von außen rechtzeitig zu bemerken! Die weitere Konsequenz: Alle strategischen Streitkräfte sind in die überaus risikofolle Alarmstufe „Start nach Warnung“ versetzt worden, wonach beim ersten Anzeichen eines Angriffs sofort zurückgeschossen und nicht erst der Einschlag der gegnerischen Sprengköpfe abgewartet wird. Es gab in wenigstens zwei Vorfällen bereits die Gefahr eines Fehlalarms, nur in wirklich letzter Sekunde konnte ein russischer Gegenschlag gestoppt werden.

In diesem Zusammenhang kommt dem START-II-Abkommen eine unmittelbare Bedeutung zu, welches der damalige US-Präsident Bush und der russische Präsident Jelzin am 3. Januar 1993 unterzeichneten und in dem sich beide Seiten verpflichteten, bis zum Jahre 2003 ihre strategischen

Atomwaffen auf 3.000 bis 3.500 Sprengköpfe zu reduzieren (das wäre etwa ein Drittel ihres heutigen Bestandes). In den USA wurde es bereits Anfang 1996 auch ratifiziert; Jelzin versprach damals, die Duma werde innerhalb von drei Monaten folgen und äußerte, „daß der unterzeichnete Vertrag die Sicherheit für Rußland nicht herabmindert, sondern festigt.“<sup>35</sup> Auch nach der Ansicht der Deputierten damals wäre die „Ratifizierung des START-II-Vertrages überaus nützlich für Rußland.“

Bald aber schlug diese in eine wachsende Ablehnung um, und führende Mitglieder der Duma sprachen nunmehr von einem „Ausverkauf von Rußlands nationalen Interessen.“ Den wahren Grund räumten einige Politiker und Militärs mit dem Hinweis ein: „Wir werden weder wirtschaftlich noch technisch in der Lage sein, den Vertrag zeitgerecht zu erfüllen.“<sup>36</sup> Tatsächlich dürfte die Verschrottung eine zweistellige Milliarden-Dollar-Summe ausmachen. Bei den späteren Abrüstungsgesprächen in Helsinki vereinbarten Clinton und Jelzin, nach Inkrafttreten des START-II-Vertrages unverzüglich Verhandlungen über START-III aufzunehmen; danach soll die Zahl der Atomsprengköpfe bis Ende 2007 auf 2.000 bis 2.500 auf jeder Seite reduziert werden. Jelzin sicherte die baldige Ratifizierung von START-II erneut zu, doch lehnte die Duma eine solche Mitte September 1997 ab. Im Juni 1998 verlautete aus dem russischen Parlament, diese Frage wird „frühestens im Herbst“ erörtert werden, um dann Ende Oktober von einer Verschiebung „für einige Zeit“ zu sprechen. Nicht zu übersehen ist allerdings auch: Der Vertragstext sagt

nichts über ein Kontrollverfahren. Gewiß werden die Raketen in die russischen Vernichtungsanlagen gebracht, welche über keine Lagerungsmöglichkeiten verfügen; es wurde bisher auch kein unüblicher Weitertransport festgestellt, eine echte und umfassende Kontrolle jedoch gibt es nicht.

Wissen muß man ebenfalls: Die Sicherheitsvorkehrungen für Depots und Lager dieses Kriegsmaterials sind keineswegs selten als minimal anzusehen. So berichtete etwa das „Russische Fernsehen“ Mitte Dezember 1997, sein Korrespondent habe im Gebiet Murmansk an einem bisherigen Militärstandort 70 S-300-Boden-Luft-Raketen entdeckt, „die ihrem Schicksal überlassen worden waren.“ Wochen zuvor prangerte ein Bericht des Fernsehsenders NTW die Basis 25512 in der Nähe von Irkutsk an, auf der 200 S-75-Boden-Luft-Raketen liegen: „Jeder, der Interesse hat, kann die Basis besuchen. Die Warnschilder haben keine Bedeutung. Sieben unbewaffnete Soldaten bewachen die Basis unter dem Kommando eines Offiziers ... (Bei einem Zwischenfall) ist Irkutsk lediglich wenige Schritte von einem großen Desaster entfernt.“<sup>37</sup> Mitte Juli 1998 fand ein Arbeiter in einer Halle der Schiffsreparaturwerft Lajskij Dok in Archangelsk 16 Kampfortpedos, die mit Nuklearsprengköpfen bestückt werden können. Nur einige Beispiele von überaus vielen!

Große Gefahren drohen gerade von den Uran-Reaktoren der ausrangierten Atom-Unterseeboote. Ende 1997 existierten 107 solcher Boote, aus denen zumeist der atomare Brennstoff noch nicht entfernt wurde. Die ent-

sprechenden Kosten für ein solches Schiff betragen nach russischen Angaben rund acht Millionen US-Dollar. Die Gefahren einer radioaktiven Verseuchung – und die Entfernung zu den nächsten bewohnten Häusern beträgt in einigen russischen Orten knappe 200 Meter! – hatte das Moskauer Fernsehen bereits seit 1993 mehrfach aufgezeigt, doch nach wie vor muß man sagen, „daß die ganze Nordmeer-Region sich von der Strahlenbelastung her als eine tickende Zeitbombe darstellt.“ Diese U-Boote, so gab NTW noch vor wenigen Monaten zu, gehören „zu den größten Sicherheitsproblemen des Landes.“<sup>38</sup> Zu ihrer Lösung benötige man fünf bis zehn Jahre, betonte der Stellvertretende Atomenergieminister Ende Mai 1998 und fügte hinzu, „Nicht eine einzige Kopeke haben wir 1997 und auch nicht 1998 (hierfür) bekommen.“ Der russische Atomenergieminister selber hingegen hatte nur 23 Tage zuvor die Ansicht vertreten, die Bewältigung dieses Problems bleibe „vorrangige Aufgabe“ für die nächsten „15 bis 20 Jahre.“<sup>39</sup>

Biologisch-bakteriologische Kampfstoffe dürften die gefährlichsten Waffen sein, kann bei einigen doch schon weniger als ein Millionstel Gramm den Tod eines Menschen herbeiführen! 1975 trat eine internationale Konvention zum Verbot biologischer sowie von Toxin-Waffen in Kraft; sie verbietet, solche zu entwickeln, zu produzieren und zu lagern. Drei Jahre zuvor war ein inhaltsähnlicher Vertrag zwischen Washington und Moskau ratifiziert worden, wonach sie innerhalb der nächsten neun Monate zerstört werden sollten. In den folgenden Jahren aber gab es immer wieder

Nachrichten und Erkenntnisse über eine weitere Herstellung von B-Waffen in Rußland, was Gorbatschow bis zuletzt abstritt. Jelzin hingegen gab die andauernde Produktion zu und befahl im April 1992 angeblich per förmlichem Dekret die Beendigung. Bald erklärte Igor Wlassow, Abteilungsleiter im Komitee für Vertragsprobleme der B- und C-Waffen: „Auf dem Territorium Rußlands gibt es keine Depots von biologischen Waffen, deshalb stellt sich den russischen Militärbehörden nicht das Problem ihrer Vernichtung.“<sup>40</sup> Ebenso beteuerte der damalige Verteidigungsminister Gratschow, „daß Rußland die Herstellung dieser Waffenarten völlig eingestellt hat und jetzt auf deren Basis medizinische Präparate produziert und zwar Antibiotika.“<sup>41</sup> Indes ist der Westen überaus sicher: Auch heutzutage arbeitet Rußland an B-Waffen. Als Orte werden dabei genannt das Virologiezentrum Koltsovo, nördlich der Grenze zwischen Kasachstan, China und der Mongolei sowie das 60 Meilen südlich von Moskau gelegene Mikrobiologiezentrum Obolensk.

Die heute in Rußland befindliche Menge an C-Kampfstoffen wird offiziell ständig mit 40.000 Tonnen angegeben. Der Westen erachtet diese Zahl als zu niedrig; auch der bekannte russische Wissenschaftler Wil Mirsojanow nennt für die damalige UdSSR einen Vorrat von 65.000 bis 75.000 Tonnen. Ihr Verbleib ist allerdings „völlig unklar“, wie das Armee-Organ „Krasnaja Swesda“ sowie „Radio Rußland“ eingestanden<sup>42</sup> – ein Eindruck, der inzwischen auch bei Experten im Westen dominiert. Zudem wurde eine unbekannte Menge chemischer Waffen während der vergangenen

Jahrzehnte einfach in die Karaund, die Barentsee sowie in das Ochotskische und das Japanische Meer versenkt. Die eigentliche Zentrale für derartige Waffen stellt heute das Moskauer „Institut für organische Chemie und chemische Technologie“ dar mit seinem Direktor Viktor Petrunin und insgesamt 3.500 Bediensteten, darunter etwa 600 Wissenschaftler. Zentrum der Forschung und auch der Erprobung ist der Ort Schichanij an der Wolga. Es gibt sieben weitere Fabriken, die C-Kampfstoffe herstellen – sie sind im Westen bekannt ebenso wie die Orte, an denen die Lagerung erfolgt. In einem am 1. Juni 1990 abgeschlossenen – von Moskau endlich am 5. November 1997 ratifiziert – Abkommen mit den USA, welches am 15. Januar 1993 durch die Pariser Konvention bestätigt wurde, versprach die damalige Sowjetunion, Ende 1992 mit der Zerstörung ihrer chemischen Waffen zu beginnen, nach sieben Jahren die Hälfte vernichtet zu haben und Ende 2002 nur noch über 5.000 Tonnen zu verfügen. In der Folgezeit versicherten führende russische Militärs und Wissenschaftler wiederholt, die Herstellung an solchen Kampfmitteln sei eingestellt worden<sup>43</sup>, doch der genannte Mirsojanow beschuldigte in der russischen Zeitung „Kuranty“ am 10. Oktober 1991 sein Land in aller Offenheit, auch weiterhin C-Waffen zu produzieren. Nach westlichen Erkenntnissen handelt es sich im einzelnen um die Nerven-Kampfstoffe Sarin und Soman, die Haut-Kampfstoffe S-Lost, Lewisit und das S-Lost-Lewisit-Gemisch sowie um den Lungen-Kampfstoff Phoegen. Einige Jahre danach stellte Rußland einen neuen Nerven-Kampfstoff – allgemein als „Nowo-

schok 5“ bekannt – her, der etwa acht- bis zehnmal stärker als das bisher giftigste Kampfgas „VX“ ist.<sup>44</sup>

Besonders hierbei sind tiefe Sorgen angebracht. Bereits im April 1996 mahnte Yuriy Baturin, Sekretär des Verteidigungsrates, in einem Brief: „Die Container zerfallen. Die Konsequenzen eines möglichen Lecks werden katastrophal sein. Wir sind verurteilt zu hoffen, daß ihr Inhalt sich nicht in ein weiteres Tschernobyl verwandeln wird.“ Eineinhalb Jahre später bemerkte der Kommandeur der für die C-Waffen zuständigen Truppeneinheit in Gornij gegenüber NTW in ähnlicher Weise, niemand könne irgendeine Garantie geben: „Der Prozeß der Korrosion läuft, ob es nun regnet oder ob die Sonne scheint.“<sup>45</sup> Schon 1995 hatte das russische Verteidigungsministerium auf die Gefahr aufmerksam gemacht, daß sich kriminelle Kreise der Arsenale mit C-Waffen bemächtigen könnten. Primär fehle es dort an elektronischen Sensoren und sogar an Außenbeleuchtungen, die zumeist schlecht gewartet seien; nicht nur in einem Fall würde lediglich das Haupttor bewacht! Im Frühjahr 1996 hatte der damalige Kommandeur der ABC-Truppen in Moskau um zusätzliche Finanzmittel zur Verbesserung jener Sicherheitsmaßnahmen gebeten, doch sind Anzeichen für echte Hilfen bisher immer noch nicht erkennbar. Eine andere Gefahr besteht darin, daß die nur schlecht besoldeten Soldaten dieser Arsenale einmal von Mafia-Gruppierungen mit sehr hohen finanziellen Angeboten angelockt werden könnten und in weiterer Folge dann Chemie-Kampfstoffe auf den internationalen Schwarzmarkt gelangen und

eines Tages von Terroristen eingesetzt werden. Wurde doch schon 1993 versucht, 800 kg C-Waffen in den Nahen Osten zu schmuggeln und ein Jahr später sogar fünf Tonnen!<sup>46</sup>

Die Kosten für die Zerstörung der C-Waffen in Rußland gab Moskau 1993 noch mit drei Milliarden Rubel und 543 Millionen US-Dollar an, in der Zwischenzeit ist die Zahl auf 17 Billionen Rubel hochgeklettert. Das Motiv hierzu verriet die Vorsitzende des Komitees für Umweltschutz des Parlamentes, Tamara Slotnikowa, als sie im Juli 1996 in der Duma recht unverhüllt forderte: „Wenn die Weltgemeinschaft an der Vernichtung der C-Waffen in Rußland interessiert ist, sollte sie unserem Lande erhebliche Hilfe zukommen lassen.“<sup>47</sup> Ende Juni 1998 gab der Kommandeur der ABC-Truppen zu, die Zerstörung der Chemie-Kampfstoffe – mit der man erst Ende 1999 beginnen will, also mit einer Verspätung von über sieben Jahren! – sei auch innerhalb der nächsten zehn Jahre nicht möglich, man benötige über 2005 hinaus zusätzliche fünf Jahre.<sup>48</sup> Nachdenklich stimmen muß eine Fernsehsendung, nach der russische Experten befürchten, daß „ein beträchtlicher Teil“ der vom Westen zur Verfügung gestellten Geldsumme – wie schon in der Vergangenheit geschehen – auf Schweizer Bankkonten verschwinden könnte.<sup>49</sup> Überaus bedenklich sind ebenfalls Äußerungen hoher russischer Persönlichkeiten, bei einer NATO-Osterweiterung „gewinnen die chemischen Waffen wieder ihre militärische Bedeutung“ und der Vertrag „verbietet zum Beispiel nicht, C-Waffen einer neuen Generation zu entwickeln.“<sup>50</sup>

## Die neuesten Waffen

Trotz der äußerst bedrängten wirtschaftlichen und finanziellen Lage der Russischen Föderation läuft ihre Waffen-Produktion und -Forschung im Rahmen des Möglichen weiter. Der für die Bewaffnung der Streitkräfte verantwortliche Generaloberst Anatolij Sitnow betonte in der vorletzten Oktober-Woche 1998: „Rußlands militärisch-industrieller Komplex setzt alle Arten von Forschung und experimentellen Arbeiten fort und ist damit beschäftigt, eine wissenschaftliche Grundlage zu schaffen, die wesentlich stärker ist als offiziell zugegeben wird. Die Serienproduktion von Waffen dauert an. Wir erhalten sämtliche technologischen Produktionslinien aufrecht, alle wichtigsten technologischen Linien, die alle bedeutenden Waffengattungen herstellen.“<sup>51</sup>

Für die Entwicklung neuester Waffen stellte das Verteidigungsministerium 1997 umgerechnet 12,8 Milliarden US-Dollar zur Verfügung. Im Frühjahr 1998 wurde einmal der neue Tarnkappenjäger „Suchoi-32“ eingeführt, der allem Vergleichbaren im Westen überlegen sein soll.<sup>52</sup> Große Geheimnisse macht man um das ähnliche Stealth-Kampfflugzeug „S-37“, das auch unter der Bezeichnung „Berkut“ bekannt ist.<sup>53</sup> Viel verspricht sich die russische Militärführung ebenfalls von dem MiG-29-927-Mehrzweckflugzeug, das unter jedem Flügel vier Tonnen Last tragen kann und eine Geschwindigkeit von fast 3.000 km/h entwickelt.<sup>54</sup> Neu ist die Modernisierung der MiG-29 zu der MiG-29-SMT, doch gab es Mitte August 1998 davon erst 30 Maschinen. Vor kurzem

wurde Näheres über das neue Flugzeug „Su-34“ bekannt, das nach – allerdings schon üblicher – russischer Darstellung „das Flugzeug des 21. Jahrhunderts“ werden könnte: „Der Bomber, dessen Gewicht mit voller Bewaffnung und voller Bombenlast über 25 Tonnen beträgt, erreicht eine Geschwindigkeit von 2.500 Stundenkilometern und eine Höhe von 20 Kilometern.“<sup>55</sup> Mitte August 1998 führte das Verteidigungsministerium zumindest in der Baltischen Flotte das S-300-PS mobile Luftabwehr-Raketen-System ein. Auf der Sewmasch-Werft in Sewerodwinsk soll bis 2001 ein super-modernes Nuklear-Unterseeboot mit der Bezeichnung „RSM-52“ fertiggestellt sein.

Sehr großen Wert legt die russische Militärführung auf „Topol-M“ (wie russischerseits die SS-25 bezeichnet wird), eine dreistufige Feststoffrakete mit einem Gewicht von 47 Tonnen und einer Länge von 27 Metern, die eine Tonne schweren nuklearen Sprengstoff tragen kann. Die Testversuche finden im nordrussischen Plesetsk statt, wobei die Raketen zum rund 7.000 km entfernten Ziel auf die fernöstliche Halbinsel Kamtschatka geschossen werden.<sup>56</sup> Gebaut wird „Topol-M“ in Wotkinsk (Ural-Gebiet), im Laufe der nächsten Jahre soll sie alle jetzigen elf Raketen-Typen der russischen Streitkräfte ersetzen. Ist sie doch, wie es immer wieder heißt, „Die Waffe des 21. Jahrhunderts“. Überaus stolz wird in zwei recht aufschlußreichen Sätzen hervorgehoben: „In weniger als einer halben Stunde kann sie das Territorium der USA oder irgendeinen anderen Punkt der Erde erreichen. Der vorhandene atomare Bestand (ist) ausreichend, um die ge-

samte Bevölkerung des Erdballs 51 mal zu vernichten.“<sup>57</sup> Vorgesehen ist, ab 2000 nicht weniger als 35 bis 45 „Topol-M“ – pro Jahr rund zehn – in Dienst zu stellen und ab 2002 zwischen 450 und 650 Raketen-Abschubvorrichtungen dieser Art beizubehalten.<sup>58</sup> Seit Sommer 1997 wird zudem an einer verbesserten Ausführung gearbeitet, und ganz offenbar sind während des zweiten Halbjahres 1998 von dieser „RS-12 M 2“ (SS-27) bereits mehrere Raketen an die entsprechenden Einheiten ausgeliefert worden.<sup>59</sup>

Damit sind die Strategischen Raketen-truppen gemeint, deren Personalstärke an Offizieren und Soldaten nach ständiger russischer Darstellung 60.000 – in Wahrheit aber wohl 100.000 beträgt. Jelzin selber äußerte: „Vorrangige Bedeutung messen wir der Beibehaltung und Entwicklung der strategischen Atomstreitkräfte bei. Sie sind der grundlegende Garant“ und in jüngster Zeit war aus dem Munde des früheren Premierministers Sergej Kirijenko zu vernehmen, diese Truppen müßten – unabhängig aller Schwierigkeiten – finanziert werden.<sup>60</sup>

Ähnliche Priorität besteht für die 27 strategisch-nuklearen Unterseeboote, die in Sewerodwinsk, Archangelsk sowie bei Komsomolsk-na-Amur gebaut werden. Ihre Übungen finden allgemein in der Barentsee statt, die Ziele befinden sich auf Kamtschatka. Die vor kurzem noch sehr hochgesteckten Pläne Moskaus für den Ausbau dieser Waffe sind allerdings bis in die nächste Zukunft nicht finanzierbar.

Hinsichtlich neuer C-Waffen war Mitte März 1997 in westlichen Zeitungen in einer nur kurzen Notiz zu lesen<sup>61</sup>,

ein Offizier des russischen Geheimdienstes sei mit einer Probe eines völlig neuen Nervengases – „A-232“ genannt – in den Westen geflüchtet. Die Truppen Moskaus hätten es bereits im Tschetschenien-Krieg benutzt, bei dem es bekanntlich zu mehreren nicht aufzuklärenden Todesfällen gekommen war. Inzwischen weiß man,

daß „A-232“ in Schichanij und Wolgograd getestet wurde und unter der Code-Bezeichnung „Foliant“ im Khimprom-Produktionskomplex in Nowoschenoksarsk hergestellt wird. Die Produktion dürfte inzwischen angelaufen sein, die jährliche Menge schätzt man im Westen auf 2.000 bis 2.500 Tonnen.

## Anmerkungen

- <sup>1</sup> Abgedruckt u.a. in „Krasnaja Swesda“, Moskau, 31.12.1996.
- <sup>2</sup> Moskau, den 28.3.1996.
- <sup>3</sup> Vergl. zu dem Komplex u.a. „Itar-Tass“, Moskau, 30.4.1998 sowie auch 24.7. und 15.9.1998 – „Iswestija“, Moskau, 25.7.1998.
- <sup>4</sup> „Interfax“, Moskau, 19.9.1998; „Nesawissimaja Gaseta“, Moskau, 18.8.98.
- <sup>5</sup> Moskau, 27.10.1996.
- <sup>6</sup> „Itar-Tass“, a.a.O., 8.5.1997 (zu Jelzin vergl. „Itar-Tass“, a.a.O., 15.3.1997); im gleichen Zusammenhang „Russisches Fernsehen“, Moskau, 12. und 13.10.1996 sowie 22.12.1996 und „Interfax“, a.a.O., 23.1.1997.
- <sup>7</sup> „Itar-Tass“, a.a.O., 21.8.1997, „Russischer TV-Kanal“, Moskau, 6.4. und 11.8.1997.
- <sup>8</sup> Moskau, 13.9.1998. – Die Baltische Flotte, deren Forderungen gegenüber der Regierung in Moskau sich auf 1,3 Milliarden Rubel beläuft, erhielt für die Verpflegung von Januar 1998 bis Mitte Oktober lediglich 12 % des erforderlichen Betrages (so „Russischer TV“, Moskau, 24.10.1998).
- <sup>9</sup> „Süddeutsche Zeitung“, München, 25.3.1998.
- <sup>10</sup> „Itar-Tass“, a.a.O., 27.3. und 22.5.1997. – Zu Äußerungen Rodionows s. „Itar-Tass“, a.a.O., 17.7.1996.
- <sup>11</sup> „Komsomolskaja Prawda“, Moskau, 20.10.1998; „Interfax“, a.a.O., 17.4.1997.
- <sup>12</sup> „Itar-Tass“, a.a.O., 20.2.1997.
- <sup>13</sup> A.a.O., 25.9.1998.
- <sup>14</sup> „Interfax“, a.a.O., 30.7.1997.
- <sup>15</sup> „Russisches Ren TV“, Moskau, 17.9.1997; „Itar-Tass“, a.a.O., 17.11.1997.
- <sup>16</sup> „Itar-Tass“, a.a.O., 2.4.1998.
- <sup>17</sup> „Itar-Tass“, a.a.O., 2.7.1998.
- <sup>18</sup> „Argumentj i Faktj“, Moskau, März-Ausgabe 1998, vergl. ebenso „Ostankino Radio Mayak“, Moskau, 17.8.1997.
- <sup>19</sup> „Interfax“, a.a.O., 19.11.1997.
- <sup>20</sup> „Nesawissimaja Gaseta“, a.a.O., 15.3.1997.
- <sup>21</sup> „Armejskij Sbornik“, Moskau, 1.6.1998, „Itar-Tass“, a.a.O., 9.6.1998.
- <sup>22</sup> Moskau, 10.6.1997.
- <sup>23</sup> General Wladimir Potjomkin im Generalstab gegenüber „Interfax“, a.a.O., 18.10.1998.
- <sup>24</sup> A.a.O., 3.5.1997
- <sup>25</sup> „Interfax“, a.a.O., 7.1.1997.
- <sup>26</sup> Moskau, 5.9.1998.
- <sup>27</sup> „Federal News Service“, Moskau, 27.8.1998, „Itar-Tass“, a.a.O., 19.3.1996.
- <sup>28</sup> „Interfax“, a.a.O., 18.10.1998.
- <sup>29</sup> „Interfax“, a.a.O., 15.5.1998; ähnlich der Leiter von „Roswooruschenij“ in einem Interview mit der „Krasnaja Swesda“ a.a.O., abgedruckt in der Ausgabe vom 23.9.1998. – „Itar-Tass“, a.a.O., 13.2.1998. – Vergl. generell zu dem Thema Friedrich-Wilhelm Schlomann, „Die weltweiten Waffenverkäufe Rußlands“, Deutsche Welle (Monitor-Dienst, Dokumentation), Köln, 1997.
- <sup>30</sup> „Öffentliches Russisches Fernsehen“, Moskau, 24.7.1998. Ähnlich „Radio Rußland“, Moskau, 4.6.1998.
- <sup>31</sup> „Interfax“, a.a.O., 31.1.1997.
- <sup>32</sup> „Interfax“, a.a.O., 8.4.1998. „Nesawissimaja Gaseta“, a.a.O., 25.9.1998. – „Kommersant Daily“, Moskau, 7.10.1998.
- <sup>33</sup> AP, aus Washington, 2.12.1997.
- <sup>34</sup> A.a.O., 15.3.1997.
- <sup>35</sup> Zu dem Komplex bes. „Itar-Tass“, a.a.O., 25.4., 27.6. und 26.10.1995 sowie 31.1.1996.
- <sup>36</sup> „Stimme Rußlands“, Moskau, 9.10.1996.
- <sup>37</sup> „Russisches Fernsehen“, a.a.O., 15.12.1997. – NTW, Moskau, 6.9.1997.
- <sup>38</sup> „Generalanzeiger“, Bonn, 17./18.1.1998 und NTW, a.a.O., 26.5.1998. – „Russisches Fernsehen“, 7.12.1994. „Interfax“, a.a.O., 21.11.1995. Über die verbrauchten Kernbrennstoffbündel in der Kola-Bucht führte das „Russische Fernsehen“ am 3.1.1996 aus: „Die Gesamtaktivität

- des Inhalts beträgt eine Million Curie, sechsmal mehr als bei der Erzeugung im Kernkraftwerk Tschernobyl“. Eine Besserung der Lage dürfte bisher noch nicht eingetreten sein.
- <sup>39</sup> „Itar-Tass“, a.a.O., 27.5.1998 und 4.5.1997.
- <sup>40</sup> „Radio Rußland“, a.a.O., 15.2.1992.
- <sup>41</sup> „Itar-Tass“, a.a.O., 19.10.1997. Andererseits „The Sunday Times“, London, 27.3.1994.
- <sup>42</sup> „Krasnaja Swesda“, a.a.O., 22.10.1993 und „Radio Rußland“, a.a.O., 20.4.1994.
- <sup>43</sup> So z.B. „Verteidigungsminister Gratschow“ am 19.10.1992. – „Russisches Fernsehen“, a.a.O., 11.11.1992. „Radio Rußland“, a.a.O., 26.2.1994.
- <sup>44</sup> The Henry L. Stimson Center, „Chemical Weapons Disarmament in Russia“, Washington, 1995, bs. Seite 25.
- <sup>45</sup> NTW, a.a.O., 18.4. und 19.11.1997.
- <sup>46</sup> So Festvertrag anlässlich des 50. Jubiläums der „Vereinigung Schweizer Nachrichtenoffiziere“, Thun, 15.3.1997, S. 24 des Manuskripts. – „The Korea Times“, Seoul, 25.10.1995.
- <sup>47</sup> „Stimme Rußlands“, a.a.O., 22.7.1996.
- <sup>48</sup> „Interfax“, a.a.O., 23.6.1998.
- <sup>49</sup> „TV-Zentrum“, Moskau, 3.8.1998.
- <sup>50</sup> Vorträge von Generaloberst a.D. Anatoli Kunzewitsch (früher Befehlshaber der Chemischen Truppen der UdSSR) und Professor Anatoli Frenkin (Leiter eines – wahrscheinlich – entsprechenden Instituts an der russischen Akademie für Wissenschaften) am 22.4.1998 im Bundeswehr-Verifikationszentrum Geilenkirchen (Näheres bei Friedrich-Wilhelm Schlomann in „Deutscher Ostdienst“, Bonn, 30.4.1998, S.8f.).
- <sup>51</sup> „Itar-Tass“, a.a.O., 22.10.1998.
- <sup>52</sup> AP, aus Moskau, 8.10.1997.
- <sup>53</sup> NTW, a.a.O., 24.10.1997.
- <sup>54</sup> „Öffentliches Russisches Fernsehen“, a.a.O., 29.11.1997.
- <sup>55</sup> „Russisches Fernsehen“, a.a.O., 5.1.1998.
- <sup>56</sup> „Interfax“, a.a.O., 17.4. und 9.11.1996 sowie 8.7.1997.
- <sup>57</sup> „Öffentliches Russisches Fernsehen“, a.a.O., 3.1. und 15.2.1997; „Itar-Tass“, a.a.O., 12.10.1996.
- <sup>58</sup> Erster Stellvert. Premierminister Jurij Masljukow gegenüber „Itar-Tass“, 6.10.1998. „Öffentliches Russisches Fernsehen“, a.a.O., 26.10.1998.
- <sup>59</sup> „Iswestija“, a.a.O., 26.9.1998.
- <sup>60</sup> „Russischer TV-Kanal“, Moskau 3.7.1998. – „Itar-Tass“, a.a.O., 28.6.1995; ähnlich Rodionow gegenüber „Itar-Tass“, a.a.O., 1.10.1996.
- <sup>61</sup> „Die Welt“, Berlin, 13.3.1997. – Friedrich-Wilhelm Schlomann, „Wo sind die A-, B- und C-Waffen der früheren UdSSR geblieben?“ Deutsche Welle (Monitor-Dienst, Dokumentation) Köln 1997, besonders S. 10ff..

# Das aktuelle Buch

**Warnfried Dettling: Wirtschaftskummerland? Wege aus der Globalisierungsfalle.** Kindler Verlag München 1998, 336 Seiten, 39,90 DM.

„Globalisierung“ ist zu einem dominierenden Schlagwort im Kanon der Zeitkritik geworden. Kaum eine öffentliche Diskussion, in der dieser Begriff nicht in einem Atemzug mit düsteren Perspektiven wie der Vernichtung heimischer Arbeitsplätze und der damit verbundenen Gefahr für Wohlstand und soziale Sicherheit genannt wird. Wirtschaftsaufschwung und Wachstum haben lange Jahre das Erfolgsrezept der aufstrebenden Bundesrepublik Deutschland ausgemacht und ihr das Prädikat „Wirtschaftswunderland“ verliehen. Droht uns jetzt, da dieses Wachstum an seinen Grenzen angekommen zu sein scheint, die Umkehr vom „Wirtschaftswunderland“ in ein „Wirtschaftskummerland“?

Bewußt hat Warnfried Dettling das Fragezeichen im Titel seines neuen Buches „Wirtschaftskummerland? Wege aus der Globalisierungsfalle“ gesetzt. Seine Einschätzung des Wandels, der unsere Arbeits- und Familienwelt erfaßt hat, als epochale Veränderung unterscheidet Dettling nicht von anderen kritischen Zeitgeistern, wohl aber die Schlüsse, die er zieht. „Recht verstanden“, so der Autor, „geben die großen Veränderungen der Zeit keinen Anlaß zur öffentlichen Tristesse, sondern allen Grund zu einem bedingten Optimismus angesichts der Möglichkeiten, die vor uns liegen.“

Dettling erteilt somit nicht nur jeglichem Lamentieren eine Absage. Er stellt auch klar, daß es keine Rückkehr in die vermeintlich „gute alte Zeit“ geben wird. Sein neues Buch ist ein leidenschaftliches Plädoyer dafür, den Umbruch, in dem sich unsere Gesellschaft befindet, als Chance für den Aufbruch zu neuen Ufern zu begreifen. Von einer Krise zu reden, weist der Autor strikt von sich: „Familie, Arbeit und Wohlfahrt sind am Ende des 20. Jahrhunderts nicht in einer Krise, und sie machen auch keine Probleme. Etwas Neues entsteht.“

Bevor Dettling aufzeigt, auf welchem Weg dieses Neue in seiner Entstehung gefördert werden kann, nimmt er eine umfangreiche Bestandsaufnahme der aktuellen Situation unserer Familien-, Arbeits- und Sozialwelt vor, die alleine

schon das Buch lesenswert macht. Auf einen Rückblick auf die Entstehungsgeschichte des deutschen Sozialstaats folgt eine Analyse des Strukturwandels und der Systemveränderung. Die dabei diagnostizierten Defizite unseres Sozialstaats bilden die Grundlage für Dettlings These, wonach es struktureller Reformen bedürfe, um die ursprünglichen Ziele des Sozialstaats auch in veränderten Zeiten zu erreichen, ganz nach dem Motto „Erneuern, um zu bewahren“.

Als drei Entwicklungen, die die Rahmenbedingungen für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft und somit ganz entscheidend für den Sozialstaat dramatisch verändert haben, führt Dettling die Globalisierung, die Digitalisierung und die Individualisierung an. Familie und Erwerbsarbeit, zwei Bereiche, die von diesen Strömungen besonders betroffen sind, werden einer gründlichen Untersuchung unterzogen. Doch würde es der Intention des Autors widersprechen, sich hier nur mit dem Aufzeigen der zweifelsohne gegebenen Mißstände zufriedenzugeben.

In seiner Auffassung darüber, daß es auf beiden Gebieten um mehr gehen wird als den Versuch, lediglich den Fortbestand beider Institutionen zu sichern, erweist sich Dettling als realistischer Visionär. Weder will er die Erwerbsarbeit geringerschätzen noch die Familie als Lebensform in Frage stellen. Wenn

der Verfasser einen neuen Gesellschaftsvertrag einfordert, so will er keineswegs die bewährten Pfeiler unserer gesellschaftlichen Ordnung herabsetzen. Jedoch werden sich Markt und Staat entscheidenden Veränderungen unterziehen müssen, wenn sie die Herausforderungen der Zeit meistern wollen. Weil aber diese beiden Grundlagen unserer Gesellschaft in Zukunft alleine nicht ausreichen werden, plädiert Dettling für die Stärkung eines „Dritten Sektors“ jenseits von Markt und Staat. Diesen definiert er als „sozial aktive Gesellschaft im eigentlichen Sinne, in der dann allerdings Wohlfahrtsverbände, Selbsthilfegruppen, genossenschaftliche Unternehmen, soziale Netzwerke, Familien einen ganz neuen Stellenwert gewinnen werden.“

Der Weg aus der „Globalisierungsfalle“ ist laut Dettling durch die Schaffung einer sozialen Bürgergesellschaft möglich. Für diese entwirft der Autor das Idealbild einer Gesellschaft, in der sich wirtschaftlicher und sozialer Reichtum nicht



*gegenseitig ausschließen, eine neue Balance zwischen Familie und Beruf möglich wird und in der die Menschen zu sinnvoller Arbeit für die Gemeinschaft und zur Teilhabe am politischen Geschehen motiviert werden können.*

*Es spricht für die Qualität dieses Buches, daß der Autor über das Zeichnen idealistischer Zukunftsvisionen hinausgeht und sich selbst immer wieder die Frage nach der Realisierbarkeit seiner Vorstellungen stellt. Dettling macht eine Reihe konkreter Reformvorschläge für die verschiedenen sozialen Bereiche. Sowohl seine Erfahrung als Ministerialdirektor im Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit in den 80er und frühen 90er Jahren als auch seine umfangreiche Vortrags-, Diskussions- und Publikationsarbeit zu gesellschaftspolitischen Fragen kommen ihm hierbei zugute.*

*„Wirtschaftskummerland?“ ist darüber hinaus eine wertvolle Bestandsaufnahme aktueller Positionen in der Diskussion um die Zukunft unseres Sozialstaats. Kritisch und objektiv hinterfragt der Autor Reformvorschläge aus dem konservativen wie aus dem linken Spektrum. Ebenso beobachtet er Trends und Strömungen in anderen europäischen Ländern sowie in den Vereinigten Staaten, dem Ursprungsland der mehr Gemeinsinn einfordernden Kommunitarismusbewegung. Aufgrund der thematischen Aufbereitung der einzelnen Kapitel dient sich dieses Buch als Handbuch für mit den Problemen unseres Sozialstaats befaßte Praktiker an. Politiker, Mitarbeiter von Wohlfahrtsverbänden aber auch kritische Bürger, denen die Zukunft*

*unseres Gemeinwesens ein Anliegen ist, bekommen hier eine präzise formulierte, sachliche und verständliche Aufbereitung der aktuellen Diskussion in die Hand. Bei der Gestaltung des Buches hat Dettling an den eiligen Leser gedacht und jedem Kapitel die zentralen Thesen vorangestellt. Am Ende der Kapitel faßt der Autor die wichtigsten Ergebnisse zusammen. Gelegentliche Wiederholungen einzelner Sachverhalte sind, wie der Autor selbst einräumt, darin begründet, daß jedes Kapitel aus sich selbst heraus verständlich sein sollte. Dies erleichtert dem eiligen Leser, der sich das für ihn Wesentliche herauspicken möchte, die Lektüre.*

*Durch Dettlings sachliche und präzise Sprache werden die Analysen und Reformvorschläge verständlich für all jene, um die es bei dieser sozialpolitischen Bestandsaufnahme geht: für engagierte Zeitgenossen, die es als Verfechter einer sozialen Bürgergesellschaft zu gewinnen gilt. Denn Dettling möchte sein Buch nicht als akademische Übung verstanden wissen, sondern als Anleitung zum Handeln: „Für eine Politik, die nicht die sozialen Antworten der Vergangenheit verfeinert oder einkassiert, sondern einen Begriff bekommt von den sozialen Fragen der Zukunft.“ „Wirtschaftskummerland?“ ist somit ein Buch, das Mut macht, die Chancen, die der umfassende Wandel unserer Gesellschaft mit sich bringt zu nutzen, statt dem unwiederbringbar Verlorenen nachzutruern. So gesehen ist das Fragezeichen im Titel mehr als berechtigt.*

Susanne Luther

# Buchbesprechungen

**Stephan G. Bierling: Wirtschaftshilfe für Moskau: Motive und Strategien der Bundesrepublik Deutschland und der USA 1990 – 1996.** Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn 1998 (= Studien zur Politik, Bd. 33), 355 Seiten, 88,- DM.

Nach den Revolutionen im Osten Europas 1989/90 tauchten für den Westen neue Fragen auf: Wie sollten die westlichen Industriestaaten die Transformation der östlichen, in die Weltgemeinschaft drängenden Staaten unterstützen? Der Weg zu Marktwirtschaft und Demokratie ist nicht nur ideell steinig. Er kostet Geld. Bonn und Washington übernahmen die Führung im Hinblick auf westliche Finanzhilfen, Schenkungen und Subventionen für Moskau. Der Politikwissenschaftler Stephan G. Bierling untersucht in seiner Habilitationsschrift die Motive und Strategien dieser deutschen und amerikanischen Wirtschaftshilfe für die Russische Föderation. Welche Interessen leiteten das Vorgehen der beiden Staaten? Welche inneren Bedingungen bestimmten bzw. beeinflussten ihr außenpolitisches Handeln? Wie ließen sich nationalstaatliche Ziele auf internationaler Ebene umsetzen?

Neben Vertragstexten, deutschen und amerikanischen Kommunikqués sowie Memoiren und Selbstzeugnissen am politischen Prozeß Beteiligter hat Bierling eine Vielzahl amerikanischer Zeitungen und Zeitschriften ausgewertet. Eine aufschlußreiche Studie ist dem Autor gelungen, in der die starke Verquickung von nationalstaatlichem politischem Kalkül und der Bereitschaft zur Wirtschaftshilfe beider Staaten zwischen 1990 und 1996 eingängig dargelegt ist. Der Anhang gibt einen Überblick über die internationalen Hilfen für die neuen unabhängigen Staaten, bilanziert die deutschen Zahlungen von 1989 bis 1994 und offeriert eine Chronik der Umschuldungsabkommen zwischen 1991 und 1996.

Bierling untersucht einleitend die Politik Michail Gorbatschows, in der die Problematik von Abrüstungsfragen allmählich vom Wunsch nach wirtschaftlicher Hilfe für die Reformen in der UdSSR eingeholt wurde; anschließend beschäftigen ihn die Reaktionen der USA und der Bundesrepublik. Beide, so Bierlings Fazit, reagierten zunächst im Rahmen ihrer wirtschaftspolitischen Konzepte der 60er Jahre. In Washington beschränkte man sich auf vorsichtiges Abwarten bis zur Beilegung politischer Differenzen. Bonn zeigte sich kooperativer: Von wirtschaftlicher Zusammenarbeit erhoffte man sich posi-

tive Auswirkungen auf die politischen Beziehungen zu Moskau. Beim „reibungslosen Vollzug der Wiedervereinigung“ zahlte sich dies nach Auffassung Bierlings aus. Die Unterzeichnung des Zwei-plus-Vier-Vertrags am 12. September 1990 bildete einen Kulminationspunkt. Als die Einheit verwirklicht war, „mußte allen Beteiligten klar sein, daß die Unterstützung der Bundesrepublik zurückgehen und ihre Form verändern würde“. Doch noch war der Zwei-plus-Vier-Vertrag vom Obersten Sowjet nicht ratifiziert, die Westgruppe der Streitkräfte stand noch immer auf deutschem Gebiet und die UdSSR blieb der wichtigste Abnehmer ostdeutscher Industrieprodukte.

Mit dem Angriff des Irak auf Kuwait wandelte sich im Sommer 1990 auch die amerikanische Situation. Die Normalisierung der Wirtschaftsbeziehungen zu Moskau sollte dem Kreml die Zustimmung zur amerikanischen Politik am Golf im UNO-Sicherheitsrat erleichtern. War die bisherige Maxime die Unterstützung der Systemtransformation in der Sowjetunion, näherte man sich nun dem deutschen Ziel: Gorbatschow als Gewährsmann der sowjetischen Reformpolitik in seiner Position zu stärken. Doch angesichts desolater russischer Wirtschaftsprognosen, der Absetzung von Reformpolitikern und der Ereignisse in Litauen wollte Washington nicht auf den Kurs der Kontinentaleuropäer, die unter Federführung Bonns für mehr Stützung Moskaus plädierten, einschwenken. Beide Seiten prallten schließlich beim Aufbau der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD), aufeinander. Bierling schildert das europäisch-amerikanische Tauziehen bei den Verhandlungen; konsultiert hat er dafür u.a. den Initiator der Bank, Mittelrand-Berater Jacques Attali.

Ab 1991 setzten sich die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und Italien für mehr bi- und multilaterale Anstrengungen ein; die USA, Großbritannien und Japan hielten sich zurück. Der Staatsstreich in Moskau im August 1991 brachte Washington erneut in Zugzwang. Gorbatschow und der die Kremlgeschäfte an sich ziehende Boris Jelzin forderten den Westen zur Stabilisierung der Lage in der UdSSR auf. Die Europäer, erneut unter Führung Kohls, machten ebenso Druck. Doch der sich allmählich abzeichnende Zerfall der UdSSR schreckte Washington weiterhin von finanziellen Zusagen ab. Die Hauptlast der Unterstützung blieb bei Bonn. Zu Recht bemerkt Bierling, daß für die Bundesrepublik aufgrund ihrer exponierten geopolitischen Lage und des Geflechts vertragli-

cher wie praktischer Abhängigkeiten und eines großen finanziellen Engagements das Gelingen der sowjetischen Systemtransformation weiter besondere Bedeutung genöß.

Die Beweggründe Bonns, so das Fazit des Autors, seien ab Sommer 1991 vor allem den Erfordernissen der Innenpolitik entsprungen. Seitdem sei als Ziel in den Mittelpunkt gerückt, die Exporte der ostdeutschen Industriebetriebe in die GUS zu unterstützen und damit Arbeitsplätze zu sichern. Bierling hat Recht, hätte den innenpolitischen Faden aber noch weiterspinnen können. Arbeitsplätze waren in der deutschen Geschichte immer von großer Bedeutung. Im fünften Jahrzehnt der Bundesrepublik avancieren sie wieder zu einem entscheidenden Faktor der Stabilität des politischen Systems – und somit des Erhalts der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Wirtschaftshilfe für Moskau ist im Kontext deutscher Innenpolitik auch im größeren Rahmen ein auf Erhaltung von Stabilität ausgerichteter Faktor. Wellen russischer innenpolitischer Stürme erreichen die Deutschen in kürzester Zeit. Bürgerkrieg, Flucht und Migrationsbewegungen hätten auf die innenpolitische Situation der Bundesrepublik mittelfristig nicht unerheblichen Einfluß. Ähnlich verhält es sich mit Fragen der sozialen Sicherung in Rußland, die eng mit transnationaler organisierter Kriminalität verknüpft sind. Die Bonner Regierung hatte Anfang der 90er Jahre vermutlich nicht nur ostdeutsche Arbeitsplätze im Sinn, wenn sie sich um Hilfe für Moskau einsetzte.

Bierlings Studie ist stilistisch hervorragend und fachlich prägnant. Wohltuend für den Leser vermeidet er jegliche Redundanzen, bleibt diesem Anspruch gehorchend an manchen Stellen aber zu knapp. Sein Hauptaugenmerk liegt auf Bonn und Washington – manchmal aber hätte er dennoch gründlicher nach Moskau schauen müssen. Die Aussage, der wichtigste Grund für die Berufung Gorbatschows ins Amt des Generalsekretärs sei gewesen, „(...) daß er am ehesten fähig zu sein schien, die seit den späten siebziger Jahren andauernde Wirtschaftskrise zu überwinden“, ist nicht haltbar. Im Politbüro war man sich der desolaten Wirtschaftssituation des Landes sicherlich bewußt. Aber die Spitze der sowjetischen Nomenklatura erklohm man nicht mit Lösungskompetenz in plan- oder marktwirtschaftlichen Sachfragen. Mitte der 80er waren ideologische Fragen des Systemerhalts noch immer von weit größerer Bedeutung, wollte man ins Amt des Generalsekretärs berufen werden. Und: Gorbatschow waren, wie sein Berater Georgi Schachnasow dies vermerkt, alle Geheimnisse der Parteiherrschaft bekannt. Vor allem deswegen setzte er sich durch.

Der Autor betrachtet Wirtschaftshilfe für Moskau auch im Prisma amerikanischer Innenpolitik. Mit dem Zerfall der UdSSR endete für Washington die Notwendigkeit, die Politik der ökonomischen Eindämmung fortzusetzen. Trotzdem konnte sich die amerikanische Regierung nicht zu mehr Hilfe durchringen. Weder die amerikanische Öffentlichkeit noch der Kongreß, so beschreibt Bierling die Situation, seien für große Unterstützungsmaßnahmen zu gewinnen gewesen. Der mangelnde innenpolitische Konsens verhinderte ein großes Hilfspaket. Dafür fehlte, wie der Autor überzeugend darlegt, die „Aura der Dringlichkeit“, die in Amerika für die Bewilligung großangelegter Wirtschaftshilfe unerlässlich ist. So half es auch nicht, daß sich die amerikanische Regierung der Position der (finanziell erschöpften) Deutschen annäherte. Drei internationale Konferenzen 1992 schufen keine Basis für ein konzertiertes Vorgehen.

Nach der Involvierung von IWF und Weltbank im Jahr 1991 trat der neue amerikanische Präsident Bill Clinton ab 1992/93 für mehr Unterstützung der Reformstaaten ein. Er setzte auf eine aktive Wirtschaftshilfe-Politik, um Einfluß auf die Entwicklungen in Rußland zu nehmen. Wie zuvor Gorbatschow entwickelte sich nun der Name Jelzin zum Synonym für Reformpolitik – und sollte entsprechend gestützt werden. Die Übereinstimmung zwischen Bonn und Washington in der Frage der Unterstützung für Rußland erreichte einen Höhepunkt. Doch die amerikanische Hilfspolitik ging wieder zurück, als die erhoffte globale Zusammenarbeit mit Moskau nicht wie erwartet funktionierte. Rußlands Außenpolitik wurde selbstbewußter. Für Amerika und die anderen Staaten, so der Schluß Bierlings, sei dies ein Grund mehr gewesen, das finanzielle Engagement zu drosseln, zumal sich in der politischen und ökonomischen Transformation ein Stillstand abzeichnete.

Zwischen den beiden Weltwirtschaftsgipfeln von Neapel und Halifax im Juli 1994 und im Juli 1995 fiel die Moskau-Hilfe weit auf der Prioritäten-Liste Washingtons und Bonns (insbesondere nach dem Abzug der letzten sowjetischen Truppeneinheiten) zurück. Zum einen schien Jelzins Position halbwegs gesichert; zum anderen standen nach dem russischen Einmarsch in Tschetschenien im Dezember 1994 Finanzhilfen nicht mehr zur Debatte. In Halifax erklärte Jelzin, Rußland bitte nicht länger um Hilfspakete, aber es wünsche sich Gleichberechtigung in internationalen Handels- und Finanzfragen. Seit dem Gipfeltreffen von Jelzin und Clinton im Mai 1995, notiert der Autor, rückte Washington sowohl von seiner 'Yeltsin-first'- als auch von seiner 'Russia-first'-Politik

ab. Mit dem G-7-Treffen in Halifax erreichten die Bemühungen der westlichen Industriestaaten, auf die Entwicklung in Rußland mit Finanzmitteln Einfluß nehmen zu wollen, ihr vorläufiges Ende. Nach einem fünfjährigen „Interregnum“ wirtschaftlicher Themen, so der Autor, dominierten erneut die klassischen politischen Probleme die Ost-West-Agenda.

Tanja Wagensohn

**Sabine Kropp/Roland Sturm, Koalitionen und Koalitionsvereinbarungen. Theorie, Analyse und Dokumentation.** Leske und Budrich Verlag, Opladen 1998, 218 Seiten, 44,- DM.

Koalitionen gehören im politischen System der Bundesrepublik Deutschland zum alltäglichen Betrieb. Im Bund wie in den Ländern (und erst recht in den Kommunen) wurde und wird weit häufiger mit Koalitionen regiert als mit Alleinregierungen einer Partei. Hierfür sind vor allem das Wahlrecht, aber auch die soziale Struktur sowie das jeweilige Parteiensystem und Partizipationsverhalten verantwortlich. Umso erstaunlicher ist es, daß die Theorie und Praxis von Koalitionsbildungen in der politikwissenschaftlichen Literatur in Deutschland bislang nicht gerade überdurchschnittlich intensiv behandelt wurde. Insofern füllt das Buch von Sabine Kropp und Roland Sturm – beide an der Universität Erlangen-Nürnberg tätige Politikwissenschaftler – eine Lücke, da es den Versuch einer aktuellen Aufarbeitung aller bestehenden Koalitionsbildungen und -vereinbarungen im Bund und in den neuen Ländern unternimmt. Darüber hinaus werden diese Ergebnisse kontrastiert mit den bisherigen Resultaten koalitions-theoretischer Forschung und Anregungen für weitere Differenzierungen gegeben.

Im ersten Kapitel werden vorhandene theoretische Ansätze und politische Praxis von Koalitionsbildungen ausführlich miteinander verglichen. Das zunächst vorgestellte klassische „office-seeking“-Modell, wonach die Regierungskoalition lediglich als rationaler Akteur danach strebe, ihren Gewinnanteil in Form von Ministersesseln zu maximieren, erkläre, so die Autoren, aber bestenfalls 30 % der Koalitionen in parlamentarischen Regierungssystemen. Stattdessen plädieren sie dafür, die Parteien nicht nur als Akteure zu betrachten, die lediglich der Logik des „office-seeking“ folgen, sondern auch im Sinne eines „policy-seeking“ von „sachpoliti-

schen, inhaltlich definierten Präferenzen geleitet werden“ (S. 37). Daher sind auch die Koalitionen am stabilsten, bei denen die Partner ideologisch am nächsten zueinander stehen. Besonderes Augenmerk wird von den Autoren auch auf die Koalitionsvereinbarungen gelegt, die zwar keine zuverlässigen Aussagen über den policy-output ermöglichen, aber doch Hinweise auf das Politikverständnis und die Politikformulierung eines Regierungsbündnisses geben.

Im zweiten Kapitel werden Zusammenhänge zwischen dem Parteiensystem und dem Koalitionsverhalten untersucht. Dabei wird deutlich, daß einige herkömmliche theoretische Modelle der Koalitionsbildung die Praxis in den Bundesländern nicht unbedingt erklären können. Die folgenden drei Kapitel behandeln Theorie und Praxis von Koalitionsvereinbarungen und -verträgen. Dabei sei in den neunziger Jahren der Koalitionsvertrag als Instrument der parteipolitischen Profilierung und des Erfolgsweges wieder aufgewertet worden; in den Ländern sei er aus dem Regierungsalltag nicht mehr wegzudenken. Interessant ist die ausführliche Behandlung der Entscheidungs- und Kooperationsregeln in Koalitionsverträgen, wobei unter anderem der Wirkung der Bundesratsklauseln besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird. Im sechsten Kapitel werden Länderkoalitionen und die föderale Ordnung näher untersucht und hilfreiche Zusammenstellungen und Auswertungen vorgenommen wie z. B. die Aktivitäten der Koalitionsregierungen im Bundesrat insgesamt und aufgeschlüsselt nach Politikfeldern. Im abschließenden Kapitel werden mögliche Weiterentwicklungen der Koalitionstheorie angedeutet, die sich aus den empirischen Ergebnissen des Buches ergeben. Der Band wird ergänzt durch eine Dokumentation mit Auszügen wichtiger Koalitionsvereinbarungen, einer Bibliographie und einem Sachregister.

Den Autoren kann bescheinigt werden, daß sie einen wichtigen Beitrag zu einem bislang nicht ausreichend bearbeiteten Feld geliefert haben. Im deutschen Koalitionswesen haben Koalitionsvereinbarungen eine so große Bedeutung, daß sich deren theoretische wie praktische Analyse, wie dieses Buch gezeigt hat, in jedem Fall lohnt.

Das Buch ist ein Musterbeispiel für solide und sachkundige politikwissenschaftliche Analyse praktischer politischer Phänomene mit großem intellektuellen und theoretischen Input. Angesichts künftig erwartbarer Koalitionskonstellationen in Deutschland wird den Forschern auf diesem Gebiet der Stoff nicht ausgehen.

Gerhard Hirscher

**Fassbender, Bardo: UN Security Council Reform and the Right of Veto. A Constitutional Perspective (Legal Aspects of International Organization, Vol. 32).** Kluwer Law International, The Hague, London, Boston 1998, 436 Seiten, NLG 185 / USD 100 / GBP 63, ISBN 9041105921, UK £ 63,-.

Die Schrift, hervorgegangen aus einer juristischen Dissertation an der Humboldt-Universität in Berlin, befaßt sich ausführlich und differenziert mit der aktuellen Diskussion der Reform des Sicherheitsrates und des Veto-Rechts der ständigen Mitglieder. Bemerkenswert ist, daß der Autor die Problematik in ein übergreifendes „verfassungsrechtliches“ Verständnis stellt. Der Grundgedanke ist die Herauslösung des Verfassungsbegriffs aus seiner Bezogenheit auf den (modernen) Staat und seine Anwendung auf die UN-Charta. Ganz allgemein versteht er im Anschluß an Konrad Hesse eine Verfassung als „rechtliche Grundordnung eines Gemeinwesens“. Daß man die UN-Charta insoweit als Verfassung ansieht, ist noch nicht weiter bemerkenswert, erfüllt sie doch ohne weiteres die Kriterien einer „rechtlichen Grundordnung“ für das Verhältnis der UN-Mitglieder (einschließlich materiell-rechtlicher Prinzipien) und die Ausübung von Organgewalt. Fassbender geht einen entscheidenden Schritt weiter: Unter Zugrundelegung idealtypischer Merkmale einer (Staats-) Verfassung konstatiert er auch für die UN-Charta Verfassungscharakter in einem qualifizierten Sinn. Zu diesen (wenn auch nur in abgeschwächter oder unvollkommener Weise verwirklichten) Merkmalen zählt er den „true constitutional moment“ der Abfassung der Charta, die Ausstattung mit den Grundfunktionen hoheitlicher Gewalt in einem System von „checks and balances“, die Bestimmung der Mitglieder der Gemeinschaft, die Errichtung einer Normenhierarchie, den Anspruch auf Geltung „für die Ewigkeit“, aber auch die Begrifflichkeit von „Charter“ im Verständnis einer „written constitution“. Die Charta habe außerdem – auch das eine Bedingung des Verfassungscharakters, nicht aber eine Konsequenz hieraus – universelle, auch Drittstaaten verpflichtende Geltung. Aus dieser verfassungsrechtlichen Perspektive leitet Fassbender verschiedene Konsequenzen ab, etwa durch die Abschichtung in ihrer Verbindlichkeit unterschiedlicher rechtlicher Ebenen und die Betonung der Notwendigkeit einer „constitutional interpretation“ der UN-Charta, deren Bedeutung vor allem in einer objektiven, nach dem heutigen Verständnis einer Charta-Bestimmung fragenden Interpretation liegt.

Auf dieser methodischen Grundlage widmet er sich im zweiten Hauptteil der Struktur des Si-

cherheitsrates und den diesbezüglichen Reformüberlegungen. Dabei zeigt sich, daß die verfassungsrechtliche Perspektive teilweise Probleme aufwirft, die vor dem Hintergrund der traditionell-völkerrechtlichen Sicht bereits ausdiskutiert schienen. Das gilt vor allem für die Frage, inwieweit der Wortlaut des Art. 27 Abs. 3 UN-Charta eine Interpretation zuläßt, wonach die willentliche Abwesenheit und die Stimmenthaltung eines ständigen Mitglieds im Sicherheitsrat nicht als Einlegung des Vetos zu greifen ist. Entgegen der ständigen Praxis unter ganz überwiegender Billigung durch die Völkerrechtswissenschaft (mit Unterschieden in der Begründung) verlangt Fassbender aus „verfassungsrechtlicher Perspektive“ eine ausdrückliche und formale Ergänzung der Charta.

Sehr ausführlich berichtet der Autor über den Verlauf der Diskussion zur Reform des Sicherheitsrates und die unterbreiteten Vorschläge. Schwerpunkte sind die beabsichtigte Einbeziehung Deutschlands und Japans in den Kreis der ständigen Mitglieder und die Vorschläge zur Erweiterung des Sicherheitsrates um eine „dritte Kategorie“ von Mitgliedern, ohne daß allerdings Einigkeit über deren Zusammensetzung und deren Rechte besteht. Der entscheidende Punkt in allen Diskussionen, der eine Einigung nach dem Stand der Dinge als kaum wahrscheinlich erscheinen läßt, ist und bleibt die Frage des Veto-Rechts. Ausgangspunkt der eigenen Konzeption Fassbenders zum „constitutional right of veto“ ist das Prinzip der souveränen Gleichheit der Staaten als „principle of constitutional equality“. Als wesentlich wird von ihm der Zusammenhang von Veto-Recht und Verantwortung für das Gemeinwohl der internationalen Gemeinschaft dargestellt, das Prinzip der Repräsentation (dessen Gehalt aber weniger in einer geographischen Komponente zu sehen ist, als vielmehr im Aspekt der internationalen Bedeutung und Verantwortung) sowie die Notwendigkeit einer „effective governance“ seitens des Sicherheitsrates. Diese drei Prinzipien lassen im Konkreten durch unterschiedliche Gewichtung und Ausbalancierung differenzierte Lösungen zu, die von Fassbender abschließend dargelegt werden.

Die Schrift zeichnet sich aus durch die Konsequenz in der Verfolgung des methodischen Grundgedankens, der Einordnung der UN-Charta als „Verfassung“ der internationalen Gemeinschaft. Soweit der Autor sich der Grundlegung der verfassungsrechtlichen Perspektive widmet, hat sie Bedeutung auch über den konkreten Untersuchungsgegenstand hinaus. Sie enthält eine Vielzahl interessanter und anregender Gedanken, die den bisherigen Horizont der Völkerrechtswissenschaft bewußt über-

schreiten. Widerspruch wird nicht ausbleiben; der Keim für einen fruchtbaren wissenschaftlichen Dialog ist damit gelegt. So mag der Vergleich der UN-Charta mit einem (dem?) Idealtypus von (Staats-)Verfassung durchaus zur Feststellung typischer Entsprechungen führen. Doch gesteht der Autor selbst ein, daß die UN-Charta unter etlichen Gesichtspunkten natürlich noch keine vergleichbare Ausdifferenzierung erfahren hat. Dennoch werden aus dem „Verfassungs“-Befund weitgehende konzeptionelle Unterscheidungen und Konsequenzen hergeleitet. Andererseits lassen sich die vom Autor entwickelten rechtlichen Vorgaben einer Reform des Sicherheitsrates (einschließlich des Veto-Rechts) wohl im wesentlichen auch ohne einen Rückgriff auf die Verfassungskonzeption begründen. Fazit: Eine wichtige Arbeit zu einem aktuellen Problem, die über den Kreis der interessierten Völkerrechtler hinaus auch im politikwissenschaftlichen Bereich Aufmerksamkeit verdient.

Burkhard Schöbener

**Winner Ellen, Hochbegabt – Mythen und Realitäten von außergewöhnlichen Kindern. Ellen Winner. Aus dem Amerikanischen übersetzt von Maren Klostermann. Klett-Cotta Stuttgart (Febr. 1998) ISBN, 3-608-91907-4, 419 Seiten, 78,- DM.**

Es gibt die leicht, mittelmäßig und extrem Hochbegabten. Dazu kommen die Wunderkinder, die „Savants“, die Intelligenten und die „außergewöhnlich Intelligenten“. Ebenso wichtig sind die „Kreativen“ und die „Schöpferischen“. Ellen Winner hebt hervor, daß das Etikett „hochbegabt“ viele Facetten hat und zu verbreiteten „fragwürdigen Annahmen“ führen kann, die sie als „Mythen“ bezeichnet. Am Ende der detaillierten Differentialanalyse trennt die Verfasserin zwischen „Mythos und Realität“. Im Zentrum stehen neun verbreitete „Mythen“ zum Thema „Hochbegabung“: Universelle Hochbegabung – Talent und Hochbegabung – Der außergewöhnliche IQ und die Hochbegabung – Vererbung und Umwelt – Eltern als treibende Kraft – Hochbegabung und Gesundheit – Alle Kinder sind hochbegabt – Hochbegabte Kinder und Ruhm. Wichtig ist die Orientierung an der Realität und diese wird durch den aktuellen Forschungsstand begründet.

Im Anschluß an die skizzenhafte Wiedergabe der inhaltlichen Schwerpunkte dieses neuen Werkes soll in der erforderlichen Kürze einer zusammenfassenden Würdigung auf einige

zentrale Aussagen der Verfasserin eingegangen werden. Vorwegnehmend kann festgestellt werden, daß das Buch sowohl bei Eltern, bei Lehrerinnen und Lehrern wie auch bei Bildungsforschern und Bildungsplanern die verdiente Beachtung finden wird. In seiner oft zitierten Rede „Aufbruch in der Bildungspolitik“ (Berlin, 5. Nov. 1997) hat Bundespräsident Roman Herzog u. a. folgendes ausgeführt: „Es geht darum, Tabus zu knacken, Irrwege abzubauen und falsche Mythen zu beseitigen“. Die „falschen Mythen“ zum Thema Hochbegabung sind ein zentraler Gegenstand, mit dem sich Ellen Winner kritisch auseinandersetzt. Sie verknüpft in gekonnter Weise eigene Beobachtungen und Fallbeispiele mit den Aussagen der Forschung, um auf diese Weise ein solides Fundament zum Thema „Hochbegabung“ zu gewinnen.

Nachfolgend soll vor allem aus schulpädagogischer Sicht auf einige Aussagen der Verfasserin eingegangen werden. Dadurch wird allerdings die Problemsicht eingengt.

Ellen Winner konzentriert sich auf die Hochbegabung in zwei intellektuellen Bereichen (Sprache und Mathematik) und zwei künstlerischen Bereichen (bildende Kunst und Musik). Auf diesen vier Gebieten sind kindliche Hochbegabungen am häufigsten bemerkt und untersucht worden. Ein frühes und begieriges Lesen, das bereits vor dem Kindergartenalter beginnt, ist eines der am häufigsten beobachteten Merkmale von Kindern mit universeller Hochbegabung. Es gibt hochbegabte Kinder, die gleichzeitig in einer bestimmten „Domäne“ (Csikszentmihalyi) lernbehindert sind.

Will man „Hochbegabte“ charakterisieren, so fallen folgende Persönlichkeitsmerkmale auf: eine „gewisse Besessenheit“ von einer bestimmten „Domäne“, ein leidenschaftliches Erkenntnisinteresse, eine unüberbietbare Hartnäckigkeit, ein auffälliger Perfektionismus, ein Streben nach geistiger Unabhängigkeit (Nonkonformismus), eine beachtliche Ausdauer, ein Bemühen um Vollendung, ein Unbehagen am Ungewissen, ein Suchen nach eigenen Lernwegen, das Ertragen von Mißerfolgen, ein gewisser Leistungsfanatismus, das sehnstichtige Streben nach sogenannten „Flow-Erlebnissen“, das Ertragen von Einsamkeit, eine geradezu unstillbare „Lernwut“, eine grenzenlose Neugier, ein überdurchschnittliches Selbstvertrauen, eine auffällige Eigenwilligkeit. Hochbegabte Kinder halten sich nicht an die Normen, sie folgen ihren ganz eigenen Vorstellungen. Sie erscheinen streitlustig, dominierend, selbstbestimmt und machen andere gerne auf Fehler aufmerksam. Die hochentwickelte moralische Urteilsfähigkeit der intellektuell

hochbegabten Kinder bildet zugleich einen wesentlichen Bestandteil ihres unabhängigen Denkens und ihres Nonkonformismus. Dadurch sind sie unbequem und erscheinen nicht selten rebellisch. Der soziale Bereich bereitet hochbegabten Kindern oftmals die größten Probleme. Die Einmaligkeit der hochbegabten Persönlichkeit ist für Eltern und Lehrer mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Auf diese geht E. Winner detailliert ein.

Es gibt Eltern, die immer etwas an der schulischen Ausbildung ihres hochbegabten Kindes auszusetzen haben, auch wenn es den besten, anspruchsvollsten Hochbegabtenunterricht bekommt. Diese Eltern sind von der Idee besessen, daß alle Methoden bei ihren Sprößlingen versagen müssen. Auf diese Weise können sie ihre Kinder als brillante Opfer sehen und sich selbst als Retter der begabten Kinder. Das Kind ist nicht nur ein Produkt der Familie: Die Familie ist zum Teil auch ein Produkt des Kindes!

Es besteht allerdings ein starker Zusammenhang zwischen Hochbegabung und einer fördernden familiären Umwelt. Schöpferische Persönlichkeiten berichten oftmals, daß sie einen Großteil ihres Erfolges den hohen Erwartungen und dem unerschütterlichen Vertrauen ihrer Mütter verdanken. Die elterlichen Erwartungen sind von entscheidender Bedeutung für die kindlichen Höchstleistungen. Wenn familiäre Wärme mit Ansporn und hohen Erwartungen kombiniert wird, sind optimale Bedingungen für die Talententfaltung der Kinder gegeben. Eltern sollten allerdings vermeiden, Kinder zu Höchstleistungen zu hetzen, um auf diese Weise ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen. Bei diesen Kindern stellt sich später oftmals ein unerwarteter Leistungsknick ein!

Kinder, die als „hochbegabt“ etikettiert werden, haben mehr soziale Probleme, als Kinder, die nicht mit dieser Bezeichnung versehen werden.

Aus der Sicht der Schule beklagt E. Winner eine weit verbreitete egalitäre, antielitäre Bildungs-ideologie, die sich auf die Förderung der hochbegabten Kinder nachteilig auswirkt. Für diese Kinder gibt es kaum geeignete Förderprogramme. Begabtenförderprogramme sind oftmals dem Vorwurf des Rassismus ausgesetzt. Schulbuchverlage veröffentlichen keine anspruchsvollen Lehrbücher, weil sie wissen, daß solche Lehrwerke keinen guten Absatz finden. An dieser Stelle wird auch die kontrovers diskutierte TIMS-Studie (Third International Mathematics and Science Study – TIMSS) erwähnt. Die Schlußfolgerung lautet: Alle Kinder, nicht nur die hochbegabten Mädchen und Jungen, müssen vor größere intellektuelle Herausforderungen gestellt

werden. Besonders begabte Kinder langweilen sich im Unterricht, reagieren mit Enttäuschung oder Rückzug und bekommen außerdem den Unwillen der Lehrerinnen und Lehrer zu spüren. Die Kinder machen die Erfahrung, daß sie sich überhaupt nicht anstrengen müssen, um erfolgreich zu sein. Diese Erfahrung führt langfristig zu einem geringen Selbstwertgefühl. Daraus resultiert eine absinkende Motivation. In einer Studie von über 400 berühmten Persönlichkeiten, die besondere Leistungen in den unterschiedlichen Lebensbereichen vollbracht hatten, wurde festgestellt, daß drei Fünftel dieser Personen entweder erfolglos oder unglücklich in der Schule gewesen waren. Hochbegabte Kinder erscheinen in der Schule nicht selten als arrogant, unaufmerksam, störrisch oder gar faul.

Man muß feststellen, daß hochbegabte Kinder in ihrer Einmaligkeit die Möglichkeiten der normalen Schule übersteigen. Solche Kinder brauchen einen Mentor, der ihre Fähigkeiten fördert und ihnen bei der Bewältigung von Lebensproblemen hilft. Dies gilt im intellektuellen wie auch im künstlerischen Bereich. Aus der besonderen Situation der USA ergibt sich folgende Konsequenz: Während in asiatischen Ländern auf intellektuelle Leistungen besonderer Wert gelegt wird, gelten gute Schulleistungen in den USA häufig als kriecheische Anpassung an die offizielle Wertvorstellung.

Zusammenfassend stellt E. Winner fest: In den USA steht man der Begabtenförderung zutiefst ambivalent gegenüber. Einerseits will man das Streben nach Spitzenleistungen unterstützen, andererseits will man eine nivellierende Gleichheit haben. Wie man mit der Hochbegabten-erziehung umgeht, hängt weit mehr von politischen Idealen und weltanschaulichen Positionen ab als von wissenschaftlichen Erkenntnissen. Es gibt zwar eine große Anzahl von Forschungsarbeiten über die Auswirkungen verschiedener Formen der Hochbegabtenförderung, aber die Ergebnisse sind teilweise widersprüchlich.

Wünschenswert ist die Selbstbestimmung und Selbststeuerung der Lernprozesse und des Lerntempos. Es kommt auf die Entwicklung kooperativer Lernumwelten an, in denen Kinder mit ganz unterschiedlichen Fähigkeitsgraden effektiv lernen können. Es kommt auf die allgemeine Steigerung des Lernanspruchsniveaus für alle Kinder an. Davon profitieren nicht nur die besonders begabten, sondern auch die durchschnittlich befähigten Schülerinnen und Schüler. Es geht um die Steigerung der Lernleistungen und eine Denkerziehung auf hohem Niveau. Auf diese Notwendigkeit hat auch E.D. Hirsch, Jr. in seinem Buch „Die Schulen, die wir brauchen

und warum wir sie nicht haben“ (*The Schools we need and Why we dont have them*“, 1996) nachdrücklich hingewiesen.

Abschließend kann noch erwähnt werden, daß ein hoher IQ (Intelligenz-Quotient) keine Vorhersage für eine besonders kreative Lebensleistung erlaubt. Kennzeichnend für die kreative Persönlichkeit sind Energie, Konzentrationsfähigkeit, souveränes Auftreten, Unabhängigkeit und Risikobereitschaft. Kreative Menschen haben in der Kindheit unter starkem Streß gestanden und leiden nicht selten unter psychischen

Erkrankungen. Eine frühe Hochbegabung erlaubt keine zuverlässige Prognose über die kreativen Leistungen im Erwachsenenalter. Es wirken sehr unterschiedliche (teils nicht vorhersagbare) Faktoren zusammen: Familie, Bildungsmöglichkeiten, Persönlichkeit und Glück. Der Arzt und Dichter Gottfried Benn schreibt: „Die schöpferischen, die vulkanischen Gehirne ... . Manche steigen hoch, manche ergreift die Stunde, manche werden Genies, viele bleiben aber unten wie nie geschehen!“

Gottfried Kleinschmidt

# Autorenverzeichnis

Douglas D.B. Band,  
Director „Business against Crime“,  
Südafrika

Alfred Bayer,  
Staatssekretär a.D., Vorsitzender der  
Hanns-Seidel-Stiftung, München

Olivier Brenninkmeijer,  
Programme for Strategic and Security  
Studies, Genf

Peter Gastrow,  
International Institute for Security  
Studies, Kapstadt

Jens Hacker, Prof., Dr.,  
Institut für Politikwissenschaft der  
Universität Regensburg

Eckhard Jesse, Prof., Dr.,  
Lehrstuhl für Politikwissenschaft

an der Technischen Universität  
Chemnitz

Klaus Lange, Prof., Dr.,  
Referent für Außen- und Sicherheitspolitik der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung, München

Friedrich-Wilhelm  
Schlomann, Dr.,  
Publizist, Königswinter

Wilhelm Vossenkuhl, Prof., Dr., Dr.,  
Lehrstuhl für Philosophie an der  
Ludwig-Maximilians-Universität  
München

Tanja Wagensohn, M.A.,  
Politikwissenschaftlerin, Doktorandin an der Universität Regensburg

---

# Jahresübersicht der POLITISCHEN STUDIEN 1998

---

Heft 357	Schwerpunktthema: Die Mittelmeer- anrainer und die europäische Integration
Heft 358	Schwerpunktthema: Perspektiven für Arbeitswelt und Sozialstaat
Heft 359	Schwerpunktthema: Kultur und Demokratie/Gesellschaftssystem im Zeichen von 400 Jahren Oper
Heft 360	Schwerpunktthema: SED und PDS: Beiträge zu Geschichte und Gegenwart einer sozialistischen Partei
Heft 361	Schwerpunktthema: Innere Sicherheit
Heft 362	Schwerpunktthema: Organisierte Kriminalität in den Entwicklungsländern

---

Sonderheft 1/1998	Ausländerintegration in Deutschland
Sonderheft 2/1998	Deutschland und seine Nachbarn / bilateral und seit der Wiedervereinigung
Sonderausgabe	Die PDS: Profil einer antidemokratischen Partei

---

Autor	Titel	Heft	Seite
Allgaier, Walter	Killerviren der Demokratie - Das süße Gift der Religion	357	20
Aydin, Hayrettin	Bilanz und Perspektiven der Inte- gration der Türken in Deutschland	1/1998	92
Aznar, José María	POLITISCHE STUDIEN-Zeitgespräch mit dem spanischen Ministerpräsidenten	360	6
Band, Douglas D.B.	Der Einfluß des organisierten Ver- brechens auf Investitionen und wirt- schaftliches Wachstum in Südafrika	362	31
Banus, Enrique	Vom Musterknaben zum Problemkind? Spaniens Haltung zur europäischen Integration	357	82
Bayer, Alfred	Vorwort zum Heft 357	357	3
Bayer, Alfred	Gerhard Schröder – kein deutscher Blair!	362	
Beckstein, Günther	Ausländerintegration in Deutschland – eine ständige aktuelle Herausfor- derung für Politik und Gesellschaft	1/1998	6
Biser, Eugen	POLITISCHE STUDIEN-Zeitgespräch mit dem Religionsphilosophen und Theologen	357	7
Brenninkmeijer, Olivier	Internationale Kriminalität und Migration: Eine wachsende Heraus- forderung für die Sicherheit in Staat und Gesellschaft	362	44
Brügmann, Claus	Der Nachlaß Franz Josef Strauß im Archiv für Christlich-Soziale Politik – Ein Zwischenbericht	361	106
Buchheim, Thomas	Überlegungen zum Begriff der Elite	360	91
Catranis, Alexander	Die Zukunft des Mittelmeerraumes aus der Sicht Griechenlands	357	64
Courtois, Stéphane	POLITISCHE STUDIEN-Zeitgespräch mit dem Politikwissenschaftler und Kommunismusforscher	358	10
Dambroth, Rüdiger	Parlamentarische Bündnisbestre- bungen von SPD und PDS im Wahljahr 1998	360	28
Derwahl, Freddy	Der Ernstfall Belgien – Ein euro- päisches Modell zwischen Krise und Aufbruch	2/1998	*

Epple-Waigel, Irene	POLITISCHE STUDIEN-Zeitgespräch zur Initiative: Gipfel für Kinder	359	26
Faßbender, Bardo	Die prekäre Stellung des Südens im Völkerrecht der Gegenwart	357	99
Fliegauf, Harald	Integration von Ausländern – Aspekte von Ausländerrecht und -politik sowie von Staatsangehörigkeitsrecht und -politik	1/1998	48
Forster, Gerhard	Aktuelle Brennpunkte der Inneren Sicherheit aus der Sicht des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz	361	60
Frisch, Peter	Der politische Extremismus in Deutschland – eine Gefahr für die Innere Sicherheit?	361	30
Gaarder, Godrun	Deutschlands Nachbarn im Norden – Außen- und sicherheitspolitischer Aufbruch in den 90er Jahren	2/1998	*
Gastrow, Peter	Die Ursprünge des organisierten Verbrechens in Entwicklungsländern	362	19
Gleumes, Hermann	Internationale Verbindungen und außenpolitische Vorstellungen der PDS	SD1/98	247
Glos, Michael	PDS und kommunistische Ideologie Kurzsprache zur Vorstellung der Publikation der Hanns-Seidel-Stiftung „Der Kommunismus in Westeuropa“	358	7
Glos, Michael	Innere Sicherheit stärken	361	21
Glück, Alois	Freiheit und Gemeinsinn – Ergänzung oder Gegensatz?	359	42
Hacker, Jens	Muß die Bonner Deutschland-Politik seit Herbst 1969 nach der Öffnung der DDR- und SED-Archiveneu geschrieben werden?	362	79
Hardes, Dieter	Reformen öffentlicher Rentensysteme: Ein internationaler Vergleich	358	102
Hepp, Gerd	Was verstehen wir unter Bürgergesellschaft?	361	81
Herrmann, Helga	Die integrativen Möglichkeiten des Arbeitsmarktes	1/1998	38
Hirscher, Gerhard	Das Verhältnis von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zur PDS – von der Konkurrenz über die Tolerierung zur Kooperation?	SD1/98	32

Hirscher, Gerhard	Einführung zum Schwerpunktthema: SED und PDS: Beiträge zur Geschichte und Gegenwart einer sozialistischen Partei	360	27
Hirscher, Gerhard	Vom Umgang mit einer antidemokratischen Partei	359	3
Hoffmann, Volker	Einführung zum Schwerpunktthema: Perspektiven für Arbeitswelt und Sozialstaat	358	57
Höfling, Siegfried	Die Klärung des sexuellen Mißbrauchs durch den Polygraphen (Lügendetektor). Internationale Praxis, wissenschaftlicher Stand und juristische Entwicklung. Interview mit den vier Experten I. Horowitz, Prof. Dr. F. Horvath, Dr. M. Stadler, Prof. S. Willutzki zum Polygraphen-System	359	30
Höhne, Roland	Multikulturelle Gesellschaft oder unteilbare Republik? Soziale, kulturelle und politische Probleme der Einwanderung in Frankreich	1/1998	102
Horowitz, Ishaya	Interview zum Polygraphen-System	359	31
Horvath, Frank S.	Interview zum Polygraphen-System	359	32
Hösch, Edgar	Der Ethnonationalismus im Balkanraum – Genese und Geschichte	360	104
Jarowitz, Muamer	Ist Migration umkehrbar? – Das Beispiel der Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina	1/1998	61
Jesse, Eckhard	POLITISCHE STUDIEN-Zeitgespräch zum Ausgang der Bundestagswahl 1998	362	7
Jonas, Peter	Hat die Oper im Wettbewerb mit den Neuen Medien eine Chance?	359	70
Kappelt, Olaf	Das braune Erbe der PDS: Von NS-Mitmachern zu DDR-Schrittmachern	360	70
Klinger, Rudolf	Braucht der Staat die Oper? – Braucht die Oper den Staat?	359	76
Koschyk, Hartmut	Die Multidimensionalität der deutsch-polnischen Beziehungen – Erreichtes und Unerreichtes	2/1998	*
Kramer, Heinz	Gesellschaftliche Strukturen deutscher Türkeipolitik: die Integration des türkischen/kurdischen Bevölkerungsteils im Spannungsfeld von Innen- und Außenpolitik	1/1998	75

Lange, Klaus	Organisierte Kriminalität in den Entwicklungsländern – „missing link“ in der Theorie der Unterentwicklung	362	17
Maser, Peter	Kirchenpolitik	SD1/98	140
Meier-Walser, Reinhard C.	Die Grünen und die Außenpolitik Deutschlands	358	3
Meier-Walser, Reinhard C.	Vom Umgang mit einer antidemokratischen Partei	359	3
Meier-Walser, Reinhard C.	Adieu Sozialwissenschaften oder Was Oskar Lafontaine unter Hochschulreform versteht	360	3
Meier-Walser, Reinhard C.	Politischer Realismus im Denken und Handeln – theoriebildende Elemente im außenpolitischen Werk von Franz Josef Strauß	361	3
Meier-Walser, Reinhard C.	Rot-grüne Irrwege in der Staatsbürgerschaftsfrage	1/1998	3
Meier-Walser, Reinhard C.	Deutschland und Österreich oder: Die Europäisierung einer nicht unkomplizierten Nachbarschaft	2/1998	*
Moreau, Patrick	Die PDS: Profil einer antidemokratischen Partei	SD1/98	
Müller, Christian	Schweizer Europaqual in deutschem Schatten	2/1998	*
Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela	Frankreichs neue Linksregierung und Europa	357	33
Münch, Peter Ludwig	Modell Neuseeland? Die „Umstrukturierung“ des neuseeländischen Wohlfahrtsstaats als Vorbild für den Umbau sozialer Sicherungssysteme?	361	63
Oswald, Eduard	Hauptstadtperspektiven – Berlin rund ein Jahr vor dem Umzug	359	7
Raffone, Paolo	Italien und das Europa der „Agenda 2000“ – Die europäische Politik und die Interessen Italiens im Hinblick auf Mittelosteuropa und den Mittelmeerraum	357	46
Reichl, Hartmut	Neue Wege zur Rückführung von Flüchtlingen	1/1998	68
Rill, Bernd	Ein Konzept für das Verhältnis zwischen Deutschland und Italien	2/1998	*

Rill, Bernd	Über die historische Situation hinaus – Anmerkungen zum 350. Jahrestag des Westfälischen Friedens von 1648	361	95
Rösner, Hans Jürgen	Standortfaktor Sozialstaat: Wohin führt der Wettbewerb der Sozialsysteme?	358	89
Scharnagl, Wilfried	POLITISCHE STUDIEN-Zeitgespräch anlässlich des 10. Todestages von Franz Josef Strauß	361	10
Schelter, Kurt	Die Politik der Bundesregierung im Bereich der Inneren Sicherheit	361	42
Schläder, Jürgen	Oper und Demokratie – eine unmögliche Liaison?	359	59
Schlomann, Friedrich-Wilhelm	Moskaus weltweite Waffenexporte	359	83
Schlomann, Friedrich-Wilhelm	Rußland Armee – quo vadis?	362	97
Schmid, Josef	Zuwanderung – Staatsbürgerschaft – Integration: Grundlinien für einen zukunftsweisenden Realitätssinn	1/1998	23
Schmidt, Christian	Das deutsch-tschechische Verhältnis seit der Wende 1989 – 1990	2/1998	*
Schmidt, Gustav	Stand und Perspektiven der bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Großbritannien	2/1998	*
Simons, Eberhard	Umbau der Kultur – Zum Verhältnis von Ökologie, Lebensökonomie und Ästhetik	358	39
Stadler, Michael	Interview zum Polygraphen-System	359	35
Storbeck, Jürgen	Europol wird volljährig	359	16
Sutor, Bernhard	Sozialstaatsverständnis und Reform des Sozialstaats	357	92
Uterwedde, Henrik	Deutsch-französische Beziehungen: Perspektiven einer spannungsgeladenen Partnerschaft	2/1998	*
Vossenkuhl, Wilhelm	Wer ist ein gebildeter Mensch?	362	66
Wagensohn, Tanja	Zwischen Deutschlandforschung und Völkerrecht – dem Politikwissen- schaftler Jens Hacker zu seinem 65. Geburtstag und seiner Emeritierung	362	
Wahl, Jürgen	Deutsch-Niederländische Beziehungen	2/1998	*

Waigel, Theo	Die moderne christliche Volkspartei – Das politische Werk Josef Müllers	360	15
Walter, Norbert	Perspektiven der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion	360	83
Walwei, Ulrich	Konturen des (deutschen) Arbeits- marktes im 21. Jahrhundert	358	61
Weber, Wilfried	Kolumbien hat zwei Gesichter	361	90
Welnhofer, Peter	Chance für mehr Integration durch weniger Zuwanderung	1/1998	32
Wenzel, Otto	Atombunker mit Interhotel-Standard	360	79
Wenzel, Otto	B-Pläne: Die wirtschaftlichen Kriegsvorbereitungen der DDR	358	23
Wilke, Manfred	Die Diktaturkader André Brie, Gregor Gysi, Lothar Bisky und das MfS	360	39
Wilke, Manfred	Die PDS und die Gewerkschaften	SD1/98	134
Willutzki, Siegfried	Interview zum Polygraphen-System	359	38
Zeitlmann, Wolfgang	Aktuelle Perspektiven der Integrationspolitik	1/1998	17
Ziegenaus, Hermann	Aktuelle Brennpunkte der Inneren Sicherheit aus dem Blickwinkel des Bayerischen Landeskriminalamtes	361	54

---

\* Seitenzahl zum Zeitpunkt der Drucklegung noch nicht bekannt

# POLITISCHE STUDIEN

*Zeitschrift für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung*

**Forum für neue Perspektiven und Konzeptionen,  
für Dialog und Diskussion in Wissenschaft und Politik –  
eine Informationsquelle für jede/n politisch interessierte/n Bürger/in**

mit

**wissenschaftlichen und politischen Beiträgen  
Kommentaren zu grundlegenden und aktuellen  
Entwicklungen in Staat und Gesellschaft  
Rezensionen aktueller Literatur**

Die POLITISCHEN STUDIEN erscheinen als

**PERIODIKUM / SONDERHEFTE / SONDERDRUCKE**

Wenn Sie nähere Information wünschen,  
schreiben Sie uns (s. Antwortkarte)  
oder rufen Sie uns an:  
Telefon 089 / 12 58 - 260 / 261

Bitte hier abtrennen

## **Wichtige rechtliche Mitteilung:**

Wir garantieren, daß Sie Ihren Abonnementsauftrag innerhalb von 10 Tagen widerrufen können. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs (Datum des Poststempels).

Diese Garantie habe ich gelesen und bestätige dies durch meine Unterschrift:

\_\_\_\_\_  
Datum / Unterschrift

Schicken Sie eine Probenummer auch an folgende Interessenten:

\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

Vom  
Absender  
bitte  
freimachen

Antwort

**Redaktion  
POLITISCHE STUDIEN  
Lazarettstraße 33**

**80636 München**



Die **POLITISCHEN STUDIEN** verfolgen seit über drei Jahrzehnten engagiert die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland und die internationale Lage. Sie verstehen sich als publizistisches Organ der Hanns-Seidel-Stiftung zur Verbreitung, Durchsetzung und Wahrung der Leitlinien des freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates und begleiten diesen mit kritischen wissenschaftlichen Analysen und politischen Fragestellungen.

Als Plattform des Dialogs zwischen Wissenschaft und Politik wollen die **POLITISCHEN STUDIEN** dazu beitragen, die Kluft zwischen Theorie und Praxis zu verringern zu helfen, die in Tagesfragen enthaltene grundsätzliche Auseinandersetzung darzustellen und begründete Antworten zu entwerfen.

Die **POLITISCHEN STUDIEN** wissen sich dem christlich-abendländischen Menschenbild und seiner Wertordnung verpflichtet und versuchen, von diesem Fundament aus in die wissenschaftliche Diskussion und praktische Politik hineinzuwirken.

Bitte hier abtrennen



- Bitte schicken Sie mir ein Probeheft der Zeitschrift »POLITISCHE STUDIEN« zum Kennenlernen.
- Hiermit bestelle ich die Zeitschrift »POLITISCHE STUDIEN« im Abonnement.  
Das Abonnement gilt zunächst für ein Jahr und verlängert sich jeweils um ein weiteres Kalenderjahr, wenn es nicht 2 Monate vor Jahresende gekündigt wird.  
(Preis jährlich 53,40 DM Inland  
Ausland: zuzüglich Porto)

Gegen Vorlage einer Bescheinigung  
erhalten Schüler und Studenten  
50% Rabatt

Vorname

Name

Straße, Hausnummer

PLZ

Ort

Datum

Unterschrift

Bitte Mitteilung auf der Rückseite beachten und unterschreiben